

Working Paper 6/2015

der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften

**Robert Koepf, Franziska Schunke, Christoph Köhler,
Steffen Liebig, Stefan Schröder**

Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft. Diagnosen, Prognosen und Gegenentwürfe

Eine kommentierte Literaturübersicht

ISSN 2194-136X

Robert Koepf, Franziska Schunke, Christoph Köhler, Steffen Liebig, Stefan Schröder: Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft. Diagnosen, Prognosen und Gegenentwürfe. Eine kommentierte Literatürübersicht. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 6/2015, Jena 2015.

Impressum

© bei den AutorInnen

DFG-Kolleg-
ForscherInnengruppe –
Postwachstumsgesellschaften

Humboldtstraße 34
07743 Jena

Internet:

www.kolleg-postwachstum.de

Redaktion/Lektorat/Layout: Christine Schickert

Christine.schickert@uni-jena.de

Die DFG-KollegforscherInnengruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“ – kurz: „Kolleg Postwachstumsgesellschaften“ – setzt an der soziologischen Diagnose multipler gesellschaftlicher Umbruchs- und Krisenphänomene an, die in ihrer Gesamtheit das überkommene Wachstumsregime moderner Gesellschaften in Frage stellen. Die strukturellen Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne stehen heute selbst zur Disposition: Die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen bringt weltweit historisch neuartige Gefährdungen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Reproduktion hervor. Einen Gegenstand in Veränderung – die moderne Wachstumsgesellschaft – vor Augen, zielt das Kolleg auf die Entwicklung von wissenschaftlichen Arbeitsweisen und auf eine Praxis des kritischen Dialogs, mittels derer der übliche Rahmen hochgradig individualisierter oder aber projektformig beschränkter Forschung überschritten werden kann. Fellows aus dem In- und Ausland suchen gemeinsam mit der Jenaer Kolleggruppe nach einem Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse, um soziologische Expertise in jene gesellschaftliche Frage einzubringen, die nicht nur die europäische Öffentlichkeit in den nächsten Jahren bewegen wird: Lassen sich moderne Gesellschaften auch anders stabilisieren als über wirtschaftliches Wachstum?

Robert Koepf, Franziska Schunke, Christoph Köhler, Steffen Liebig,
Stefan Schröder

Postwachstum und Arbeit – Diagnosen und Gegenentwürfe

Eine kommentierte Literaturübersicht

Zusammenfassung

Die Literaturübersicht erfasst Beiträge aus der Postwachstumsdebatte, die sich mit den Folgen ökologischer Krisen und mit Gegenentwürfen für Wirtschaft und Arbeit im Globalen Norden beschäftigen. Autor_innen mit dramatischen Krisenannahmen und Schrumpfungsszenarien gehen für die Zukunft von einer Re-Traditionalisierung und Dualisierung von Wirtschaft und Arbeit aus und möchten diese sozial gerecht gestalten. Dagegen erwarten andere Beiträge ökonomische und ökologische Krisen mit zunehmender Unterbeschäftigung und Prekarität im Rahmen eines hocharbeitsteiligen globalen Kapitalismus. Die Gegenentwürfe sehen entweder öko-soziale Transformationen im Rahmen kapitalistischer oder in gemischt-sozialistischen Produktionsverhältnissen vor. Die hier insgesamt thematisierten Entwicklungsannahmen und politischen Gestaltungsoptionen können als Szenarien gelesen werden, die den Möglichkeitsraum der Strukturierung von Wirtschaft und Arbeit im Globalen Norden unter der Annahme zunehmender ökologischer Krisen kennzeichnen. Daraus ergeben sich eine Reihe von weiterführenden Fragen nach der Wahrscheinlichkeit der Prognosen und der sozialen und politischen Durchsetzbarkeit der Gegenentwürfe.

Abstract

The literature review assembles contributions to the debate on post-growth dealing with the impact of ecological crises and alternative blueprints for economy and work in the global north. Authors who assume dramatic crises and degrowth scenarios expect for the future a partial return to a traditional mode of production and a growing duality of economy and labour. According to them, these developments must be shaped in a socially just manner. In opposition to this view, other contributors to the debate expect ecological and economic crises combined with increasing underemployment and precarity against the backdrop of a highly collaborative global capitalism. The alternative concepts either contain notions of eco-social transformations under the conditions of capitalist or hybrid socialist relations of productions. All the debated assumptions on future developments and political opportunities can be read as scenarios which outline the possibilities of structuring economy and labour in the global north facing incremental ecological crises. Hence a couple of additional questions arise concerning the likelihood of the forecasts and social and political enforceability of the alternative conceptions.

Address of the Authors

Robert Koepf
r.koepf@posteo.de

Prof. Dr. Christoph Köhler
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Soziologie
Carl-Zeiß-Straße 2
07743 Jena
christoph.koehler@uni-jena.de

Inhalt

0. Einleitung	1
0.1 Diskursfelder der Wachstumskritik	2
0.2 Folgen der ökologischen Krise für die Arbeitsgesellschaft	7
0.3 Zwischenfazit	9
1. Diskursfeld I: selektives Wachstum in einer kapitalistisch-gemischten Wirtschaft	9
1.1 „Öko-liberale Modernisierung	10
1.2 „Öko-soziale Dienstleistungsgesellschaft“	13
2. Diskursfeld II: Schrumpfung und Nullwachstum in einer kapitalistisch-gemischten Wirtschaft	17
2.1 „Wertkonservative Retraditionalisierung und Austerität“	18
2.2 „Wachstumskritischer Reformismus“	21
3. Diskursfeld III: selektives Wachstum in einer sozialistisch-gemischten Wirtschaft	28
3.1 „Ökomarxismus“	28
3.2 „Rot-grüne Wirtschaftsdemokratie“	32
4. Diskursfeld IV: Schrumpfung und Nullwachstum in einer sozialistisch-gemischten Wirtschaft	35
4.1 „Regional-solarer Sozialismus“	35
4.2 „Ökofeministische Vorsorgende Wirtschaft“	40
5. Ergebnisse und offene Fragen	44
5.1 Problemdiagnosen und Entwicklungsannahmen	46
5.2 Gegenentwürfe - Konturen einer alternativen Wirtschaftsweise und Arbeitsgesellschaft	49
5.3 Ausblick und offene Forschungsfragen	54
Literatur	58

0. Einleitung

Das Ziel unserer kommentierten Literaturübersicht besteht darin, die Diskussionen zur ökologischen Krise und zu Postwachstumsgesellschaften¹ einerseits und zur Gegenwart und Zukunft der Arbeitsgesellschaft andererseits aufeinander zu beziehen. Beide Forschungslinien gewinnen bereits in den 1970/80er Jahren in den Gesellschaften des globalen Nordens an Gewicht. Das Stichwort für die weltweit geführte Ökologiedebatte gibt der Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“; das Stichwort zur Arbeitsgesellschaft kommt in Deutschland aus der Diskussion um das „Ende der Arbeit“ (Offe). Allerdings laufen beide Forschungslinien parallel und sind wenig aufeinander bezogen: wachstumskritische Positionen thematisieren (Lohn-)Arbeitsfragen oftmals auffällig knapp und umgekehrt ist zu beobachten, dass arbeits- und wirtschaftssoziologische Analysen nur sehr selten auf die Komplexe Wachstumskritik und Postwachstum eingehen.

So ist insgesamt „das Thema Arbeit in die Debatte um nachhaltige Entwicklung noch immer wenig integriert“ (Diefenbacher 2013:176). Zwar wird seit 40 Jahren über das Ende der Arbeit, der Arbeitsgesellschaft oder der Vollbeschäftigungsgesellschaft diskutiert. Die Frage nach den Folgen der ökologischen Krisen kommt in dieser Forschungslinie jedoch kaum vor. Als Treiber werden vielmehr neue Technologien sowie Prozesse der Globalisierung und des Wertewandels thematisiert. Neuerdings werden von Ökonom_innen sinkende Wachstumsraten in den frühindustrialisierten Ländern beobachtet und mit der „Industrie 4.0“ bekommt die Technologiedebatte einen neuen Schub.

Wir halten diese doppelte Leerstelle – also die relativ geringe Thematisierung von (Lohn-)Arbeit in der Postwachstumsdebatte einerseits sowie die relative Blindheit der Arbeitssoziologie für die (ökologische) Wachstumskritik andererseits – für problematisch (vgl. Mahnkopf 2012). Denn bereits heute verändert sich die Arbeitsgesellschaft als Reaktion auf ökologische Krisen. Mittlerweile sind ganze Branchen damit beschäftigt, Verfahren zur Gewinnung erneuerbarer Energien zu entwickeln oder Umweltschäden zu bearbeiten. Wenn sich der Klimawandel und die Umweltprobleme verschärfen, wird dies weitreichende Konsequenzen für die gesellschaftliche Organisation der Arbeit nach sich ziehen und dies gilt erst recht für Gesellschaften mit Negativwachstum.

Wir wollen deshalb die Diagnosen, Prognosen und Zukunftsentwürfe in der gegenwärtigen Debatte um Postwachstum nach ihren impliziten und expliziten Annahmen zur Arbeitsgesellschaft befragen. Anders gesagt lesen wir die vorliegenden – im weitesten Sinne – wachstumskritischen Positionen ausdrücklich auf ihren diagnostischen, prognostischen und programmatischen arbeits- und wirtschaftssoziologischen Gehalt hin: Wie wandelt sich die gesellschaftliche Organisation von (Lohn-)Arbeit angesichts ökologischer und wirtschaftlicher Krisen? Und wie wird in den jeweiligen Gegenentwürfen Arbeit konzeptualisiert? Aus pragmatischen Gründen beschränken wir uns dabei auf die Gesellschaften des globalen Nordens.

Um diese Fragen zu beantworten werden wir in einem ersten Schritt eine Systematisierung der laufenden Postwachstumsdebatte in vier Diskursfelder vornehmen. Anschließend geht es um die Forschungslinie zur Gegenwart und Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Aus einer Übersicht über beide Forschungslinien gewinnen wir dann die Kriterien für die Analyse der Literatur.

¹ Damit sollen hier Gesellschaften verstanden werden, die sich ohne stetiges Wirtschaftswachstum sozial, ökonomisch und kulturell stabilisieren können und dadurch ökologische Nachhaltigkeit ermöglichen

0.1 Diskursfelder der Wachstumskritik

Die ökologische Krise wird heute als akute Problemlage mit durchschlagenden Konsequenzen disziplinenübergreifend diskutiert. So bildet sich in Bezug auf die Erderwärmung und den CO₂-Ausstoß zunehmend ein gemeinsamer Deutungsrahmen in der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit heraus. Insbesondere die Projektionen zum globalen Temperaturanstieg (Klimawandel) und zukünftige Ressourcenknappheit werden als Gefahren für den gesellschaftlichen Status-quo ernst genommen, während der Zerstörung von Biodiversität bzw. der Überlastung natürlicher Senken als Schadstoff- und Abfallspeicher weniger Aufmerksamkeit zukommt (vgl. Jackson 2009a:6–12; Kallis et al. 2012:172). Begleitet wird diese Problemdefinition von der Erkenntnis, dass die ökologische Krise fundamental etwas mit dem Entwicklungsweg insbesondere der frühindustrialisierten Gesellschaften zu tun hat – also anthropogenen Ursprungs ist.²

Aufbauend auf diesem common ground hat sich in den letzten Jahren eine lebhafte Diskussion über die gesellschaftlichen Ursachen und adäquaten politischen Antworten auf die ökologische Krise entwickelt. Wie soll auf Umweltkatastrophen, Luftverschmutzung, Bodenerosion und Klimawandel reagiert werden? Diverse Bücher, die Erkenntnisse aus der Klimaforschung und der ökologischen Ökonomik popularisieren, haben einigen Aufruhr in den Feuilletons erregt. Dies überschneidet sich mit Beiträgen aus den Sozialwissenschaften und der entstehenden (zunächst südeuropäisch geprägten) Degrowth-Bewegung, die – über vielfältige interne Differenzen hinweg – die Vision teilt, eine Wachstumsrücknahme zu gestalten. Andere Fragmente der Wachstumskritik finden darüber hinaus z.B. in ökomarxistischen und konservativen Positionen wieder, und sogar einige Lobbyverbände der Wirtschaft sehen sich gegenwärtig gezwungen, auf das gesellschaftliche Unbehagen am Wachstum mit möglichst grün eingefärbten Strategien für nachhaltiges Wachstum zu reagieren.

Entsprechend breit und divers ist das Spektrum in Bezug auf politische Zielstellungen: Ökologische Modernisierer_innen setzen auf verbesserte Marktmechanismen und technische Innovation; kapitalismuskritische Ökonom_innen weisen auf den Zusammenhang zwischen Naturzerstörung und der kapitalistischen Produktionsweise hin; neokonservative Intellektuelle prangern als Grund für die Misere die Moderne und die Abkehr von „natürlichen Gemeinschaften“ an; Neo-Keynesianer_innen und (viele) Grüne sehen im Zusammenspiel von green economy und ökologischen öffentlichen Investitionen eine Chance für ein verteilungsgerechteres Wachstum und einen neuen industriellen Leitsektor; und Degrowth-Vertreter_innen wollen Konsum und Produktion auf ein nachhaltiges Maß schrumpfen. Kurzum, der bis dato nahezu unangefochtene Leitmaßstab jedes (wirtschafts-)politischen Handelns und Denkens, das BIP-Wachstum, wird zunehmend in Frage gestellt.

Die sozialen Ursachen der ökologischen Krise

Inzwischen gibt es einige Indikatoren die den konsumtiven Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur und dessen Abfälle messen. Beispielsweise setzt der sogenannte ökologische Fußabdruck die Tragfähigkeit

² Eine sozialwissenschaftliche Kritik, die extensiv naturwissenschaftliches und ökologisches Wissen zu diesem Thema integriert, wurde in Mahnkopf 2014 vorgestellt.

(„Biokapazität“) des Planeten mit dem menschlichen Ressourcenverbrauch und Senkenbelastung ins Verhältnis. Ganz offensichtlich ist der aktuelle durchschnittliche ökologische Fußabdruck der Menschheit nicht nachhaltig, da die planetare Biokapazität momentan ca. 18 Monate bräuchte um die verbrauchten Ressourcen zu reproduzieren und emittierten Schadstoffe abzubauen³, die innerhalb eines Jahres verursacht werden; allerdings sind Naturbelastung und -verbrauch ebenso wie Biokapazität regional sehr ungleich verteilt.

Der ökologische Fußabdruck weist darauf hin, dass es die menschliche Praxis in ihrem Verhältnis zu den Ökosystemen, also der Metabolismus der sich zwischen menschlichen Gesellschaften und der äußeren Natur über die Geschichte entwickelt hat, der Angelpunkt der gegenwärtigen ökologischen Krise ist. Diese Auffassung wird von allen Autor_innen des von uns analysierten Diskursfeldes geteilt. Dissens besteht darüber, welche Aspekte der vergesellschafteten menschlichen Praxis die Treiber des nicht-nachhaltigen Naturverbrauchs und der Belastungen sind. Dabei sind wir in der Recherche auf drei auffällige Argumentationsfiguren über die Ursachen der ökologischen Krise gestoßen, die sich bei den einzelnen Autor_innen überschneiden können.

Kapitalistische Produktionsweise: Eine Strömung identifiziert die kapitalistische Form von Produktion, Konsumtion und Verteilung als strukturellen Mechanismus, der unvermeidlich einem nachhaltigen Natur-Gesellschafts-Verhältnis im Wege steht. Erstens stabilisiert sich diese Produktionsweise grundsätzlich über Kapitalakkumulation, also über einen makroökonomischen Prozess der zur immer weiteren Anhäufung von monetären Werten, ergo wirtschaftlichem Wachstum, zwingt und damit den Naturverbrauch steigert. Zweitens bemächtigt sich die verallgemeinerte kapitalistische Produktionsweise als System der „außermenschlichen Natur“ im Modus einer „Zweck-Mittel-Rationalität“ (Mahnkopf 2014: 505). Für die Aneignung von Naturressourcen, den „Gratisproduktivkräften der Natur“ (Marx 1962: 630), wird lediglich ihr Tauschwert als Ware, als billiger Produktionsinput, handlungsleitend. Würde der Gebrauchswert des natürlichen Reichtums Berücksichtigung finden, müsste z.B. die Reproduktionszeit der natürlichen Stoffkreisläufe oder ökologische Belastungsgrenzen Beachtung finden (Foster et al. 2010:408f.). Besonders plastisch wird dies, wenn wir bedenken, dass aller Warnungen zum Trotz der Gebrauchswert der planetarischen Atmosphäre als Senke für Treibhausgase im unternehmerischen Handeln keine Berücksichtigung findet, weil sie kostenlos verschmutzt werden kann. Drittens wird diese Kritik meist durch Theoreme und Perspektiven aus der ökologischen Ökonomik erweitert. Eine alternative Geschichte des Kapitalismus kann z.B. über eine energetische Anschauungsweise erzählt werden. Die Geburt der kapitalistischen Produktionsweise hat sich unter anderem in einer allgemeinen Substitution von Energieträgern im wirtschaftlichen Handeln geäußert, die die ökologische Überbelastung vorantreiben. Vor der „industriell-fossilen Wende“ speiste sich die notwendige Arbeitsenergie meist aus biotischer Energie, die die menschliche Arbeitskraft, Pflanzen oder Tiere bereitstellten. Erst der kapitalistische Produktionsprozess hat den sukzessiven Austausch von menschlicher Arbeitskraft durch fossile Brennstoffe (Kohle, Öl, Gas) zum Einsatz und Antrieb großer Maschinen und industrieller Anlagen eingeführt.⁴ Insbesondere der hohe Energieertrag fossiler Energieträger und deren spezifische Eigenschaften sind der energetische Schlüssel für den sprunghaften Anstieg der Arbeitsproduktivität und damit der modernen Wachstumsraten (Altvater 2010: 134–41). Zeitdiagnostisch wird im Lichte der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008ff. sogar von einer „ökonomisch-ökologisches

³ http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/footprint_basics_overview/ (12.02.15)

⁴ Einige Autor_innen leiten hiervon weniger eine Kapitalismus- als vielmehr eine Industrialisierungskritik ab.

Doppelkrise“ gesprochen, die ein gesellschaftliches Dilemma unter den Bedingungen des kapitalistischen Status-quo bereitet, sich entweder für weiteres Wachstum und die Verschärfung der ökologischen Krise zu entscheiden oder für Rezession und Milderung der ökologischen Krise (Dörre 2013a).

Fehlende Effizienz in der Ressourcennutzung: Salonfähiger ist eine Argumentationsfigur, welche die Ursachen der gegenwärtigen Umweltverwerfungen im ineffizienten Umgang mit den natürlichen Ressourcen wie Öl, Metalle und Sande sieht. Es wird argumentiert, dass auf kurze Frist das fossile Energiesystem nicht ausreichend durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden kann. Es bleibt also nur übrig, die technologische Basis zur Umwandlung fossiler Energie dergestalt zu verbessern, dass die Ressourcenproduktivität im Gewerbe und Transport erhöht bzw. der generierte CO₂-Ausstoß auf ein nachhaltiges Maß reduziert wird. Anders ausgedrückt zielt die „Effizienzstrategie“ auf die weitgehende Entkopplung von Wirtschaftswachstum auf der einen und Ressourcenverbrauch und Naturzerstörung auf der anderen Seite. Die Argumentationsfigur steht außerdem einer ökologischen Kapitalismuskritik meist konträr gegenüber und wird z.B. mit klassisch liberalen Anschauungen wie der folgenden verbunden: Die dezentrale Marktsteuerung ist nicht nur in bei der Allokation und Distribution knapper Güter die überlegene Form zur Koordination menschlichen Handelns, sondern auch der ökologischen Krise kann so am effektivsten begegnet werden. Allein so und nicht durch das planerische Eingreifen anderer Akteure werden die nötigen technischen Innovations- und Anpassungsprozesse für diese Herausforderung hervorgebracht werden. Daneben stehen wie üblich Meinungen, die argumentieren, dass die Marktsteuerung allein ungeeignet sei dies zu lösen und dass bisher strategische öffentliche Investitionen und staatliche Anreize gefehlt haben, um den ökologisch belastenden Technologiepfad zu verlassen (Fücks 2013; Land 2011; Jänicke 2008).

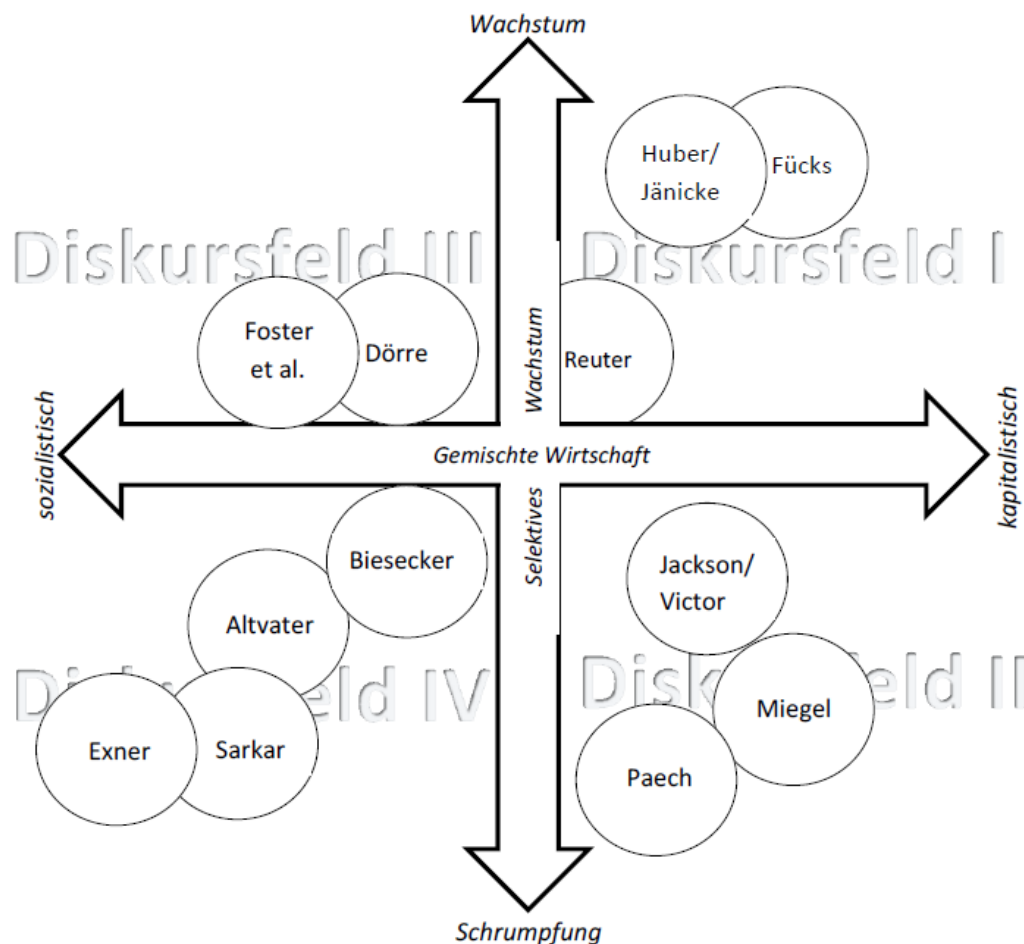
Falsche Lebensstile und Kulturmuster: Im Verbund mit weitreichender Wachstumskritik lässt sich häufig eine Argumentationsfigur finden, die sich auf „schlechte“ kulturelle Praktiken als gewichtige Ursache für die ökologische Krise konzentriert. Niko Paech drückt das stellvertretend aus, indem er befindet, dass „taugliche Gesellschaftskritik – zumindest im Kontext der Postwachstumsökonomie – zuvorderst die Lebensstilfrage thematisieren“ muss (Paech 2012). Es wird also ernst genommen, was sonst als positive Botschaft in der Zeitungsmeldung ungefähr so abgedruckt wird: „Verantwortlich für das diesjährige Wachstum war vor allem die Kauflust der Bürger.“ In den entwickelten Industrienationen seien die alltägliche Lebensführung und intersubjektive Orientierungen dem „iron cage of consumerism“ (Jackson 2009: 87) verfangen und stützten das Wachstum an Gütern und Dienstleistungen in seiner jetzigen Form. Gesellschaftliche Vorstellung von Wohlstand und Glück, aber auch symbolische Kommunikation, Identifizierung und Zugehörigkeit werden vom Warenkonsum überformt und vermittelt (Jackson 2009: 98ff.; Paech 2012: 110ff.). Ohne einen Bruch mit diesen kulturellen Mustern und die Durchsetzung eines anderen gesellschaftlichen Konzepts von Wohlstand, das sich weniger auf materiellen Besitz fokussiert und umweltbewusstes Handeln fördert, wird sich das Wachstumsparadigma mit seinen hohen Umweltkosten nicht erschöpfen. Dagegen wird eine gute Alltagspraxis im Sinne einer Wachstumsrücknahme als sogenannte Suffizienz-Strategie diskutiert, der zufolge die jetzige Konsumorientierung zu mehr Genügsamkeit und Subsistenz zu transformieren sei („Voluntary Simplicity“).

Achsen und Konfliktlinien der Postwachstumsdebatte

Aus den hier kurz vorgestellten Analysen zu den gesellschaftlichen Ursachen ökologischer Krisen ergeben sich jeweils unterschiedliche Diagnosen zur Reichweite der Problemlagen und Vorschläge zur „Therapie“. Wer technische Ineffizienz als Ursache ökologischer Krisen identifiziert, wird hier auch die Lösung der Probleme erkennen; wer in exzessivem materiellen Konsum das Problem sieht, wird für Konsumverzicht und eine schrumpfende Produktion eintreten usw. Die Therapievorschläge und Gegenentwürfe bündeln in gewisser Weise die Problemanalysen. Deshalb machen wir sie zum Ausgangspunkt zur Sortierung und Systematisierung der von uns zu kommentierenden Literatur.

Alle ausgewählten Autor_innen überführen ihre Analysen in (teils explizite, teils nur angedeutete) gesellschaftliche Gegenentwürfe, von denen wir im Folgenden insbesondere die Ausführungen zur Entwicklung der Arbeitsgesellschaft „herausdestillieren“. Für unser doppeltes Erkenntnisinteresse, also die Fragen nach den Folgen der ökologischer Krisen für die Arbeitsgesellschaft und nach der Ausgestaltung von (Lohn-)Arbeit in einer zukünftigen (Post-)Wachstumsgesellschaft, ist es hilfreich die Systematisierung entlang zweier Achsen vorzunehmen: erstens die (wirtschafts-)politische Fluchtlinie der Autor_innen und zweitens ihre Haltung zur „Wachstumsfrage“. Aus diesen beiden Achsen lässt sich wiederum ein Koordinatensystem bilden, worin die einzelnen Positionen eingetragen werden können:

Grafik 1: Achsen der Postwachstumsdebatte und ausgewählte Positionen; eigene Darstellung



Die vertikale Achse gibt die Grundpositionen der hier verhandelten Autor_innen zum Thema Wachstum wieder. Sie reicht von einer eindeutigen Bejahung von Wirtschaftswachstum (oben) über Konzepte selektiven Wachstums, also dem Wachstums einzelner Sektoren (Mitte), bis hin zu starken Schrumpfungsplädoyers (unten).⁵ Mit anderen Worten: eine hohe bzw. niedrige Position im Koordinatensystem zeigt an, inwieweit wirtschaftliches Wachstum weiterhin als staatliche und wirtschaftliche Zielstellung gesehen oder aber eine stagnierende oder schrumpfende Wirtschaft in Anbetracht der ökologischen Krise angestrebt wird. Damit wird zugleich deutlich, ob Wachstum als Teil der Lösung oder Teil des Problems der ökologischen und ökonomischen Krise betrachtet wird.

Die horizontale Achse hingegen ordnet die Autor_innen hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen und ökonomietheoretischen Vorstellungen. Dies ist naheliegend, weil die Wirtschaftsweise die in dieser Arbeit im Vordergrund stehenden Beschäftigungssysteme und Arbeitsformen in der Gesellschaft weitgehend vorstrukturiert – gleichzeitig muss hier im Besonderen auf implizite Annahmen der Autor_innen zurückgegriffen werden, da nicht alle ihre wirtschaftspolitischen Fluchtpunkte explizit machen. In jedem Fall werden auf dieser Achse idealtypisch Vorstellungen einer tendenziell kapitalistischen (rechts), gemischten (Mitte) sowie sozialistischen Produktionsweise (links) abgebildet. Es wird also danach gefragt, ob die ökologische und ökonomische Krise innerhalb einer primär marktgesteuerten Wirtschaft auf Grundlage von Privateigentum an Produktions- und Investitionsmitteln oder aber tendenziell durch eine gesellschaftlich oder staatlich geplante Produktionsweise auf Grundlage von vergesellschaftlichten und demokratisierten Produktions- und Investitionsmitteln gelöst werden soll.⁶

In den von beiden Achsen aufgespannten Sektoren lassen sich nun die einzelnen Positionen bzw. Autor_innen abtragen (Kreise). Dabei ordnen sich die Positionen grob entlang von vier – in sich differenzierten – Diskursfeldern, die zugleich die folgenden vier inhaltlichen Kapitel dieser Arbeit bilden und dort detailliert beschrieben werden: Oben rechts, im Diskursfeld I (= Kapitel 1), finden sich jene Vertreter_innen, welche Wachstum (verschieden stark) affirmieren und dabei eher zu einer gemischten bis kapitalistisch strukturierten Wirtschaft neigen. Unten rechts findet sich entsprechend Vertreter_innen des Diskursfeld II, welches sich durch (starke) Wachstumsablehnung bei einer in ihren Grundstrukturen weitgehend gleichbleibenden Wirtschaftsstruktur auszeichnet. Hingegen finden sich in Diskursfeld III oben links Positionen wieder, die ein selektives Wachstum in einer tendenziell sozialistischen, wirtschaftsdemokratischen oder gemischten Ökonomie befürworten. Schließlich stehen die Autor_innen des Diskursfelds IV links unten ebenfalls für eine stärker sozialistisch orientierte Transformation der Wirtschaft – lehnen eine Wachstumsorientierung aber dennoch (verschieden stark) ab.

⁵ Selbstverständlich plädieren auch die meisten Schrumpfungsbefürworter_innen für eine differenzierte Schrumpfung, die nicht in allen Wirtschaftsbereichen gleich stark ausfallen soll und einige ggf. gar nicht betrifft. In der Gesamtheit wollen sie aber die Wertschöpfung sowie den Stoffumsatz reduzieren, was ihre Einordnung rechtfertigt.

⁶ Freilich ist die Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus heute nicht mehr so eindeutig zu beantworten wie zu Hochzeiten der sozialistischen Bewegungen im 20. Jahrhundert. Mit der Auflösung der real- und staatssozialistischen Gesellschaften nach 1990 sowie dem politischen Scheitern kommunistischer Gruppen aller Art werden alternative Wirtschaftsweisen inzwischen viel offener gedacht. So ist eine ganze Bandbreite von Ideen darüber entstanden, wie gesellschaftliche Planung mit Märkten und demokratischer Beteiligung kombiniert werden kann. Deshalb versuchen wir die Positionen differenziert auf einer Achse darzustellen, statt sie binär zu codieren. Für unsere Literaturübersicht in den einzelnen Kapiteln charakterisieren wir vereinfachend solche Wirtschaftsweisen als sozialistisch, in denen die gesellschaftliche Steuerung die Wirtschaft dominiert. Unterschiedliche Mischungen von Vermarktlichung, Kapitalisierung und Vergesellschaftung bleiben davon unberührt.

Somit ergibt sich insgesamt das folgende Bild:

Diskursfeld I: selektives Wachstum in einer kapitalistisch-gemischten Wirtschaft

Diskursfeld II: Schrumpfung und Nullwachstum in einer kapitalistisch-gemischten Wirtschaft

Diskursfeld III: selektives Wachstum in einer sozialistisch-gemischten Wirtschaft

Diskursfeld IV: Schrumpfung und Nullwachstum in einer sozialistisch-gemischten Wirtschaft

Der Charakter der beiden Achsen, die immer auch potentielle politisch-programmatische Konfliktlinien darstellen, bedingt, dass die räumliche Nähe und Ferne der einzelnen Positionen zueinander in gewissem Maße Rückschlüsse auf ihre politische (Un-)Vereinbarkeit ausdrückt; teilweise auch innerhalb desselben Diskursfeldes. Dennoch kann eine solche Abbildung selbstverständlich nicht mehr als eine Heuristik und Orientierungshilfe für den komplexen Diskurs um Wachstum, Wachstumskritik und Wirtschaft ergeben. Die Positionen im Koordinatensystem sollten deshalb auch nicht verwechselt werden mit präzise quantifizierbaren Lagen. Dennoch glauben wir, dass eine solche Darstellung hilfreich und angemessen ist, da sich in ihr viele tradierte politische und gesellschaftstheoretische Positionen sowie bekannte Konfliktlinien wiederfinden, die in Hinblick auf die ökologische Frage reaktualisiert und angepasst werden.⁷

0.2 Die Folgen ökologischer Krisen für die Arbeitsgesellschaft

Die nach ihren politischen Positionen sortierte Postwachstums-Diskussion soll nach ihren expliziten und impliziten Annahmen zum Beschäftigungssystem und zur Arbeitsgesellschaft befragt werden. Damit wollen wir zwei Forschungslinien verbinden, die bisher eher parallel gelaufen sind.

Die Forschungslinie zum „Ende der Arbeitsgesellschaft“

Die Frage nach der Entwicklung, Gegenwart und Zukunft des Beschäftigungssystems hat eine lange Vorgeschichte, die weitgehend ohne den Bezug auf Ökologie- und Postwachstumsfragen auskommt. So wird seit dem Ende des „Wirtschaftswunders“ der 1950-1970er Jahre das Ende der Arbeitsgesellschaft (Offe) und später bescheidener das Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft (Vobruba, Beck) diskutiert. Vor dem Hintergrund der in Deutschland seit den 1970er Jahren von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus wachsenden Massenarbeitslosigkeit stellen sich Soziolog_innen die Frage zum „versagenden Allokationsprinzip“ Arbeitsmarkt (Berger und Offe 1984). Die These ist, dass Produktivitätssteigerungen über diverse Automatisierungs- und Informatisierungswellen und die Verlagerung von Arbeit aus den Hochlohnländern im Zuge der Globalisierung zu einem strukturell abnehmenden Volumen bezahlter Erwerbsarbeit führen. Als Konsequenz schlagen viele Autor_innen „Alternativen zum versagenden Allokationsprinzip“ Arbeitsmarkt vor, wobei die Grundsicherung eine zentrale Rolle spielt.

⁷ Eine Schwäche des Koordinatensystems besteht darin, dass bei der gleichberechtigten Verteilung der programmatischen Positionen im Koordinatensystem indirekt ein falscher Eindruck entstehen kann. Es ist natürlich nicht der Fall, dass die gesellschaftspolitischen Projekte jeweils die gleichen Durchsetzungschancen haben und ähnlich viel soziale Macht hinter sich versammeln können.

Diese Diskussionslinie bildet bis heute eine Grundströmung in der deutschen Soziologie und wird auch international geführt (z.B. Giarini/Liedtke; Rifkin; Gorz). Protagonisten der Debatte sind in Deutschland Offe, Vobruba, Beck und Lessenich. Die entscheidenden Argumente wiederholen sich: Verlust von Arbeitsvolumen über Produktivitätssteigerungen und Globalisierung. Sie werden allerdings hier und dort erweitert (Beck und Felixberger 1999). Konsequenz ist jeweils eine Kritik an den „Vollbeschäftigungsideen“ der Gesellschaft und an der darauf bezogenen Politik der Zwangsinclusion in den Arbeitsmarkt. Daraus folgen Vorschläge nach Umverteilung der bezahlten Arbeit einerseits und nach Alternativen außerhalb Lohnarbeit andererseits (Grundsicherung, Bürgerarbeit etc.).

Die Wirtschaftswissenschaften bleiben von diesen Ideen weitgehend unberührt, denn für sie sind die Bedürfnisse der Weltgesellschaft noch lange nicht gesättigt bzw. unendlich. Es ist dann eine Frage der richtigen Regulierung der Marktkräfte damit die Beschäftigung gesichert werden kann. Hier ergänzen sich in wechselnden Konstellationen die angebotsorientierte Neoklassik und der nachfrageorientierte Keynesianismus. Aus dieser Sicht ist kein Ende der Beschäftigung in Sicht, denn abnehmendes Arbeitsvolumen bei Produktivitätswachstum wird durch zunehmende und neue Nachfrage und Wirtschaftswachstum kompensiert. Aus dieser „formalistischen“ Sicht erscheinen die Argumente der Sozialwissenschaftler_innen zum Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft als „substantialistisch“. Allerdings konstatieren in jüngerer Zeit einige Ökonomen säkular abnehmende Wachstumsraten in den frühindustrialisierten Nationen des globalen Nordens und ein damit verbundenes strukturelles Beschäftigungsproblem (Reuter 2010; Witt 2013). In diesem Rahmen werden dann auch Folgen ökologischer Krisen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt thematisiert.

Ökologische Krisen und Beschäftigung – Die Postwachstumsdebatte

Die Auswirkungen ökologischer Veränderungen und Krisen auf das Beschäftigungssystem sind erstaunlich wenig ausgeleuchtet. Eine frühe Auseinandersetzung mit dem Thema erfolgt im Rahmen des Club of Rome nach der Veröffentlichung des Weltbestsellers „Grenzen des Wachstums“. Im Anschluss fragen sich heterodoxe Ökonomen (Giarini und Liedtke 1998), wie denn nicht mehr wachsende Ökonomien beschäftigungspolitisch aussehen können. Im Ergebnis decken sich die beschäftigungspolitischen Vorschläge mit denen der Beschäftigungspessimisten in der vorangestellten Diskussionslinie zum Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft. Die Autoren suchen nach Alternativen zur Lohnarbeit.

In den 1980er und 1990er Jahren spielen dann in Deutschland wirtschaftspolitische Steuerungskonzepte eine große Rolle, die Umweltschäden eindämmen und Arbeit entlasten sollen. So gab es eine lange Debatte um die 1999 eingeführten sog. Ökosteuern auf Energieverbrauch. Der Gedanke bestand darin, durch die höhere Besteuerung der Energiekosten, energieeffizienter und umweltschonender zu produzieren und zu konsumieren. Zugleich sollte die Belastung der Lohnarbeit durch Sozialabgaben und Steuern reduziert und so das Arbeitsvolumen stabilisiert werden. Auch weitergehende – keynesianisch inspirierte - Ansätze zur Schaffung von Beschäftigung über die Förderung alternativer Energien spielen schon seit langem eine Rolle (vgl. Bosch 1998).

Seit der Jahrtausendwende radikalisiert sich die internationale wissenschaftliche und politische Diskussion. Die Prognosen zur Erderwärmung mit ihren dramatischen Folgen werden zunehmend geteilt und die Frage zu den Grenzen des Wachstums und zu Postwachstumsgesellschaften wird wieder breit diskutiert (siehe Abschnitt 0.1). Die erste Sichtung der einschlägigen Literatur aus den oben beschriebenen vier Diskursfeldern zeigt, dass die meisten Autor_innen durchaus dramatische Entwicklungsannahmen für die Arbeitsgesellschaft formulieren. Diesen zufolge gehen die meisten Ansätze unter status-quo-Annahmen von einer Schrumpfung des Volumens bezahlter Erwerbsarbeit und zunehmender Unterbeschäftigung aus. Zur Lösung des Problems werden dann ganz unterschiedliche Vorschläge entwickelt. Wir wollen im Folgenden anhand einer detaillierten Textanalyse von ausgewählten Autor_innen aus den oben benannten vier Diskursfeldern Diagnosen, Prognosen und Gegenentwürfe zur Arbeitsgesellschaft herausarbeiten.

0.3 Fazit

Unser Ziel ist es, die Folgen ökologischer Krisen für die Arbeitsgesellschaften des globalen Nordens zu analysieren. Dafür sichten wird die neuere Postwachstumsdebatte. Es handelt sich hier um eine wissenschaftliche Diskussion mit dem Anspruch, Gegenentwürfe zu formulieren und Lösungswege aufzuzeigen. Da sich in Letzteren die Analysen zu den sozialen Ursachen der ökologischen Krisen bündeln, ordnen wir, wie oben erwähnt, die Untersuchungen nach ihren politischen Positionen zur Gestaltung des Wirtschaftssystems in Bezug auf die Wachstumsfrage und die Steuerungsfrage in vier Diskursfelder. Feld I bezeichnet Ansätze, die die ökologischen Probleme mit grünem Wachstum im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse lösen wollen. Auch Feld III will selektives grünes Wachstum aber im Rahmen sozialistischer Produktionsverhältnisse. Die Autor_innen der Felder II und IV wollen Schrumpfung mit eher marktwirtschaftlich kapitalistischen oder eher gesellschaftlich-sozialistischen Steuerungsformen.

Die folgenden Kapitel sind in der Reihenfolge der Diskursfelder angeordnet. Wir konzentrieren uns jeweils auf solche Autor_innen, die Aussagen zu ökologischen Krisen mit Annahmen zur Entwicklung der Arbeitsgesellschaft verbinden. In einem ersten Schritt stellen wir die Krisendiagnosen und die erwarteten Folgen für Wirtschaft und Arbeit dar. Zweitens geht es dann um die Gegenentwürfe. Die vier Kapitel zu den einzelnen Diskursfeldern sind in sich geschlossenen und können auch unabhängig voneinander zur Einführung in die jeweiligen Strömungen gelesen werden. Im Schlusskapitel werden die breit aufgefächerten Diskursfelder wieder zusammengeführt und durch arbeits- und wirtschaftssoziologischen Kategorien verglichen.

1. Diskursfeld I: selektives Wachstum in einer kapitalistisch-gemischten Wirtschaft

Die Debatte um die Auswirkungen der ökologisch-ökonomischen Krise auf die moderne Arbeitsgesellschaft wird eröffnet mit dem Diskursfeld I „selektives Wachstum in einer kapitalistisch-gemischten Wirtschaft“. Die Autor_innen dieses Feldes fordern angesichts der globalen ökologischen Krise weitreichende politische, gesellschaftliche und rechtliche Maßnahmen, nehmen jedoch im Gegensatz zu den Theoretiker_innen anderer Felder (III+IV) an, dass eine allumfassende Systemkritik am Kapitalismus entbehrlich ist. Gerade in

Krisensituationen, so eine häufig rezipierte Annahme der Wirtschaftswissenschaften und -soziologie, zeigt sich die Lern- und Anpassungsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die „Varieties of capitalism“, also die verschiedenen Spielarten des Kapitalismus, erlauben das Modell einer ökologisch wie sozial nachhaltigen und dennoch kapitalistischen Produktionsweise. Wirtschaftliches Wachstum, begriffen als fundamentaler Imperativ der kapitalistischen Produktionsweise, bleibt damit für Wohlstandsgesellschaften notwendig. Die Positionen la+b erkennen im wirtschaftlichen Wachstum ein „Mittel zum Zweck“, um die strukturelle Arbeitslosigkeit einzuhegen, die Kaufkraft anzuregen sowie eine international konkurrenzfähige Ökonomie zu behaupten. Daher kann in Hinblick auf zukünftige Formen des Wirtschaftens festgestellt werden, dass die Autor_innen des Feldes I, im Gegensatz z.B. zu den Vertreter_innen des Felds II, an dem wirtschaftswissenschaftlich hegemonialen Wachstumsparadigma festhalten. Allerdings zeigen sich für die Autor_innen in der Krise durchaus auch die ökologischen Grenzen des quantitativen Wachstums sowie systemimmanente Verteilungs- und Bestandskonflikte. Der Stoffwechsel mit der Natur ist gestört (Öko-Krise) und konfiguriert mit den wirkenden Marktkräften bzw. ihrer aktuellen technologischen Beschäftigungsbasis (Adler und Schachtschneider 2010:113). Die Autor_innen des Feldes I sind zuversichtlich, dass es gelingen kann, aktuelle Umweltprobleme sowohl über die marktinduzierten technologischen Innovationspotenziale der kapitalistischen Ökonomie („öko-liberale Modernisierung“) als auch über die Reorganisation von Arbeit zu lösen und einen sektoralen Wandel (öko-soziale Dienstleistungsgesellschaft) zu bewältigen (Fücks 2013). Daher verdienen qualitative Wachstumsaspekte, wie die Produktion mittels erneuerbarer Energien und ressourceneffizienten Anlagen, nach dieser Ansicht eine größere Aufmerksamkeit als bisher. Neben diesem „gewaltigen Innovations- und Investitionsprogramm“ der Unternehmer_innen bedarf es auch eines veränderten „politisch-rechtlichen Ordnungsrahmens“, wie Ralf Fücks unlängst festgestellt hat (Fücks 2014:561). Hinter einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Ökonomie steht ein Staat, der erstens die Notwendigkeit des Handelns erkennt und zweitens anspruchsvolle öko-sozial reformerische Maßnahmen einleitet. Letztendlich ist das „richtige“ nachhaltige wirtschaftliche Wachstum eine notwendige Bedingung für die Einhegung der ökologischen Krise (ebd.: 119f.).

1.1 Öko-liberale Modernisierung

Von der Unabdingbarkeit wirtschaftlichen Wachstums überzeugt, beschäftigt sich Ralf Fücks, Politiker (Bündnis 90/ Die Grünen) und Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, in seinem Werk „Intelligent wachsen“ mit der Frage nach der Vereinbarkeit einer wachsenden Ökonomie mit ökologischen Erfordernissen. Ausgehend von einer umfassenden umweltspezifischen Krisendiagnose, die er mit vielen anderen Autor_innen teilt, möchte er Wege im gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Bereich aufzeigen, die eine Entkopplung des wirtschaftlichen Wachstums von den Umweltbelastungen ermöglichen. Zu Demonstrationszwecken bedient sich Fücks zahlreicher Beispiele aus Herstellungsprozessen, bei denen es in der Vergangenheit bereits erfolgreich gelungen ist, auf negative Umwelteinflüsse zu verzichten. Auf diese Weise versucht er, den Vorwurf vieler Wachstumskritiker_innen, die die Unvereinbarkeit von Wachstum und Nachhaltigkeit konstatieren, zu entschärfen (ebd.: 16). Die Postwachstumsdebatte, so Fücks, geht am eigentlichen Kern des Problems vorbei und findet jenseits von gesellschaftlicher und politischer Realität, irgendwo „im Nirwana“, statt (Fücks 2014). Seine Argumentation lässt sich als öko-liberale Modernisierung charakterisieren.

Ökologische und ökonomische Krisenentwicklung und Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Die ökologische Krise, die sich mit dem Beginn der industriellen Revolution zunehmend verstärkt, ist für Fücks die machtvollste Quelle globaler Missstände. Den Klimawandel, die Nährstoffarmut und Verwüstung der Böden sowie eine beginnende Wasserknappheit erleben wir heute als Symptome einer erkrankten Weltökologie. Dabei sind die Belastungsgrenzen zentraler Ökosysteme (Klima, Boden, Wasser) schon oder zumindest beinahe erreicht (Fücks 2013:14, 34f.). Die ökologische Tragfähigkeit, also der ökologische Fußabdruck den jeder Mensch hinterlassen kann, ohne das Ökosystem zu stören, wird bereits um den Faktor 1,5 überschritten. Das heißt, dass wir momentan von den ökologischen Grundlagen leben, die wir in Zukunft nicht mehr garantieren können. Eine Einschränkung macht Fücks in der ökologischen Krisendiagnose jedoch. Die kritischen Grenzen liegen nicht etwa in dem Bedarf an Energiequellen und industriellen Rohstoffen, sondern in Produktionsfaktoren, wie Boden und Wasser (ebd.: 114). Die kommende Rohstoffknappheit ist für Fücks daher keineswegs eine gesicherte Erkenntnis - weder in Bezug auf Energieträger noch auf wichtige Erze – und inkludiert eher kurz- bis mittelfristige Senkenprobleme (ebd.: 98f.). Fücks wendet sich damit ganz bewusst gegen öko-sozialistische Kritiker_innen, die davon ausgehen, dass die Phase „stürmischen Wachstums“ im Kapitalismus nur eine kurze Phase der ungezügelter Akkumulation gewesen sei, die nun an ihre natürlichen Grenzen gerate. Dieser „Wirtschaftspessimismus“, wie er besonders in und nach der Krise von 2008 aufgekommen ist, ist jedoch übertrieben und trägt nicht den Potenzialen des robusten Wirtschaftssystems Rechnung, argumentiert Fücks. Dabei wird übersehen, dass Krisen und Konflikte bisher als Katalysatoren für die Modernisierung der Ökonomie wirkten - der Kapitalismus kennt keine Grenzen des Wachstums (ebd.: 28). Zudem wird Postwachstum ironischerweise insbesondere in Ländern wie Deutschland thematisiert, denen es momentan schwer fällt zu wachsen.

Die nur mühsam wachsende Wirtschaft ist laut Fücks das Resultat eines spezifisch europäischen Entwicklungsprozesses: Der demographische Wandel dämpft das Wachstumspotenzial und die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung. Fücks verweist in diesem Zusammenhang auf einen drastischen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in den mitteleuropäischen Ländern. Kamen in Deutschland im Jahr 2000 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 23 Menschen über 65 Jahre, werden es um die Jahrhunderthälfte ungefähr 57 Personen sein. Das Erwerbspotenzial (Erwerbsfähige zwischen 20 und 65) wird daher in den nächsten Jahren von 50 Mio. auf 35-39 Mio. (je nach Zuwanderungsrate) sinken. Als Folge sind arbeitsmarkt- und ressourcenbezogene Verteilungskonflikte zwischen den Generationen denkbar (ebd.: 79). Im Kontrast zu Reuters Diagnose, der von einem stetig sinkenden Arbeitsvolumen und geringeren Beschäftigungsmöglichkeiten ausgeht, sehen sich europäische Gesellschaften bei Fücks eher mit einem sinkenden Arbeitskräftepotenzial, also einem defizitären Arbeitskräfteangebot, konfrontiert (ebd.: 31). Freie Arbeitsstellen werden in Zukunft nicht knapper, sondern zahlreicher. Diese Stellen werden allerdings besonders der „globalisierten Elite“ zu Gute kommen, da Prozesse der globalen Dynamik sie vor Arbeitslosigkeit schützen. In den Weltwirtschaften können primär Erwerbspersonen profitieren, die über Schlüsselkompetenzen, wie Mehrsprachigkeit und Mobilität, und eine hochwertige Ausbildung verfügen. Wer diese Kompetenzen hingegen nicht aufweisen kann, sieht sich häufig durch einen unzureichenden Lohn, Arbeitslosigkeit und Altersarmut marginalisiert. In Europa werden zukünftig besonders die Arbeitnehmer_innen in prekären Jobs dem zunehmenden globalen Wettbewerb ausgesetzt sein. Denn im Gegensatz zur (demographisch veränderten) europäischen Bevölkerung wird sich die globale Erwerbsbevölkerung bis zur

Mitte des Jahrhunderts verdoppeln. Der wachsenden Güternachfrage steht dann - global gesehen- auch ein wachsendes Erwerbspersonenpotenzial gegenüber (ebd.: 51.). Insgesamt resultiert daraus für die Arbeitsgesellschaft ein janusköpfiges Problem, das die Segmentierung des Arbeitsmarktes perpetuiert. Zum einen zeichnet sich eine Beschäftigungslücke für hochqualifizierte Jobs ab und zum anderen ist ein zukünftiges Überangebot an gering qualifizierten Arbeitskräften zu erwarten.

Konturen der neuen Wirtschaftsweise und ihrer Arbeitsgesellschaft

Fücks betont vor allem die inneren Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit (Wächst das BIP, sinkt die Arbeitslosigkeit), weshalb ein „Nullwachstum“ zu enormem politischen und sozialen Stress führen würde (ebd.: 120). Folgen wären verschärfte Verteilungskonflikte (Generationenkonflikte) bezüglich der stagnierenden/ rückläufigen materiellen Güter und Ressourcen. Folgerichtig erscheint es ihm zielführender, für die Lösung der ökologisch-ökonomischen Krise am kapitalistischen Wirtschaftssystem und der damit implizierten Wachstumslogik festzuhalten. Zwar muss man sich ohne Nostalgie vom alten Wachstum (ressourcenintensiv und schuldenfinanziert) lösen und eine „fundamentale Veränderung der herrschenden Produktionsweise“ anstreben (ebd.: 30f.). Doch letztendlich ist durch eine „grüne Revolution“ ein „intelligentes Wachsen“ als ein Wachstum mit der Natur möglich (ebd.: 16). Fücks plädiert dafür, dass sich die Art des Wachstums verändern müsse, d.h. die natürlichen Ressourcen besser und effizienter genutzt werden. Außerdem sollte ein globales Ressourcenmanagementsystem mit einem Maximum an Transparenz und hohen Sozial- und Umweltstandards geschaffen werden. Dabei ist Fücks davon überzeugt, dass „wir [...] die Möglichkeiten noch nicht [kennen], die sich aus der Kombination der Natur mit dem menschlichen Geist, aus der Synergie von Biosphäre und Noosphäre ergeben.“ Der Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energien erscheint ihm als förderungswürdiges Pilotprojekt und die deutsche Energiewende als Vorbild (ebd.: 35, 43, 106). Entsprechende Steuern auf CO₂-Ausstoß könnten die Knappheit für umweltbelastende Energieträger und Ressourcen politisch schaffen, den Preismechanismus modifizieren und somit Anreize zur effizienteren fossilen Energieerzeugung und für den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen schaffen (ebd.: 106f.). Darin verbirgt sich sogar die Chance zu einem neuen langfristigen Wachstumspfad auf Grundlage einer grünen Leittechnologie als Basisinnovation (ebd.: 165, 168f.). So bedeutet stagnierendes Wachstum für Fücks letztendlich nur, dass auch der Umweltverbrauch stagniert, wohingegen ein drastisch höheres Tempo ökologischer Innovationen tatsächlich einen positiven Umwelteffekt haben könnte. Für den öko-liberalen Modernisierer Fücks gilt daher: „[...] die Krise der Moderne mit den Mitteln der Moderne zu lösen“ (Fücks 2014).

Den neuen Herausforderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System kann nur begegnet werden, wenn Bildung, Wissenschaft und Innovationen auch staatlich vorangetrieben werden. Daneben besteht die Rolle des Staates auf dem Weg zur nachhaltigen Marktwirtschaft oder dem „Ökopkapitalismus“ zuvorderst in einer sinnvollen Ordnungspolitik, die Naturverbrauch und -verschmutzung verteuert, den ökologischen Innovationsprozess beschleunigt, hohe private Investitionen anregt und natürlich den freien Wettbewerb garantiert (ebd.: 313). Zur Innovation bedarf es ebenfalls der Kreativität bzw. dem „Erfindungsreichtum“ der Arbeitnehmer_innen, die neue, innovative Ideen haben und ökologisch nachhaltige Wertschöpfungsketten

schaffen. Denn nicht zuletzt reproduziert sich die gesellschaftliche wie wirtschaftliche Prosperität moderner Gesellschaften auf den Grundlagen von Arbeitsteilung und Technisierung.

Obwohl Fücks Ansätze wie die von Niko Paech eher als Selbstbegrenzung und als Tyrannei der Tugend versteht, stellt sich auch die Lebensstildebatte für ihn nicht als vollkommen irrelevant dar. Sie sollten nur mit der eben aufgezeigten industriell-technischen „grünen“ Revolution einhergehen (Fücks 2013). Darüber hinaus erscheinen Fücks eine Reihe von Maßnahmen gesellschaftlich wünschenswert. Dazu gehören eine Öffnung Europas für qualifizierte Zuwanderer, eine höhere Erwerbsquote von Frauen und die Flexibilisierung der Altersgrenzen sowie produktive Innovationen. Diese gesellschaftspolitischen Maßnahmen sollen vor allem durch Maßnahmen der Re-Kommodifizierung, wie die Veränderung der Rentendynamik und Verlängerung der Lebensarbeitszeit, finanziert werden (ebd.: 80). Insgesamt geht es Fücks um die Begründung eines ökoeffizienten, „intelligenten“ Wachstumsmodells und nicht um eine vollständige Loslösung von Nachhaltigkeit und Wachstum.

Nachbemerkung

Das Feld Ia) spiegelt stärker als die anderen Positionen den wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen „Mainstreams“ wieder, weil dessen Lösung ohne grundlegende Eingriffe in gesellschaftliche Strukturen und das Wirtschaftssystem auskommt. Positionen wie diese werden politisch häufig von Vertreter_innen der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen oder der Sozialdemokratie unter dem Schlagwort „Green Economy“ oder „Green New Deal“ vertreten. Die sozialwissenschaftliche Grundlage für Fücks und genannte politische Unternehmer_innen stellt die Schule „Ökologische Modernisierung“. Die Vertreter_innen dieser Schule setzen ökologische Nachhaltigkeit als Kernthema ihrer sozialwissenschaftlichen Forschung. Dabei versuchen sie einen „technisch-ökonomischen Paradigmenwechsel“ wissenschaftlich zu begründen, der die Grundlage für eine Gesellschaft bildet, die den ökologischen Notwendigkeiten Rechnung trägt (Adler und Schachtschneider 2010:115). Ein wichtiger Vertreter ist der Umweltsoziologe Joseph Huber, der davon ausgeht, dass Störungen in der Raum- und Stoffnutzung vorliegen, die durch technologische Umweltinnovationen entschärft werden müssen. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten ökologisch nachhaltiger Produktionsweisen, die gleichzeitig eine Finanzperformance der Unternehmen zulassen, die vor internationalen Finanzmärkten Bestand hat (vgl. Huber 2001: 276). Ziel muss eine positive Auswirkung auf die Öko-Bilanz sein (Effizienz nimmt im Verhältnis zum Sozialprodukt stärker zu). Strategien, die sich auf die Suffizienz konzentrieren, vergessen nach Huber, dass sie demokratisch sehr schwer durchzusetzen sind und bspw. umweltbewusster Konsum Paradoxien unterliegt (Adler und Schachtschneider 2010). Nach Martin Jänicke (Autor des umweltpolitischen Buches „Staatsversagen“) können sich die Politik und Gesellschaft nicht darauf verlassen, dass die treibenden Marktkräfte aus eigenem Antrieb die ökologische Effizienz im Herstellungsprozess vorantreiben (Jänicke 2008).

1.2 Öko-soziale Dienstleistungsgesellschaft

Den folgenden Ausführungen zu der Position Norbert Reuters in dem aufgezeigten Postwachstumsdiskurs liegt primär der Aufsatz „Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung“

zugrunde. Der Autor ist Volkswirt an der RWTH Aachen und Vorstandsmitglied bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Zudem war er von 2011 bis 2013 sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Reuter bewertet die momentan wahrgenommenen Pathologien im Bereich Ökologie und Ökonomie deutlich positiver als beispielsweise die Vertreter_innen der Strömung „Ökomarxismus“. Er ist damit Vertreter einer Strömung, die eine „öko-soziale Dienstleistungsgesellschaft“ anstrebt und dafür plädiert, das aktuelle Beschäftigungsproblem als Chance zu begreifen und eine Harmonisierung zwischen Wachstum, Ökologie und Verteilung aktiv herbeizuführen.

Ökologische und ökonomische Krisenentwicklung und Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Auch für Norbert Reuter befinden sich Gesellschaften mit wachsendem BIP sowohl in einem ökologischen wie auch in einem ökonomischen Dilemma. Das quantitative Wirtschaftswachstum geht mit einer enormen Umweltbelastung einher und führt zu einer immer größeren Zerstörung der natürlichen Ressourcen und Produktionsgrundlagen (Reuter 2010: 85). Dabei zeigt gerade das Wissen um die Endlichkeit jener wertvollen Grundlagen der menschlichen Produktion, dass der Glaube an ein stetiges „Mehr“, an ein immerwährendes quantitatives Wachstum, im höchsten Grade illusionär ist. Vielmehr prognostiziert Reuter, dass es in Zukunft zwangsläufig kein Wachstum auf hohem Niveau mehr geben wird. Über die letzten Jahrzehnte zeichnet sich insbesondere der (Mega-)Trend stetig abnehmender Wachstumsraten des Sozialprodukts ab (ebd.: 89f.). Daher bedarf es neuer Handlungsorientierungen und politischer Leitsätze, die sich an diesem Trend orientieren und denselben konsolidieren. Keynes sagte diesen Zustand für die reifen Volkswirtschaften voraus und schuf dafür den Begriff „säkulare Stagnation“. Diesen Zustand, in welchem aus den Ersparnissen nur noch wenige Nettoinvestitionen getätigt werden, sich Massenarbeitslosigkeit breit macht und sich eine vertiefende Einkommens- und Vermögensungleichheit herausbildet, gilt es progressiv zu nutzen und öffentlich zu gestalten (ebd.: 85f., Zinn 2014: 3f., 8). Denn einerseits bestehen in der Gesellschaft ungestillte Bedarfe nach essentiellen Dienstleistungen z.B. in Bildung, Gesundheit und Kultur, die nur unter der aktuellen sozialen Ungleichheit mit zu geringer Kaufkraft ausgestattet sind. Andererseits haben viele Dienstleistungen einen nachhaltigen, weil arbeitsintensiven Charakter und erfordern in vielen Fällen geringeren Material- und Energieeinsatz als ein industrieller Arbeitsplatz. Gleichzeitig sind bei Dienstleistungen nur geringe Produktivitätsfortschritte zu erwarten und treiben somit auch kein intensives Wachstum an (Reuter 2010:95ff.). In dieser Situation ist eine wirtschaftspolitische Förderung des Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft beschäftigungspolitisch wie ökologisch durch höhere Staatsausgaben und öffentliche Beschäftigung angeraten (Reuter 2010:93–97). Anknüpfen können diese Konzepte an alternative Lösungen, die sich in den 1970er Jahren und besonders in der Weltwirtschaftskrise von 2008 entwickelt haben und ein nachhaltiges Wirtschaften mit einem konstant hohen Beschäftigungsniveau gewährleisten. Insofern geht Reuter davon aus, dass wir uns, ganz ohne Pauken und Trompeten, bereits mitten auf dem Weg in eine Postwachstumsgesellschaft befinden (ebd.: 90).

Der empirische Befund sinkender Wachstumsraten und der damit assoziierte Eintritt in die Postwachstumsgesellschaft haben für die Arbeitsmärkte besonders schwerwiegende Folgen. Während das verfügbare Arbeitsvolumen weiter sinkt, reduziert sich die Anzahl an verfügbaren Arbeitsplätzen. Dabei sind schon heute, und das ist der zweite Mega-Trend den Norbert Reuter identifiziert, die Mehrzahl der

Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig. So arbeitet in Deutschland 2009 mit rund 73% die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten im tertiären Sektor. Diese „Tertiarisierung“ begreift Reuter als einen Sektorenwandel im klassisch fourastiéschen Sinne. Primäre Triebkraft des Wandels ist dabei das Verhältnis von Sättigungstendenzen und Produktivitätsfortschritten zueinander. Findet ein Produkt den nötigen Absatz am Markt, dann vergrößert sich der Sektor, während sukzessive Sättigung einsetzt, d.h. die Nachfrage danach sinkt. Die zunehmende Über-Auslastung und die entstehenden Absatzprobleme führen dann zu wachsenden Beschäftigungsverlusten. Als entsprechend im primären Sektor Sättigungstendenzen auftraten, expandierte der sekundäre Sektor und absorbierte das freigesetzte Erwerbspersonenpotenzial bis dieser wiederum sukzessive von dem tertiären Sektor abgelöst wurde. Daraus schließt Reuter auf ein hohes Absorptionspotenzial des tertiären Sektors, das heute jedoch unzureichend genutzt wird. Die aktuelle hohe Arbeitslosenstatistik ist deshalb die „[...] Folge, des Zusammenwirkens einer mangelnden Expansion des Dienstleistungssektors, einer zu geringen Schaffung von öffentlichen oder öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen und einer unzureichenden Verkürzung der Arbeitszeit [...]“ (ebd.: 92). Insgesamt zeigt sich anhand der Diagnose der beiden Megatrends, d.h. geringes Wachstum und Expansion des tertiären Sektors, dass diese keine eigendynamischen Energien freisetzen, die eine befriedigende Lösung der Beschäftigungsproblematik herbeiführen. Immer noch kann beobachtet werden, dass strukturelle Arbeitslosigkeit grassiert und die Reallohnstagnation ein Wachstum des BIPs auf Vorkrisenniveau verhindert.

Konturen der neuen Wirtschaftsweise und Arbeitsgesellschaft

Aber, so lautet der therapeutische Ansatz Reuters, durch eine Kombination aus Strategien der Arbeitszeitverkürzung, dem Ausbau des Dienstleistungssektors (Tertiarisierung) und einem leicht wachsenden BIP kann den negativen Folgen für Arbeitsmärkte entgegengewirkt werden. Obwohl für Reuter ein stetiges quantitatives Wachstum durch ökologische Grenzen determiniert ist (s.o.), sieht er dennoch die Möglichkeit zu qualitativem Wachstum. Durch grüne Technologien, ressourcenschonende Entwicklungen sowie Alternativen und die Erschließung neuer (zumeist digitaler) Wirtschaftsfelder kann das Wirtschaftswachstum nahezu vollständig von den nachteiligen Umwelteffekten entkoppelt werden. Allerdings liegt gerade in der „new economy“, die diese Voraussetzungen erfüllt, ein unabsehbares Rationalisierungspotential (Reuter 2000: 400). So lassen sich an dieser Stelle zwar Ökologie und Ökonomie, aber nicht Ökologie und Beschäftigung miteinander versöhnen. Daher kann das qualitative Wachstum nicht allein zum Allheilmittel gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit werden. Zusätzlich sind weitere Maßnahmen zur Reorganisation von Arbeit, wie eine neue Distribution der vorhandenen Gesamtarbeitszeit, notwendig. Arbeitnehmer_innen müssen ihre Arbeitszeit in Zukunft kürzen, damit möglichst viele potenzielle Arbeitnehmer_innen an dem vorhandenen Arbeitsvolumen partizipieren können. Norbert Reuter möchte ein „Um-denken“ erreichen, sodass unentlohnte Aktivitäten auch gegenüber Lohnarbeit attraktiv wirken. Dieser Bedeutungswandel ist möglicherweise auch nötig, da die vorgeschlagenen Arbeitszeitverkürzungen nur dann gesellschaftlich durchsetzbar sein dürften, wenn sich die Arbeitnehmer_innen mit stagnierenden oder gar sinkenden Löhnen zufrieden geben. Um seine Position zu stützen, zieht Reuter schließlich Studien zur Kurzarbeit heran, die belegen, dass ein Plus an freier Zeit auch bei finanziellen Einbußen von den Betroffenen zumeist positiv bewertet wird. Positive Evidenzen für

Reuters Vorschlag, dass die gewonnene Freizeit als höherer Wert gegenüber der monetären Entlohnung begriffen wird, sind bereits aufzufinden. (Reuter 2010: 97ff.)

Über Umstellungen in der individuellen Lebensführung hinaus fordert Reuter konkrete politische Maßnahmen, die in einer De-Kommodifizierung von Arbeit münden. Im Fokus stehen intensivierete Sozialleistungen und Qualifizierungsmaßnahmen. So sollte es den bis dato Geringqualifizierten ermöglicht werden, die Teile der Arbeitszeit der Besserqualifizierten zu ersetzen. In diesen Zusammenhang sind daher dringend Qualifizierungsmaßnahmen nötig, um nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch die nötigen „soft and hard skills“ gerechter zu verteilen. Neue Arbeitsplätze sollten dabei vorrangig im öffentlichen Dienstleistungssektor entstehen, da dieser im Gegensatz zum primären und sekundären Sektor einen entscheidenden Vorteil hat: Dort kann ein schier unerschöpflicher „Hunger nach Tertiärem“ (Fourastié) festgestellt werden, sodass keine Sättigungstendenzen eintreten. Dieser vergleichsweise geringproduktive Sektor erweist sich insofern als relativ resistent und robust – auch im Hinblick auf etwaige konjunkturelle Schwankungen (ebd.: 96f.). Vorbildhaft zeigt für Reuter das skandinavische Beschäftigungsmodell, dass eine signifikant höhere Zahl an Beschäftigten mit einem gut ausgebauten öffentlichen Sektor in positivem Zusammenhang steht. Idealerweise kann auch Deutschland die Beschäftigungsstrukturen nach diesem Vorbild modellieren (ebd.: 95f.).

Zur Finanzierung der vorgeschlagenen Prozesse mit dem Ziel der Re-Organisation von Arbeit ist es allerdings nötig, eine höhere Vermögens- und Einkommensbesteuerung zu erheben. Reuter sieht daher den Staat in einer hohen Verantwortung, den von ihm beschriebenen Mega-Trends Rechnung zu tragen und in Zukunft durch eine aktiv-umverteilende Politik das Beschäftigungsproblem zu lösen.

Nachbemerkung

Einen wichtigen Beitrag zur kritischen Betrachtung reformpolitischer Maßnahmen, wie die Arbeitszeitverkürzung, liefert Karl-Georg Zinn. Er weist zu Recht darauf hin, dass einige zentrale Bereiche, wie der medizinische oder soziale Beschäftigungssektor, unterversorgt sind. Eine reformerische Arbeitsmarktpolitik, als Reaktion auf das sinkende Arbeitsvolumen, müsste daher berücksichtigen, dass eine Arbeitszeitverkürzung nicht in allen Sektoren sinnhaft ist. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit ist zudem die persönliche Lebensführung der Menschen in einem nicht unerheblichen Maß betroffen und es ist keineswegs gewiss, dass ein derartiges politisches Programm mit den Wünschen der Arbeitnehmer_innen im Einklang steht. So erleben wir momentan, dass die Arbeitszeiten sich eher verlängern als verkürzen (vgl. Zinn 2014:16). Die Arbeitnehmer_innen würden im anderen Fall an Einkommen einbüßen, sodass ein Rückgang der Kaufkraft und damit eine gesättigte Konsumnachfrage und ein weiterhin rückläufiges BIP realistisch erscheinen. In Bezug auf die von Reuter geforderte öko-soziale Dienstleistungsgesellschaft, also die Tertiarisierung der Beschäftigungsstruktur, müssen nach Zinn vorrangig wirksame Umverteilungen im Privatsektor vorgenommen werden, zum einen durch eine Allokation innerhalb des eigenen Sektors und zum anderen durch Auslagerung privaten Kapitals, d.h. eine massive Umverteilung zugunsten öffentlichen Sektors. Für Zinn besteht unter Berücksichtigung dieser Punkte eine Aussicht auf ein bewusstes Degrowth-Programm, dem Reuter eher skeptisch gegenüber steht.

2. Diskursfeld II. Schrumpfung und Nullwachstum in einer kapitalistisch-gemischten Wirtschaft

Die Autoren des folgenden Diskursfeldes eint, dass sie das heutige Wachstumsmodell für nicht zukunftsfähig halten. Ausgehend von verschiedenen Problemdiagnosen und teils sozialphilosophisch, teils ökologisch motivierten Krisenszenarien schlussfolgern sie, dass „die Wachstumsparty vorbei ist“, wie es Niko Paech, ein Vertreter dieser Strömung, gerne etwas salopp ausdrückt. Demnach erfolgt die Suche nach Alternativen zum Wachstum aus einer (angenommenen) objektiven Notwendigkeit heraus, die sich tendenziell bereits in der Gegenwart andeutet und sich vor allem in naher Zukunft manifestieren wird: „degrowth by design or desaster“ (Victor) oder „Schrumpfung als Schicksal“ (Miegel) können deshalb als symptomatische Schlagworte für dieses Diskursfeldes gelten.

Die Diagnose einer (angenommenen) objektiven und notwendigen Überwindung der Wachstumsordnung allein grenzt die hier versammelten Autoren jedoch noch nicht hinreichend von alternativen Strömungen ab. Darüber hinaus zeichnet sich das vorliegende Diskursfeld dadurch aus, dass sie „den“ Kapitalismus nicht als einen oder den entscheidenden Faktor für die allgemeine Wachstumsorientierung qualifizieren. Der kapitalistischen Vergesellschaftung sowie der entsprechenden Wirtschafts- und Staatsstruktur wird kein prioritärer Rang in der Analyse und Diagnose eingeräumt. Teilweise liegt dies darin begründet, dass weniger der Kapitalismus als vielmehr die Industriegesellschaft (und die damit zusammenhängende Umweltzerstörung) als das eigentliche Problem gelten. Folgt man hingegen der Analyse Miegels liegt dem heutigen Wachstum letztlich ein ideengeschichtlicher Wandel zu Grunde, demnach der Bedeutungsverlust des Christentums und des Jenseitsbezugs bedeutender ist als beispielsweise bestehende Eigentumsordnungen. Zudem wird angeführt, dass der Kapitalismus als Analysekonzept zu unscharf sei (Paech 2013) und sich deshalb nicht zur Analyse eignet.

Folglich kann es nicht überraschen, dass die Autoren ihre Arbeiten nicht in den Kontext umfassender Kapitalismustheorien stellen. Und entsprechend weisen die vorgeschlagenen Lösungswege und gesellschaftlichen Alternativen ihrerseits einen – teilweise impliziten – kapitalistischen Charakter auf: Denn wenn der Kapitalismus und die ihm eigenen Institutionen nicht vorrangig Teil des diagnostizierten Problems sind, dann spricht auch nichts dagegen, sie als Teil (wenn auch nicht einzigen Bestandteil) der Lösung anzusehen. Passend dazu fragt sich Jackson ganz am Ende seines Buches, ob eine Gesellschaft und Ökonomie, die seine Vorschläge umgesetzt hätte, immer noch eine kapitalistische sei – und antwortet: „Does it really matter? For those for whom it does matter, perhaps we could just paraphrase Star Trek’s Spock and agree that it’s capitalism, Jim. But not as we know it“ (Jackson 2009:202). In der Gesamtheit repräsentieren die hier versammelten Vorschläge also eher eine wachstumskritische Reform- bis Restaurationsperspektive des Gegenwartskapitalismus bzw. sie stehen dem Kapitalismus aus verschiedenen Gründen mehr oder weniger indifferent gegenüber. An wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Institutionen der heutigen Gesellschaftsformation wollen sie entweder festhalten oder wieder verstärkt traditionelle Elemente einführen.

Mit Meinhard Miegel stellen wir zunächst einen konservativen Vertreter dieser Spielart der Wachstumskritik vor; anschließend geben wir mit Tim Jackson und Peter Victor zwei der international bedeutendsten Volkswirte zum Thema wieder. Zuletzt gehen wir kurz auf Niko Paech, der für die deutschsprachige wachstumskritische Diskussion besonders relevant ist, ein.

2.1 Wertkonservative Retraditionalisierung und Austerität

Ökologische und ökonomische Krisenentwicklung und Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Der konservative Publizist und Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel bettet seine Ausführungen zur Wachstumsfrage in seinem jüngsten Buch „Hybris Die überforderte Gesellschaft“ (2014) in eine umfangreichere Zeitdiagnose ein. So spricht er im Zusammenhang mit aktuellen Umweltproblemen, zeitgenössischen Konsummustern oder Problemen im Feld der Erwerbsarbeit keinesfalls von einer Krise – er geht darüber hinaus und postuliert einen „Epochenwandel“ (ebd.: 129ff.) Betrachtet man den Zuschnitt seines Arguments, überrascht dies nicht: Ausgangspunkt ist eine kulturpessimistisch formulierte Säkularisierungsdiagnose, der zufolge mit dem Einsetzen der Neuzeit und dem Bedeutungsverlust der christlichen Religion das Unendliche aus dem Bereich des Jenseitigen ins Diesseitige verschoben wurde. Seitdem sind menschliches Verhalten und gesellschaftliche Institutionen von einem massiven Expansionismus geleitet. Und diese Wachstumsideologie ist nun derzeit, so Miegel, aus vielen verschiedenen Gründen dabei, an sich selbst zu scheitern. Entsprechend ist der biblische Turmbau zu Babel die am häufigsten benutzte Metapher des Autors.

Wie die große Überzahl der hier skizzierten Positionen hält auch Miegel die ökologischen Probleme für die zentrale Herausforderung. Er entwickelt hier allerdings kein eigenes Argument, sondern knüpft an einschlägige Begriffe und Diskussionen an, bspw. bezüglich Nachhaltigkeitskonzepten oder dem ökologischen Fußabdrucks der Menschheit (ebd.: 75f., 86). Die Annahme lautet, dass der Ressourcenverbrauch und die Senkennutzung der Menschheit eine natürliche Obergrenze haben, jenseits derer die ökologische Substanz langfristig irreparabel zerstört wird. Seit dem Einsetzen von Industrialisierung und Globalisierung wächst mit den wirtschaftlichen Aktivitäten dieser ökologische Fußabdruck kontinuierlich und befindet sich heute jenseits der Obergrenze. Langfristig sind diese „Übertreibungen“ prinzipiell nicht durchhaltbar und berauben sich ihrer eigenen Grundlagen. Ähnlich wie Paech und andere Autoren geht Miegel also davon aus, dass der zeitgenössische Expansionskurs sich schon allein aus ökologischen Gründen selbst abschafft und uns nur die Möglichkeit bleibt, die ohnehin anstehenden Schrumpfungsprozesse konstruktiv zu gestalten.

Das zweite zentrale Themenfeld, auf das Miegel eingeht, ist der massiv gewachsene Konsum. Die Expansion der diesseitigen Bedürfnisse und der Konsum von im Grunde kaum genutzten Wohlstandsgütern sind nicht nur Treiber des ökologischen Problems, sondern auch das entscheidende Rädchen der Kultur der Hybris. An verschiedenen Punkten versucht Miegel das Vergebliche und Irrationale der rigiden zeitgenössischen Konsumorientierung nachzuweisen. So zitiert er etwa Ergebnisse der Glücksforschung, nach welcher zusätzlicher Verdienst, Besitz und Konsum ab einer bestimmten Schwelle nachweislich keinen Einfluss mehr auf das subjektive Glücksempfinden entfalten (ebd.: 93). Die Organisation des (kapitalistischen) Produktionsprozesses im engeren Sinne, ebenso wie die Kritik daran, spielen dabei jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Zwar sieht auch Miegel bestimmte kapitalistische Strukturen durchaus kritisch, betrachtet sie aber nur am Rande, weil sie für ihn nicht die Wurzel des Übels darstellen. Vielmehr gelten ihm maßloser Konsum und die damit verbundene Naturzerstörung als etwas, das der Hybris des modernen Denkens an sich entspringt: Profitgier, wirtschaftlicher Wachstumskurs und Konsumorientierung sind Artikulationen der darunter liegenden Ideologie eines „diesseitsfixierten Expansionismus“ (ebd.: 7).

Das dritte Großthema ist für Miegel die Arbeit, oder genauer: die zeitgenössischen Formen der modernen Erwerbsarbeit. Der Argumentationsverlauf ähnelt hier dem vorherigen. Zunächst postuliert er die Existenz einer gesunden, verträglichen und humanen Form von Arbeit. In einem zweiten Schritt diskutiert er die aktuelle Situation und findet maßlose Übertreibungen in verschiedensten Aspekten (ebd.: 26ff.). Dass die Situation nicht anders und besser ist, begründet er drittens mit der Figur der expansionistischen Ideologie.

In einem wahrhaftigen Rundumschlag trägt Miegel Befunde verschiedenster sozialwissenschaftlicher Disziplinen zusammen. Ausgehend von der Beschreibung moderner westlicher Gesellschaften als Arbeitsgesellschaften, diagnostiziert er eine zeitgenössische Fixierung auf Erwerbsarbeit, die sich beispielsweise in der Sozialisation äußert. Schon Kleinkinder werden als Arbeitsmenschen geformt, das Paradigma lebenslangen Lernens lenkt die Aufmerksamkeit mit großem Nachdruck auf das Thema Erwerbsarbeit und das sozial- und arbeitspolitische Epizentrum ist die Erwerbsarbeit. Dass dieser Zustand kontingent ist, belegt Miegel mit Verweis auf historische Argumente. Demnach wurde Arbeit vor der Industrialisierung gänzlich anders bewertet und praktiziert. Vor allem sind frühere Gesellschaften keine Arbeitsgesellschaften gewesen, weil Arbeit nur existenzsichernde Funktion hatte und sporadisch verrichtet wurde. Hybrisgetriebene Expansionen waren auch hier wieder die Wurzel der modernen Entwicklungen.

Wie auch gewerkschaftliche Positionen oder ökosozialistisch-feministische Konzepte im Postwachstumdiskurs, diskutiert Miegel insbesondere das Verhältnis von unbezahlter und bezahlter Arbeit. Ehemals unbezahlte Arbeit wurde im Verlauf der Industrialisierung und Modernisierung kommodifiziert und nunmehr als vermeintlich produktive und profitträchtige Erwerbsarbeit privilegiert. Die andere Seite dieser asymmetrischen Verengung auf Erwerbsarbeit ist eine nachteilige Stellung unbezahlter und häufig von Frauen geleisteter Eigen- und Reproduktionsarbeit. Das Problem liegt für Miegel aber weniger in der Geschlechterungleichheit, die dieses Modell mit sich bringt. Vielmehr sieht Miegel an dieser Stelle die Verbindung zur ökologischen Problematik: profitable und effiziente Erwerbsarbeit ist für ihn gleichzeitig Arbeit, die auf der übermäßigen Ausnutzung natürlicher Ressourcen aufbaut. Die Effizienz moderner Erwerbsarbeit ist nämlich nicht ohne die „Krücke“ fossiler Energieträger zu haben (ebd.: 33). Ähnlich wie Paech argumentiert Miegel, dass die Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen von Erwerbsarbeit im Grunde nicht oder kaum auf den effizienteren Einsatz menschlicher Arbeitskraft zurückzuführen sind – sie basieren stattdessen, insbesondere in den Schwer- und Hochtechnologieindustrien, auf der maßlosen (Über-)Nutzung fossiler Energieträger sowie anderer natürlicher Ressourcen. Moderne Erwerbsarbeit und die Übernutzung natürlicher Grundlagen sind demnach zwei Seiten derselben Medaille und die Fixierung auf Erwerbsarbeit ist die entscheidende Ursache für die Verschärfung der ökologischen Krise.

Miegel betont zusätzlich eine Reihe weiterer, auf die Dauer destabilisierender Effekte moderner Erwerbsarbeit. So sieht er im Einklang mit vielen Forschungen Probleme durch eine abnehmende Arbeitsmenge bei gleichbleibendem Fortschreiben des Erwerbsarbeitssystems. Allerdings betont er zugleich, dass in den frühindustrialisierten Ländern des Nordens menschliche Arbeitskraft im Vergleich zu den anderen Produktionsfaktoren, insbesondere im Vergleich zu Rohstoffen, zu teuer veräußert wird. Dies wird sich ändern, wenn die (Rohstoff-)Preise an tatsächliche und zukünftige Gegebenheiten angepasst würden: „Sobald die Preise die wirklichen Knappheiten widerspiegeln, werden sich die Wirtschaftsprozesse von Grund auf ändern. Vor allem wird menschliche Arbeitskraft eine Renaissance erfahren“ (Miegel 2012: 187). Miegel erwartet

perspektivisch also eine Umkehrbewegung der Tendenz menschliche Arbeitskraft durch Technik und Rohstoffeinsatz zu ersetzen.

Außerdem nimmt Miegel Prekarisierungstendenzen war und betont die soziale Sprengkraft und wachsende individuelle Risiken durch die fortlaufende Verschärfung von Einkommensunterschieden. Nicht zuletzt werden systematisch angelegte Erschöpfungstendenzen und Ermüdungserscheinungen im modernen Erwerbssystem thematisiert. Insgesamt mündet seine Diagnose bezüglich Arbeit in der These einer höchst widersprüchlichen und sich sukzessive selbst destabilisierenden Konstellation. Allerdings ist trotz mannigfaltiger negativer Effekte die vom Expansionismus getriebene, soziale und individuelle Bindung an Erwerbsarbeit ungebrochen. Da die Erwerbsarbeit einen tragenden Teil des Fundaments bildet, ist der moderne Turmbau zu Babel durch seine Widersprüche letztendlich zum Scheitern verurteilt.

Konturen der neuen Wirtschaftsweise und ihrer Arbeitsgesellschaft

Miegels Ausführungen hinsichtlich einer möglichen und wünschenswerten zukünftigen Ausgestaltung von (Lohn-)Arbeit sind knapp. Er begründet das mit dem Verweis auf die enorme Tragweite und den epochalen Charakter der aktuellen Problemlage. Niemand verfüge über hinreichende Erfahrungen, um die kommenden, menscheitsgeschichtlich einmaligen Entwicklungen vorwegzunehmen. Grundsätzlich setzt Miegel auf Aufklärung über die Ideologie und die Mechanismen des Expansionismus und auf die Substitution des Prinzips des „Immer-mehr“ durch sozialmoralisch gerechtfertigte Konzepte. So soll Konsum nachhaltig werden oder das Teilen das individuelle Eigentum teilweise ersetzen; weiterhin soll ökologische Nachhaltigkeit zur Richtschnur im Umgang mit den natürlichen Grundlagen werden.

In Bezug auf Erwerbsarbeit hofft Miegel auf eine Abnahme sowie Abwertung der selbigen und eine gleichzeitige moralisch-symbolische Aufwertung geistiger, sinnerfüllender sowie handwerklicher Tätigkeiten – und in diesem Zusammenhang sogar auf mehr „Anständigkeit“. Ziel dieses Wandels ist aber nicht die Abschaffung der Erwerbsarbeit, sondern ihre Reduktion auf ein ‚vernünftiges Maß‘, wobei ein Einkommen von lediglich 600€/Monat als Indikator für einen individuell, sozial und ökologisch nachhaltigen Maßstab gilt. Fluchtpunkt ist, „der Erwerbsarbeit im Leben der Menschen wieder den Platz zuzuweisen, der ihr sinnvoller Weise zukommt“ (Miegel 2014:33, vgl. auch ders. 2012:186ff.). Entsprechend kommt Miegel bei der Bewertung des Verhältnisses bezahlter und unbezahlter Arbeit zu einem anderen Schluss als beispielsweise Reuter, denn seine Hoffnung liegt nicht in einer (materiellen) Aufwertung und Ausweitung des privatwirtschaftlichen Dienstleistungssektors und eines teilweise öffentlichen, bezahlten Pflegesektors. Zusätzliche bezahlte Arbeit erscheint Miegel ohnehin unrealistisch, da die dazu nötigen Gewinne nur aus höherer Effizienz und Produktivität und damit aus einer zukünftig unmöglichen (Über-)Nutzung natürlicher Grundlagen resultieren könnten. Zwischen den Zeilen kann man lesen, dass Miegel für ein Beibehalten heutiger Strukturen bei massiver Einschränkung und gleichzeitiger Abkehr vom Wachstums- und Expansionskurs votiert. Allerdings ist Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums für ihn keine wirkliche Perspektive, sein Fokus liegt damit auf einem „Wertewandel statt Umverteilung und gesellschaftlicher Transformation“ (Muraca 2014: 61, Herv. i. O.).

Miegels Position steht klar in der breit aufgestellten Tradition der kulturpessimistischen Kritik der Moderne. Er erklärt das neuzeitliche Projekt der Aufklärung über weite Teile für gescheitert und bringt überwiegend dramatisch formulierte, atmosphärisch düstere Metaphern für einen unvermeidbaren epochalen Wandel in Stellung. Die emanzipatorische Seite der Etablierung moderner Erwerbsarbeit bleibt dabei weitgehend unberücksichtigt, ebenso die Frage, wie damit umzugehen ist, dass die komplexen Analysen und Modellierungen in der ökologischen Debatte zu einem gewissen Teil auch sozial konstruiert und ihre Prognosefähigkeit nicht in jedem Fall gegeben ist.

Miegels Perspektive ist insofern originell als dass sie die aktuellen ökonomischen und ökologischen Krisenphänomene nicht auf ökonomische Mechanismen sondern kulturelle Dispositionen zurückführt. Seiner weltanschaulichen Grundhaltung entsprechend, plädiert er für eine wertkonservative Retraditionalisierung, die starke moralische Aspekte, wie einen Bewusstseinswandel weg von 'materialistischen Einstellungen', umfasst und zukünftigen, sorgsameren Umgang mit knappen Gütern als wahren Wohlstandsgewinn beschreibt. Während viele Autor_innen in der Postwachstumsdebatte den Wachstumskurs lediglich als gegeben setzen, geht Miegel mit seinem Säkularisierungsargument – der Übersetzung des Unendlichen ins Diesseits – deutlich darüber hinaus. Der Verweis auf die Kultur der Expansion und die damit verbundenen (ökologischen) Problemen dienen ihm somit als Hintergrundfolie im Lichte dessen er Zeitdiagnosen und Prognosen anstellt.

Viele Einschnitte in soziale Standards und wohlfahrtsstaatliche Rechte werden in dieser großen Erzählung allerdings schlichtweg zum unhintergehbaren Sachzwang erhoben. Miegel flankiert gewissermaßen die herrschende Austeritätspolitik mit wachstumskritischen Argumenten: „In zwanzig Jahren werden staatliche Sozialleistungen allein die Existenz der Menschen sichern können, nicht ihren gewohnten Lebensstandard. Das ist auch bei sozialster Gesinnung nicht möglich“ (Miegel 2012: 207). Andererseits betont er aber auch, dass etwa unterprivilegierte Gruppen im reichen Westen als globale Gewinner des Wachstums charakterisiert werden können. Hingegen fällt Miegels Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeit dahinter zurück. Sie ist über weite Teile unsystematisch und der kulturpessimistisch-konservativ gestimmten Grundhaltung des Autors zuzurechnen. Seine Empfehlung, bestehende Strukturen der Arbeitswelt in erheblichem Ausmaß in Schrumpfungprozesse zu über-, im Grundsatz aber weiterzuführen, könnte politisch motiviert sein. Mit seinem Verweis auf den inneren Zusammenhang der Übernutzung ökologischer Grundlagen mit modernen Formen der Erwerbsarbeit koinzidiert er aber mit den meisten Autoren, die sich zur Frage Postwachstum und Arbeit äußern. Insofern er aus einer durchaus originellen und anders gelagerten Perspektive ebenso zu diesem Schluss kommt, erhärtet sich der Eindruck, dass diese Verknüpfung ernst zu nehmen ist.

2.2 Wachstumskritischer Reformismus

Ökologische und ökonomische Krisenentwicklung und Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Die Arbeiten zur Wachstumskritik von Tim Jackson und Peter Victor stechen international hervor. Insbesondere Jacksons Buch „Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet“ (2009) erlangte große Bekanntheit; in diesem lobt er wiederum Victors Arbeiten als „an almost unique attempt to develop any kind of model of a non-growing economy“ (ebd.: 134). Dabei decken sich die Aussagen beider Autoren zur ökologischen Krise weitgehend mit verbreiteten Annahmen aus dem wachstumskritischen Diskurs und sind

zudem in ihren Auswirkungen auf die Arbeitswelt recht allgemein und andeutungsweise gehalten; sie sollen deshalb an dieser Stelle nur kurz zusammengefasst werden. Jacksons Ausgangslage ist eine gesellschaftliche Wegzweigung (ebd.: 128): (I) Entweder gelingt es, Wirtschaftswachstum sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten, oder (II) es bedarf einer ökonomischen, sozialen und kulturellen Stabilisierung der Gesellschaft ohne Wachstum. Da Jackson das gegenwärtige Wachstum als nicht nachhaltig klassifiziert und absolute Entkopplung letztlich für unrealistisch hält, plädiert er für Möglichkeit (II). Andernfalls wäre der Preis ein massiver ökologischer Schaden oder Kollaps, der mittel- bis langfristig auch die wirtschaftliche Prosperität gefährdet.

Die Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung geht dabei sowohl von ausgehenden Ressourcen als auch von übernutzten Senken aus. Peaks verschiedener Rohstoffe (insbesondere Öl und seltene Erden) führen zu steigenden Preisen von diversen Waren (insbesondere Land, Nahrungsmittel etc.) und somit zu einem (massiven) wirtschaftlichen Abschwung durch einen Preisschock: „[O]ne thing is for sure: the recession is coming. Sooner or later. And when that happens, the price impact will be no less shocking than it was during 2008. Its impact on the economy will be devastating“ (ebd.: 13). Interessanter Weise sieht Jackson bereits die Krise von 2007/08 als von ökologischen Faktoren (vor allem steigenden Preisen von Basisressourcen wie Öl, Nahrung, Metallen) mitverursacht. Den Klimawandel diagnostiziert Jackson als die schwerwiegendste aller Senkenproblematiken und „mother of all limits“ (ebd.). Er geht davon aus, dass die globale Erwärmung der kommenden Jahrzehnte die größte Gefahr „to survival we face“ darstellt (ebd.).⁸

Auch Victor (2012) sieht im Laufe des 21. Jahrhunderts den Ressourceninput, der nötig wäre um die Wirtschaft im konventionellen Sinne weiter am Laufen zu halten, gefährdet, wodurch ein Weiter-So schlicht unrealistisch ist. Die ökologischen Senken sind zerstört bzw. drohen zerstört zu werden; die Biokapazität der Erde ist seit ca. 1986 überschritten. Beide Autoren liegen damit ungefähr auf der Linie der Berichte an den Club of Rome (Meadows et al. 1972; Turner 2008), die sie auch anerkennend diskutieren, und teilen die Analyse von Rockström et al. ((Rockström et al. 2009) zur Überschreitung der planetarischen Grenzen.

Präzise Prognosen oder Zeitdiagnosen, wie sich die wirtschaftlichen und ökologischen Probleme auf die Entwicklung der Arbeitswelt auswirken, fehlen. Als (gegenwärtiges und zukünftiges) Hauptproblem scheinen die Autoren jedoch die (Massen-)Arbeitslosigkeit auszumachen. Im Unterschied zu explizit gesellschafts- und kapitalismuskritischen Analysen, wie sie bspw. im Umfeld der Arbeitsgruppe Foster et al. (2010b) betrieben werden, stellen Jackson und Victor keinen systematischen und eindeutigen Bezug zwischen der ökologischen Krise und der kapitalistischen Produktionsweise als solcher her.

⁸ Hier, wie an anderen Stellen, bleibt allerdings unklar, wer genau mit „wir“ bezeichnet werden soll. Oft fehlt es entsprechend appellativen Diagnosen an systematischer Berücksichtigung der herrschaftlichen und ungleichen Vermittlungen der sozialen Ordnung. So wirken sich die potentiell gefährlichen Folgen des Klimawandels, und damit die überwiegende Dringlichkeit, wie und wo „die“ Menschheit gezwungen ist, auf ihn zu reagieren, in Abhängigkeit davon aus, inwieweit man sich schützen kann bzw. ob seine schwersten Konsequenzen anderweitig technisch kompensiert werden können; und dies wiederum entscheidet sich an den finanziellen Ressourcen von Einzelpersonen und vor allem Staaten. Weiterhin wären (inter-)nationale Grenzregime und (verhinderte) Migration stärker zu berücksichtigen.

Konturen der neuen Wirtschaftsweise und ihrer Arbeitsgesellschaft

Ausgehend von der soeben beschriebenen, dilemmatischen gesellschaftlichen Wegzweigung diskutiert Jackson mögliche Lösungswege, die entweder ein „greening“ des Wachstums bedeuten oder aber eine Stabilisierung ohne Wachstum ermöglichen sollen. Obwohl er letztlich von der Unmöglichkeit der absoluten Entkopplung ausgeht, integriert er relativ viele Reformvorschläge aus der Diskussion um einen Green New Deal in seine Überlegungen zu einer Postwachstumsökonomie. Zu den bisher und im Nachgang der Krise 2008ff. realisierten Konjunkturprogrammen hält er jedoch fest, dass ihre grünen Komponenten „too low“ und „too late“ sind (2009, 113), lediglich einzelne Staaten wie Südkorea stechen mit einem grünen Anteil von 80,5% des Gesamtprogramms heraus. Dennoch stellt sich die Lage so dar, dass Investitionen in konventionelle Infrastrukturen, z.B. in Autobahnen, mit Leichtigkeit alles zunichtemachen, was an ökologischen Zielen erreicht werden muss; um dies zu verhindern, muss der grüne Anteil an Konjunkturprogrammen den Großteil der Pakete ausmachen. Hier sieht Jackson insbesondere Potential in grünen Finanzprodukten (ebd.: 116) und einer ökologischen Steuerreform, also einer stärkeren Besteuerung von Umweltverbrauch anstelle von Lohnarbeit (ebd.: 117).

Letztlich resümiert Jackson jedoch, dass all diese Maßnahmen – insofern sie immer noch auf Wachstum setzen – keinen befriedigenden Weg darstellen. Deshalb soll ein alternativer Weg zur Stabilisierung der Beschäftigung gefunden werden, der selbstverständlich auch „a different kind of economic structure“ (ebd.: 119) erfordert. Für diese andere Wirtschaftsstruktur braucht es zunächst eine andere und neue Volkswirtschaftslehre: die ecological macro-economics. Davon, soviel sei an dieser Stelle vorausgeschickt, existieren bislang allerdings nur einzelne Elemente (die Arbeiten von Jackson und Victor eingeschlossen). Ausgangslage ist die bekannte Feststellung, dass unter gegebenen ökonomischen Bedingungen Wirtschaftswachstum die einzige Antwort auf Arbeitslosigkeit ist. Nach Jackson müssen in der noch zu entwickelnden neuen Wirtschaftslehre Modelle gefunden werden, welche die ökonomische Stabilität nicht mehr (exklusiv) durch „ever-increasing consumption growth“ (ebd.: 122) erreichen. Des Weiteren liegen bis dato keine detaillierten Modelle vor, wie sich die grundlegenden wirtschaftlichen Entitäten (sprich: Produktion, Konsumtion, Investition, Arbeit, Geldmenge etc.) zueinander verhalten, wenn die Kapitalakkumulation gestoppt sei bzw. wie man diesen Zustand stabilisieren kann.

Mit einer einfachen Produktionsfunktion illustriert Jackson den Zusammenhang von Arbeitsproduktivitätssteigerungen und Arbeitsmenge: $Y = PL \times L$.⁹ Wenn die Arbeitsproduktivität steigt (wie dies üblicher Weise durch technischen Fortschritt passiert) und gleichzeitig das Gesamteinkommen Y konstant gehalten wird, dann muss die Gesamtarbeitsmenge reduziert werden, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Diesen Zusammenhang bezeichnen Jackson/Victor an anderer Stelle als Produktivitätsfalle oder „productivity trap“: „[I]f other things do not change, labour productivity improvements mean that someone somewhere loses their job“ (Jackson und Victor 2011: 102). Wenn nun aber der konventionelle Faktor, nämlich Wirtschaftswachstum, in Zukunft nicht mehr als Ausweg aus der Produktivitätsfalle in Frage kommt, müssen andere Lösungen gefunden werden.

⁹ Y = Gesamteinkommen; PL = Arbeitsproduktivität; L = Arbeitsmenge (Jackson 2009: 126f). Victor (2008:156) nutzt eine ähnliche Gleichung, die allerdings noch expliziter auf das Arbeitskräftepotential bzw. (negatives) Bevölkerungswachstum eingeht. Inzwischen haben die Autoren ein gemeinsames, umfangreicheres Modell für eine ökologische Makroökonomik, das Stock-Flow Consistent-Modell, vorgelegt (Jackson et al. 2014).

Hierzu ist es hilfreich, sich die entscheidenden Bestimmungsgrößen der gesellschaftlichen Lohnarbeit zu vergegenwärtigen: $L = h \times e \times F$ (ebd.: 103).¹⁰ Die Gesamtmenge des Lohnarbeitsinput (L) ist demnach bestimmt durch drei Faktoren: die Jahresarbeitszeit (h) (also die Stundenzahl, die Erwerbstätige im Jahr arbeiten), die Erwerbstätigenquote (e) (also der Anteil der tatsächlich Erwerbstätigen am Erwerbspersonenpotential) und der Größe des gesamtgesellschaftlichen Arbeitskräftepotentials (F). Keiner dieser drei Faktoren ist in der Realität fix, d.h. die Gesamtmenge an zu verrichtender Lohnarbeit ist innerhalb gewisser Grenzen elastisch. So sind beispielweise Änderungen des Arbeitskräftepotentials durch Migration oder Bevölkerungszunahme/-abnahme zu berücksichtigen oder kann weniger Lohnarbeit unter mehr Personen aufgeteilt werden, wenn die durchschnittliche Wochen- bzw. Jahresarbeitszeit sinkt. Entsprechende Überlegungen sind in wachstumskritischen Diskursen verbreitet. Wie Schor (2014) betont, kommt dem Thema Arbeitszeitverkürzung nicht zuletzt deshalb eine große Bedeutung zu, da aus Umweltschutzgründen der Gesamtooutput der Volkswirtschaften gesenkt werden soll¹¹, sodass eine Arbeitszeitverkürzung ein naheliegender Schritt zur Vermeidung ungewollter sozialer Probleme, insbesondere Massenarbeitslosigkeit, darstellt.

Somit ist ersichtlich, wie zentral Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft sind. Passend dazu hat Victor (2008, 2012) verschiedene (Negativ-) Wachstumsmodelle für die kanadische Volkswirtschaft entwickelt und insbesondere bei den Postwachstumsmodellen massive Arbeitszeitverkürzung einkalkuliert. Victor (2008: 185f.) bestimmt zunächst eine Arbeitslosenquote von 4% als Zielmarke. Dieser Wert soll als Vollbeschäftigung gelten, da jene Menschen, die dann noch arbeitslos sind, lediglich zwischen Beschäftigungen kurzzeitig pendeln (friktonelle Arbeitslosigkeit). Trotz dieses relativ hoch angesetzten Wertes und eines enormen Wachstums muss im Rückblick festgestellt werden, dass die Arbeitslosenquote in Kanada seit den 1950er Jahren fast immer über dieser Schwelle lag.

Wie aber hat sich die Arbeitszeit in Kanada und anderen Industrieländern im geschichtlichen Rückblick entwickelt? In Kanada ist von 1979-2006 die jährliche Arbeitszeit pro Kopf um 5,1% gesunken. Im Jahr 2006 betrug die Arbeitslosenquote 6,3%. Bei gleichem Wachstum und Erwerbspersonenpotential wäre stattdessen eine Reduzierung der Arbeitszeit um 7,4% nötig gewesen, um nach obigem Kriterien Vollbeschäftigung zu erreichen; damit hätte die Arbeitszeit in Kanada aber noch immer oberhalb vieler vergleichbarer OECD-Länder gelegen (wäre also durchaus realistisch erreichbar). Ohne jede Arbeitszeitverkürzung, hätte die Arbeitslosenquote 2006 hingegen bei 11,1% gelegen (ebd.: 211ff.).

Zwischen 1870-1992 hat die durchschnittliche Arbeitszeit in fünf beispielhaft ausgewählten Industrieländern (USA, Deutschland, Japan, Frankreich, Großbritannien) zwischen 36-50% abgenommen; die stündliche Produktivität ist hingegen um das ein- bis viertausendfache gestiegen und das Wirtschaftswachstum steigerte sich in der Ländergruppe um das 50- bis 260-fache. Der Trend zur Arbeitszeitverkürzung ließ allerdings ab

¹⁰ L = Gesamtlohnarbeit; h = Jahresarbeitszeit; e = Erwerbstätigenquote; F = Arbeitskräftepotential.

¹¹ Geht man von der Unmöglichkeit absoluter Entkopplung aus ist es vernachlässigbar, ob der Gesamtooutput monetär (wie beim BIP) oder in Material- bzw. Energieverbrauch gemessen wird, da beides nicht unabhängig voneinander ist.

den 1970er Jahren nach und kam in den 1990er Jahren (fast) vollends zum Erliegen.¹² So ist es für die Gegenwart relativ unklar, auf welchem Weg eine (drastische) Reduzierung der Lohnarbeitszeit überhaupt erreicht werden kann. Nach Victor (in Bezug auf Bosch 2000, zit. nach Victor 2008: 212f.) spielen dabei insbesondere die folgenden Faktoren eine Rolle: Jede Arbeitszeitverkürzung in den hochentwickelten Industrieländern muss mit einer Reform des Bildungswesen einhergehen, damit überhaupt genug hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und die Arbeitszeit entsprechend aufgeteilt werden kann; eine wichtige Voraussetzung zur erfolgreichen Arbeitszeitverkürzung in der Geschichte scheint eine stabile und relativ geringe Einkommensungleichheit gewesen zu sein, folglich müsse diese wieder erreicht werden; dieser Punkt erscheint umso wichtiger, da andernfalls ein Lohnausgleich unter Postwachstumsbedingungen sehr schwer realisierbar ist¹³; schließlich sollen Lohnnebenkosten und Steuern nicht pro Arbeitnehmer_in, sondern pro abgeleitete Stunde erhoben werden¹⁴, sodass keine/geringe Kostennachteile für Unternehmen entstehen falls sie bspw. zwei Arbeitskräfte für die Hälfte der Arbeitszeit von einem einstellen.

Letztlich dienen all diese Überlegungen und historischen Rückblicke auf die Entwicklungen von Arbeitszeit, Produktivität und Wachstum dazu, den Spielraum zu verdeutlichen, der entsteht, wenn man diese drei Faktoren flexibel und dynamisch miteinander in Beziehung setzt. Und in der Tat ist es vor allem die Arbeitszeit, die Victor (2012) in seinen optimistischen Modellen mit wenig oder Negativwachstum (sehr) variabel handhabt. So geschehen bei dem low/no growth-Modell sowie dem degrowth-Modell, das auf ersteren aufbauend modelliert wird: Anhand von fünf Dimensionen (BIP/pro Kopf, Treibhausgasemissionen, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung/BIP und Armut) modelliert Victor die gesellschaftliche Entwicklung bei verschiedenen Wachstumsaussichten und gesellschaftspolitischen Steuerungsformen bis zum Jahr 2035.

Bei dem low/no growth-Modell wird die verhältnismäßig positive Entwicklung der fünf Dimension durch moderat reduzierte öffentliche Ausgaben, Investitionen und Produktivität sowie eine positive Handelsbilanz, eine nicht mehr wachsende Bevölkerungszahl, reduzierte Arbeitszeit, Kohlenstoffsteuer und verbesserte Sozialleistungen für Arme erreicht. Bei einem genaueren Blick auf die Arbeitszeit wird deutlich, wie radikal Victor diese modelliert: im low/no growth-Modell sinkt diese bis 2035 um 15%, beim degrowth-Modell sogar um ganze 75%. Allerdings fallen im letzteren Modell auch andere Faktoren gewaltig. So sinken die Staatsausgaben sowie das BIP/Kopf jeweils um ca. die Hälfte. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit geht in diesem Szenarien also einher mit dem deutlichen Absenken des materiellen Wohlstandsniveaus.

Neben den Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung schlagen Jackson/Victor als zweiten bedeutenden Baustein zur Umgestaltung der Arbeitswelt eine Sektorenverschiebung der Wirtschaft vor (Jackson und Victor 2011). Damit genügend Arbeitsplätze entstehen, sollen diejenigen Sektoren mit niedriger Arbeitsproduktivität und nur langsamen (oder gar abnehmendem) Produktivitätsfortschritt ausgebaut werden; und ferner ebenfalls jene Wirtschaftsbereiche, die sich durch relativ niedrige Treibhausgase und relativ hohe Beschäftigungsintensität

¹² Interessanter Weise korrespondiert dies mit dem Ende des Fordismus und relativ starker Gewerkschaften. Über diesen kritischen Punkt, der die politische Durchsetzbarkeit von Arbeitszeitverkürzungen und Machtfragen berührt, wird im Fazit noch zu sprechen sein.

¹³ Hier finden sich sowohl Positionen in der wachstumskritischen Literatur, die sich für als auch gegen einen (vollen) Lohnausgleich bei einer Arbeitszeitverkürzung aussprechen; laut Jackson/Victor gilt es insbesondere in den Sektoren mit abnehmender Produktivität, neuartige (Kompensations-)Mechanismen der Lohnregelung – einschließlich eines Grundeinkommens/Bürgergeldes – zu entwickeln (Jackson und Victor 2011: 107).

¹⁴ Dies ist in manchen Ländern bereits der Fall.

auszeichnen, also vor allem lokale personennahe Dienstleistungen, öffentliche Sektoren und Handel (Jackson et al. 2014: 20). Hier erkennen sie – ganz ähnlich wie Reuter – bereits heute günstige Bedingungen für eine Transformation in den Dienstleistungsbereichen, die tendenziell arbeitsintensiver und emissionsärmer produzieren könnten (so hat die Arbeitsproduktivität bei sozialen und Personendienstleistungen in der EU-15 zwischen 1995-2005 um 3% abgenommen, während sie in allen anderen Sektoren zunahm). Finanziert werden soll diese Sektorenverschiebung – hier wiederum Dörre ähnlich – u.a. durch einen weiterhin auf Produktivitätsfortschritte und Wettbewerbsfähigkeit zielenden Exportsektor (Jackson und Victor 2011: 105). Jackson/Victor argumentieren also realpolitisch: Sie setzen im Hier und Heute an und gehen eher von einem schrittweisen Übergang als von einem Bruch mit der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen aus.

Über die genauere Ausgestaltung der (Lohn-)Arbeit in den entsprechenden Szenarien und Sektoren finden sich bei Jackson/Victor jedoch kaum konkrete Ausführungen. Das weitgehende Fehlen alternativ-ökonomischer Ansätze – wie sie bspw. Altvater betont – sowie das Ausbleiben expliziter Kapitalismuskritik legen Bauhardts Diktum nahe: „The post-growth society fundamentally questions the given patterns of production and consumption, but does not question the principles of the market society“ (Bauhardt 2014: 66). In dieser Vorstellung einer Postwachstumsökonomie, die gewissermaßen eine reformierte, um grüne Staatsinterventionen ergänzte und geschrumpfte Marktwirtschaft darstellt, wird an der vorherrschenden Verfassung der Lohnarbeit nicht grundlegend gerüttelt. Ähnlich unbestimmt bleiben beide Autoren, wenn es darum geht, Aussagen über die neu hinzugewonnene Zeit zu treffen. Überwiegend entsteht der Eindruck, dass die Menschen dann schlicht „increased leisure time“ (Jackson 2009b: 134) – also mehr Freizeit, die selbst nicht arbeits- und warenförmig ist – zu ihrer Verfügung hätten.

Nachbemerkung

Die soeben skizzierte Aussicht auf mehr Freizeit durch Verkürzung der kommodifizierten Arbeitszeit wird jedoch nicht von allen einschlägigen Autor_innen geteilt. So stellt sich beispielsweise bei Niko Paech (2011, 2012) das künftige Verhältnis von Arbeits- und Freizeit anders dar: Während Jackson/Victor an einem hohem Maß an funktionaler Differenzierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkt festhalten und im Großen und Ganzen Produktivitätsfortschritte erwarten, steht Paechs Postwachstumsökonomie für eine dualisierte Arbeitswelt und Stärkung der Subsistenzperspektive. Zwar spricht sich auch Letzterer für eine drastische Reduzierung der Lohnarbeitszeit aus, nämlich um ca. die Hälfte auf 20h/Woche; die andere Hälfte soll bzw. muss aber ebenfalls Arbeitszeit sein, die allerdings nicht monetär entlohnt ist. Damit entsteht eine duale Wirtschaft, mit einem modern kapitalistischen Sektor auf der einen und einem notwendigen traditionellen Sektor mit Selbstversorgung und Subsistenzwirtschaft auf der anderen Seite, der die erwarteten Produktivitätsnachteile durch den Wegfall fossiler Energieträger kompensiert.

In Paechs Postwachstumsgesellschaft kehren wir gewissermaßen in den hochentwickelten, kapitalistischen Norden in die Vergangenheit zurück, denn eine solche Struktur hat diese Länder bis in die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts geprägt. Auch die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit wäre zweigeteilt, wobei der zweite Teil wohl auch nicht-marktförmige Vergesellschaftungsweisen umfassen würde: einerseits ein modernes Segment mit Lohnarbeit in hochspezialisierten Betrieben, andererseits ein postmodern-traditionelles

Segment in Landwirtschaft, Handwerk und Dienstleistung, wo auf niedrigem Automatisierungs- und Spezialisierungsniveau für regionale Märkte und für Selbstversorgung (informell) gearbeitet wird. Vergleichbare Strukturen lassen sich heute noch in den Schwellenländern beobachten.

Im Unterschied zu einer krisenhaften und chaotischen Dualisierung, die notwendigerweise mit einer sozialen Dualisierung einhergeht (so wie dies im letzten Jahrhundert im globalen Norden und heute im globalen Süden zu beobachten ist), schlägt Paech eine soziale Homogenisierung in einer heterogenen ökonomischen Struktur vor: Individuen und Haushalte stehen mit einem Bein im modernen kapitalistischen Sektor und mit dem anderen im post-modernen/traditionellen Sektor. Sie (lohn-)arbeiten zur Hälfte gegen Bezahlung und die verbleibende Zeit in der Selbstversorgung und lokalen Ökonomie (z.B. Tauschringe).

Gemeinsamkeiten zwischen Jackson/Victor und Paech bestehen darin, dass bei allen ein arbeitsteiliger, hochspezialisierter, moderner und kapitalistischer Sektor bestehen bleibt, der hocheffizient langlebige Güter produziert. Paech betont darüber hinaus aber wesentlich stärker individuelle Verzichts-, Suffizienz- und Handwerkspraktiken und geht in seinen Lokalisierungsforderungen über Jackson/Victor hinaus, die den kapitalistischen Sektor als weitestgehend ausreichend für die Beschäftigung und Versorgung zu halten scheinen. Bei Jackson/Victor ist der Postwachstums-Arbeitsmarkt somit in seiner Gänze hochgradig funktional differenziert und (hoch-)produktiv, während er bei Paech allein nicht zur Grundversorgung ausreicht und deswegen ergänzt wird mit segmentär und lokal differenzierten Arbeitswelten mit gleich hohem Arbeitsvolumen. Weitere wichtige Maßnahmen und Instrumente sind für Paech eine Bodenreform, die Umgestaltung des Bildungssektors (Erlernen von ethischen Werten und handwerklichen Fähigkeiten), zinsloses Regionalgeld und ökologische Avantgardegemeinschaften.

Letztlich wollen alle hier vertretenden Ansätze eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung erreichen bzw. halten dies für unausweichlich. Hinsichtlich des dazu notwendigen oder angestrebten institutionellen und gesellschaftlichen Wandels gehen sie verschieden weit bzw. legen mehr oder weniger detaillierte Vorschläge vor. Dennoch kann folgendes Fazit (in unterschiedlichem Ausmaß und mit je anderem Fokus) für alle verhandelten Positionen, von Miegel bis Jackson, gelten: „Über die gesamtgesellschaftliche Koordination und die tragenden Institutionen der Gesellschaft wird nicht viel gesagt. Letztlich erwartet Paech keine große Veränderung der Gesellschaftsstruktur. [...] Fremdversorgung soll – wenn auch stark vermindert – nach wie vor kapitalistisch organisiert werden“ (Muraca 2014: 56). Bezüglich der geschlechtergerechten Arbeitsteilung, auch und gerade mit Blick auf unbezahlte (Reproduktions-)Arbeiten, sind die inhaltlichen Auslassungen oftmals vielsagender als die wenigen expliziten Thematisierungen. In diesem Sinne kann Bauhardts Kritik hinsichtlich der nicht-thematisierten vergeschlechtlichten Arbeitsteilung in Green New Deal-Konzepten auch hier angebracht werden: „[G]ender equity is not mentioned as an explicit aim of the projected economic restructuring – so we must assume that, under the given circumstances of the horizontally and vertically segregated labor market along gender lines, the dominant gender hierarchy will be reinforced“ (ebd.: 2014, 64f.).

3. Diskursfeld III: selektives Wachstum in einer sozialistisch-gemischten Wirtschaft

Den in diesem Diskursfeld vorgestellten Positionen ist gemeinsam, dass sie von einem neo-marxistischen Bezugsrahmen ausgehen sowie ökologische und ökonomische Krisenprozesse konstatieren. Eine Lösung der damit verbundenen Probleme ist ihnen zufolge nur über die Abschaffung des Kapitalismus möglich, weil dieser aufgrund der in den G-W-G'-Kreislauf eingebauten Profitorientierung auf Wachstum und die Ausbeutung von Mensch und Natur angewiesen ist. Gemeinsam ist den Autoren, dass sie das im Kapitalismus erreichte Produktivitätsniveau nicht zurückschrauben wollen und sich postkapitalistische Strukturen als moderne Arbeitsgesellschaften mit Arbeitsteilung vorstellen.

Unterschiedlich sind die Ideen in Bezug auf die wirtschaftliche und politische Struktur der postkapitalistischen Gesellschaften. Dies betrifft etwa das Verhältnis von staatlicher, genossenschaftlicher und marktlicher Steuerung. Umstritten ist auch die Frage, wie Übergänge in die postkapitalistische Gesellschaft aussehen können. Eine sehr gute Übersicht über dieses Diskursfeld findet sich bei Adler und Schachtschneider (2010). Ökosozialistische Ansätze mit Vorschlägen zu sozialistisch-modernen und arbeitsteiligen Wirtschaftssystemen werden bei Ihnen sowohl im Kapitel zum Systemwechsel („Radikale Wertkritik“, S. 79ff) als auch im Kapitel zum offenem Ausgang („Alternative Regulation“, S. 223) erfasst.

Wir werden in diesem Diskursfeld zwei Strömungen vorstellen. Einmal treten Wissenschaftler und Politiker auf, die versuchen, die Perspektive des globalen Südens in ihre ökosozialistische Analyse des derzeitigen kapitalistischen Weltsystems einzubeziehen. Dabei wird auf gesellschaftliche Steuerung und die Entwicklung produktiver Kapazitäten zur Lösung ökologischer und sozialer Probleme gesetzt und damit eine selektive Wachstumsstrategie angestrebt. Auch die zweite u setzt auf die Abschaffung des kapitalistischen Wachstumszwangs als Voraussetzung für sozial- und umweltverträgliches rot-grünes Wachstum. Allerdings sind die Autor_innen im Gegenentwurf stärker auf die Basis der hochentwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften des globalen Nordens gerichtet. Einmal werden die Fragen nach Produktivkraftentwicklung und Wachstum vorsichtiger behandelt. Zum anderen stehen die Autor_innen der Idee einer starken staatlichen Planung und Steuerung der Wirtschaft kritisch gegenüber. Gesellschaftliche Steuerung bedeutet hier eher Wirtschaftsdemokratie von unten auf der Mikro-, Meso und Makroebene verbunden mit dezentralen marktwirtschaftlichen Elementen, die durch staatliche Rahmenplanung von oben ergänzt wird.

3.1 Ökomarxismus

„There can be no true ecological revolution that is not socialist; no true socialist revolution that is not ecological.“ (Foster et al. 2010b: 441)

Alle der hier zu betrachtenden Ansätze gehen von einer elaborierten ökologischen Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise aus. Die bekannte marxistische Argumentation, der Kapitalismus als sozioökonomische Ordnung bringe zyklische Krisenanfälligkeit, vertiefte soziale Ungleichheit, Klassenherrschaft und Fetischisierung seiner sozialen Formen hervor, wird durch einen weiteren Widerspruch zwischen dieser sozio-ökonomischen Ordnung und deren natürlichen Lebensgrundlagen erweitert.

Ökologische und ökonomische Krisenentwicklung und Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Die amerikanischen Soziologen Foster, Clark und York argumentieren, dass sich aus diesem Widerspruch eine „metabolische Kluft“ (metabolic rift) bildet und leitet dieses Konzept direkt aus Marx fragmentarischen Ausarbeitungen ab. Schon bei ihm seien Ansätze zur Erklärung ökologischer Ungleichgewichte, also einseitiger gesellschaftlicher Übernutzung der Natur, zu erkennen, die auf die Inkonsistenz von industriell-kapitalistischem Stoffkreisläufe und dem Stoffkreislauf des Ökosystems zurückzuführen sind (ebd.: 202f.).¹⁵ Für Ökosozialist_innen ist nicht von der Hand zu weisen, was das Autorenteam um Foster daraufhin paradigmatisch feststellt - Kapitalismus ist ein system of unsustainable development (ebd.: 430). In ihrer Geschichte hat die Kapitalakkumulation immer wieder natürliche Schranken in der Entwicklung der Produktivkräfte innovativ überwunden z.B. durch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erträge von erschöpften Böden mittels Einsatz neuer Düngemethoden, was die Ernährung einer wachsenden Zahl von Lohnarbeiter_innen ermöglichte (ebd.: 404). Der Widerspruch im Stoffwechsel Gesellschaft-Natur tritt dann offen zu Tage, wenn die Böden durch die Behandlung nachhaltig „erschöpft“ sind.¹⁶

Um den sozialen Metabolismus der menschlichen Gesellschaften mit dem Stoffkreisläufen der Ökosysteme in Einklang zu bringen wird keine technische Neuerung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, welche deren sozialen Formen und Machtverhältnisse unangetastet lässt, genügen (ebd.: 43) Der imperialistische Status quo scheint sich fortzusetzen, sodass Foster et al. in Zukunft starke ökologische Verwerfungen diagnostizieren, die insbesondere periphere Staaten treffen werden. Die Kosten und Entbehrungen der ökologischen Krise sind also global gesehen ungleich auf kapitalistisches Zentrum und Peripherie verteilt. Dazu berufen sie sich als naturwissenschaftliche Grundlage auf die Analyse planetarer Grenzen von Rockström und teilen entsprechend die Einschätzung, dass auf der Erde schon einige dieser ökologischen Kippunkte überschritten wurden oder bald überschreitet werden (ebd.: 15ff.) Ein Aufsatz ihres Buches versucht beispielsweise nur der Verbindung zwischen der Expansion der kapitalistischen Produktion und der ansteigenden Konzentration von Kohlenstoffdioxid in der Atmosphäre und Biosphäre nachzuspüren. Die Folgen, welche die Überschreitung planetarer Grenzen für das Ökosystem und die Menschheit nach sich ziehen, werden erst auf lange Frist absehbar, aber wahrscheinlich katastrophischer Natur sein (ebd.: 424). Dahingegen reagieren die Akteure im kapitalistischen Wirtschaftssystem auf umweltinduzierte Knappheitsprobleme, die sich in kurzer Frist stellen, nach Auffassung des Autorenteams typischerweise durch Transmutation des Problems und technische Scheinlösungen. Beispielsweise konnte historisch gesehen der Holzknappheit bzw. die Deforestation durch die massenhafte Einführung von Plastik in ähnliche Produktionsprozesse aus dem Weg gegangen werden (ebd.: 74ff.). Insofern verschieben technische Lösungen ohne eine radikale Veränderung der ökonomischen Basis die ökologischen Belastungen lediglich von einem Bereich des Ökosystems auf einen anderen.

Zu den Folgen für Wirtschaft und Arbeit finden sich bei Foster et al. kaum Ausführungen. Da ebenso wenig Rückkopplungen der ökologischen Krise für das Wirtschaftssystem behandelt werden, lässt sich auch von

¹⁵ Marx Kritik der politischen Ökonomie ermöglicht eine zweifache Perspektive auf das kapitalistische Wirtschaftssystem, dass die neoklassische und keynesianische Theorie, die nur Preise kennen, entbehren: Wertseite und stoffliche Seite der Ökonomie können beide in die Analyse miteinbezogen und bewertet werden.

¹⁶ Ironischerweise ist die marxistische Thesen der Überwindung natürlicher Schranken dasselbe Phänomen, auf das die grünen Neoliberalen und Keynesianer_innen ihre Hoffnungen setzen, wenn sie von technologischen Basisinnovation in Richtung Nachhaltigkeit sprechen. (Foster et al. 2010b:45ff.)

diesem Startpunkt aus keine substantiellen Aussagen in Bezug auf die Folgen für die Arbeitsgesellschaft ableiten.

Konturen der neuen Wirtschaftsweise und ihrer Arbeitsgesellschaft

Die Ursache der Probleme liegt im Kern der kapitalistischen Bewegungsgesetze, ihrer Tendenz zur internen Expansion und externen Landnahme begründet, und deswegen braucht es nicht nur die schon lang erhoffte soziale sondern auch eine ökologische Revolution (ebd.: 436, Dörre 2011: 118f.). Foster et al. blicken in diesem Zusammenhang auf periphere Staaten, welche am stärksten und frühesten von den Folgen der ökologischen Krise betroffen sein werden. So ist ihnen zufolge zu erwarten, dass sich dort der „historic agent“ für eine ökologische und soziale Revolution formieren wird (Foster et al. 2010b: 438ff.) Sie blicken deswegen hoffnungsvoll auf Venezuelas sogenannte bolivarianische Revolution und andere lateinamerikanische Linksregierungen. Aufgrund des imperialen Charakters der ökologischen Krise interessiert die Autoren eine Wachstumsrücknahme für diese Länder nicht, obwohl sie ihre mittleren bis hohen Wachstumsraten aus einer vergleichsweise klimaschädlichen Wirtschaftsleistung speisen – dem Export von Öl und Gas.¹⁷

Gerade in Venezuela zeigen sich für Foster et al. Ansätze einer Transition zu einem Sozialismus für das 21. Jahrhunderts, der gleichzeitig soziale Ungleichheit und Umweltverwerfungen bekämpfen will, um letztendlich in einem „nachhaltigem System sozialmetabolischer Reproduktion“ zu münden. Sie verweisen auf die Programmatik des „elementaren Dreiecks des Sozialismus“ von Hugo Chavez¹⁸, das seine Eckpunkte in gesellschaftlichem Eigentum, gesellschaftlicher Produktion unter Arbeiter_innenkontrolle und der Erfüllung gemeinschaftlicher Bedürfnisse hat. In einem sozialökologischen Verständnis entsprechen diese Eckpunkte einer bestimmten menschlichen Bezugsweise auf das Ökosystem, was die Autoren als „elementares Dreieck der Ökologie“ bezeichnen. Es gibt die folgenden Grundsätze für ein nachhaltiges gesellschaftliches Naturverhältnis vor: Soziale Nutzung und nicht Eigentum an der Natur, rationale Regulation des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur durch die assoziierten Produzent_innen und die Befriedigung der gemeinschaftlichen Bedürfnisse der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen.

Während viele transitorische Schritte in Richtung der ersten drei sozialistischen Eckpunkte durch Selbstorganisationsprozesse, Bildungsausweitung, Schaffung von Arbeiter_innenräten, also Erweiterung der sozialen Kontrolle über die Produktion, gemacht wurden, führen die Autoren wenige Fortschritte auf dem Gebiet der ökologischen Nachhaltigkeit an. Ein Beispiel dazu bilden die landwirtschaftlichen Reformen, in denen eine schonende und achtsame Landnutzung durch Kollektive und Kleinbetriebe in Form von Bildung und Krediten gefördert wird. Dieser Sektor soll durch eine stärkere Gebrauchswertorientierung im Sinne einer solidarischen Ökonomie die Ernährungssouveränität gegenüber den großen importierenden Agrarkonzernen sichern, große Erfolge stehen aber aus. Daneben verweisen Foster u.a. auf den Widerspruch zwischen den grünen Zielen und dem hauptsächlichen Standbein der venezolanischen Ökonomie und Politik: Das

¹⁷ Bezogen auf die imperialen Länder des globalen Nordens halten Foster, Clark und York eine stationären oder sogar kontraktierenden gesamtwirtschaftlichen Output für nötig. (ebd.: 396)

¹⁸ Chavez und die sozialistische Partei PSUV beziehn sich in ihrer Programmatik auf den ökologisch bewegten marxistischen Intellektuellen István Mészáros.

Akkumulationsmodell beruht auf den Erdöl-Exporten – ist also eine Art des Neoextraktivismus. Die Frage im Angesicht dieses offensichtlich klimaschädigenden Entwicklungspfadens sei vor allem, zu welchen Zwecken die sozialistische Regierung die Öl-Einnahmen benutzt; Foster et al. spielen damit auf die Frage einer wirtschaftlichen Konversion an. Sollte ein Sektor entwickelt werden, der eine binnenwirtschaftliche Versorgung mit Lebensmitteln sicherstellt, wäre damit zumindest eine Basis geschaffen sich von dem ölbasierten Akkumulationsmodell loszusagen, wenn dessen Quellen versiegen (ebd.: 416-420).¹⁹

Da es scheinbar Beispielfunktion für Foster et al. besitzt, bleiben wir bei dem venezolanischen Beispiel: Natürlich hat das Peripherie-Land bisher nicht die Kriterien einer Arbeitsgesellschaft im europäischen Sinne erfüllt. Existenzsichernde Lohnarbeit ist nicht in gleicher Größenordnung über die Bevölkerung verteilt und kann deswegen ebensowenig die gleiche sozial-integrative Funktion erfüllen, wie es im Europa der Fall war/ist. In der Beschreibung der „bolivarischen Revolution“ treffen Foster, Yorck und Clark dennoch ein paar beschäftigungsbezogene Aussagen in Bezug auf den neuen binnenorientierten Agrarsektor: Dieser sei durch kooperative oder private Kleinproduzent_innen dominiert, die wahrscheinlich in geringproduktiver Form in Ackerbau, Tierproduktion und der gewerblichen Weiterverarbeitung der Primärprodukte tätig sind. Das Ziel Ernährungssouveränität soll also durch eine Bewahrung und kollektive Wiederaneignung der bäuerlich-landwirtschaftlicher Produktionsweise geschehen, die staatliche Unterstützung erhält und somit eine Beschäftigungsperspektive auf dem Land jenseits der verarmten Ränder der Städte geben.

Jenseits des Agrarsektors ist der venezolanische Transformationsprozess nach den Aussagen von Chavez auf die Vergesellschaftung von Eigentum ausgerichtet. Die gesellschaftliche Kontrolle der Betriebe soll nach und nach durch die Bildung von Arbeiter_innenkooperativen und anderen Selbstverwaltungsorganen erreicht werden. Wieweit diese gesellschaftliche Kontrolle durch Räte reichen soll, ob sie auch auf die sektorale oder gesamtwirtschaftliche Ebene ausgreift, ist nicht ausgeführt. Je weiter aber Planung und Ausführung der Arbeit in die Hände der Beschäftigten übergeht, desto weiter wird auch der Warencharakter der Arbeitskraft eingeschränkt. Dies ist eine explizite Zielrichtung der „bolivarischen Revolution“, die vom Autorenteam um Foster positiv rezipiert wird.

Nachbemerkung

Diese Strömung ist von den besonderen Bedingungen der Peripherie des globalen Südens gekennzeichnet. Gleichzeitig lassen sich in Ansätzen noch Spuren des ehemaligen staatssozialistischen Entwicklungspfadens bei der Frage staatlicher Steuerung und Produktivkraftentwicklung finden, die aber stark durch direktdemokratische Korrektive ergänzt sind. Es lassen sich kaum noch orthodoxe Positionen identifizieren, die für eine hierarchische Zentralplanung unter völligem Ausschluss von Privateigentum und Marktsteuerung plädieren. So werden am Beispiel von Venezuela Übergänge von kapitalistischen Ökonomien zu

¹⁹ Ecuador, ebenfalls ein Erdöl exportierendes Land, erfand ein innovatives Angebot um mit diesem Zielkonflikt zwischen Petrorevenue und Klimaschutz umzugehen: Anstatt ein neues Ölfeld im Regenwaldgebiet zu erschließen und dessen Biodiversität zu beschädigen wurde der internationalen Gemeinschaft vorgeschlagen, dieses Öl auf Dauer in der Erde zu belassen, sollten internationale Geldgeber das Land dafür mit der Hälfte des vermuteten Wertes des entsprechenden Ölfeldes entschädigen. Evo Morales, der sozialistische Präsident Boliviens, versuchte dagegen - geleitet von einer indigenen Ethik - in der Arena der internationalen Politik Akzente für ein Aufhalten des Klimawandels zusetzen. Hier herrschen dann allerdings eher subsistenzwirtschaftliche Konzepte vor, die im Diskursfeld IV abgehandelt werden (siehe unten).

sozialistischen Produktionsweisen diskutiert. Interessant wäre eine Diskussion des chinesischen Entwicklungsweges, in dem einige Autor_innen ein großes Potenzial zur Umstellung auf erneuerbare Energien erkennen. Es unseres Erachtens wenig prononcierte Positionen, die dieses Länderbeispiel zur ökologischen Krise behandeln. Außerdem bleibt die Frage bestehen, ob diese Gesellschaften nach unserer Definition als sozialistisch bezeichnet werden können, denn Kapitalverwertungsprozesse spielen in der Steuerung der Wirtschaftssysteme eine immer größere Rolle (Butollo 2014).

3.2 Rot-grüne Wirtschaftsdemokratie

Die zweite Linie in diesem Diskursfeld bezieht sich eher auf den globalen Norden und setzt auf die Abschaffung des dem Kapitalismus inhärenten Wachstumszwangs, um umwelt- und sozialverträgliches Wachstum zu ermöglichen. Diese Position soll im Folgenden anhand der Arbeiten von Klaus Dörre ausgeführt werden.

Ökologische und ökonomische Krisenentwicklung und Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Klaus Dörre hat Analyseansätze und Konzepte zur ökosozialistischen Transformation für den globalen Norden vorgestellt. Er diagnostiziert eine ökonomisch-ökologische Doppelkrise. Erstere ergibt sich aus einer Erschöpfung des neoliberal-finanzkapitalistischen Landnahmeschubs, letztere aus der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und dem Klimawandel. Beide Krisen haben eigene Ursachenketten und überlagern sich. In Bezug auf die ökologischen Krisen wendet sich Dörre aber gegen apokalyptische Visionen (Dörre 2013a). Die ökonomischen Krisen der Gegenwart erklären sich zumindest im globalen Norden nicht aus Ressourcen- und Senkenproblemen sondern aus endogenen polit-ökonomischen Mechanismen (hier unterscheidet er sich etwa von Altvater und Paech – vgl. die Kapitel II und IV). Sicher ist nur, dass eine Verschärfung der ökologischen Probleme bevorsteht und dass die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft diese vorantreiben wird.

Dörres besondere Leistung besteht darin, starke Diagnosen der Gegenwartsgesellschaft mit Ideen zu Übergangsformen zu verbinden, die Wege in eine postkapitalistische Gesellschaft aufzeigen. Deshalb stellen wir seine Analysen zu den Folgen der ökonomisch ökologischen Doppelkrise für die Arbeitsgesellschaft vor.

Dörre zufolge sind die gegenwärtig zu beobachtenden Krisenphänomene im globalen Norden in erster Linie Ausdruck der Erschöpfung des finanzkapitalistischen Landnahmeschubs. Für den Arbeitsmarkt macht Dörre die These einer weitgehenden und im Finanzmarktkapitalismus irreversiblen Vermarktlichung und Prekarisierung stark. Die Arbeitsmarkt- und Sozialstruktur wird im Anschluss an Castel (2000) als vertikale Struktur verstanden, die aus drei Zonen mit unterschiedlichen Niveaus sozialer Sicherung (Dörre 2013b) besteht. Die „Zone der Integration“, die hinsichtlich Sicherheit und Integration in etwa dem klassischen Normalarbeitsverhältnis entspricht, umfasst derzeit noch die Mehrzahl der Beschäftigten. Darunter expandiert jedoch die „Zone der Prekarität“, welche sich durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse und die Erosion sozialer Netze auszeichnet. Am unteren Ende der Arbeitsgesellschaft befindet sich die „Zone der Entkopplung“. Kennzeichen dieser Zone sind äußerst schlechte Chancen auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt und die Gefahr sozialer Isolation.

Als ausschlaggebende makroökonomische Triebkraft des Prekarisierungsschubs wird der finanzkapitalistische Akkumulationsmodus betrachtet. Dieser bewirkt Dörre zufolge, dass die Wettbewerbslogik und Volatilität globaler Finanzmärkte über diverse Transfermechanismen, wie z.B. kapitalmarktorientierte Unternehmenssteuerungsmodelle („Shareholder Value“-Steuerung) zunächst auf den weltmarktorientierten Sektor der Realwirtschaft und von dort aus über weitere Transfermechanismen (z.B. aktivierende Arbeitsmarktpolitik; vgl. hierzu insb. Dörre et al. 2013) sukzessive in „mehr oder minder alle Sektoren einer gemischten Wirtschaft“ und somit die gesamte Gesellschaft übertragen werden (Dörre 2009a: 42). Dadurch geraten Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen als „Restgrößen“ unter gesteigerten Flexibilisierungs- und Rationalisierungsdruck. Aus der Perspektive des Managements gilt es, die mit Stammebelegschaftspolitiken verbundenen Fixkosten möglichst gering zu halten. Dazu wird zunehmend auf externe Flexibilisierungsinstrumente wie Werkverträge, Leiharbeit oder Befristungen zurückgegriffen (Holst 2009). Mit anderen Worten: Die wachsende ökonomische Ungewissheit der Betriebe wird in eine objektiv beobachtbare wie auch subjektiv empfundene Unsicherheit der Beschäftigten transformiert. „Finanzmarkt-Kapitalismus und Prekarisierung sind daher letztendlich zwei Seiten einer Medaille.“ (Dörre 2009a: 43)

Das wahrscheinlichste Szenario bei einer Verschärfung der ökologischen Krise ist das einer weitergehenden Prekarisierung. Einerseits drücken steigende Ressourcen-, Energie- und Umweltkosten auf die Profite und verschärfen damit wirtschaftliche Instabilitäten, Arbeitslosigkeit und Prekarität. Andererseits kommt es bei steigenden Energiepreisen zur Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die den Prekarisierungsprozess von Teilen der Gesellschaft weiter vorantreiben, woraus rechtspopulistische und demokratiefeindliche Bewegungen hervorgehen (Dörre 2013a:151). In den älteren Texten zur Postwachstumsfrage werden die Folgen für die Arbeitsgesellschaft als Verlängerung bestehender Entwicklungen verstanden: Der Expansion der Zonen der Prekarität und Entkopplung, eingefasst in einen wie auch immer eingeschränkten sozialstaatlichen Rahmen. In neueren Texten wird mit Verweis auf Südeuropa und insbesondere Griechenland eine weitergehende Entkopplung von Teilen der Gesellschaft aus dem Sozialstaat angedacht.

Konturen der neuen Wirtschaftsweise und Arbeitsgesellschaft

Dörre zufolge kann ein Green New Deal mit stark umverteilendem Charakter nötige Ersatzinvestitionen schaffen um gesellschaftlichen Produktion und Konsum ressourceneffizienter zu machen und dazu Einkommensungleichheiten zu mildern, doch wird diese herkömmliche keynesianische Strategie nicht aus den Wachstumszwängen des Kapitalismus herausführen. Eine sozialistische Transformationsstrategie, die so ein „Heraustreten“ wahrscheinlicher macht, könnte aus der intensiven Demokratisierung des privatwirtschaftlichen Sektors, gesellschaftlicher Aneignung von wichtigen Großunternehmen und der Konzentration auf Ausbau und Förderung von Humandienstleistungen bestehen. Dieser Wirtschaftszweig ist dazu prädestiniert eine Keimform für diese Transformation zu sein, weil er kaum privatwirtschaftlich-profitorientiert funktioniert, vergleichsweise viel menschliche Arbeit und wenig Kapitalgüter erfordert, also emissionsarm „produziert“, sowie direkt basale menschliche Bedürfnisse nach Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung befriedigt. Ein Wachstum in diesem Sektor brächte kaum negative Effekte für die Ökosysteme mit sich, sodass sich hier Dörres Argumente mit denen von Reuter und Zinn bezüglich der Dienstleistungen überschneiden. Die breite Einführung von Wirtschaftsdemokratie würde die institutionelle Macht der Lohnabhängigen und deren

Kooperation stärken, während z.B. die Sozialisierung des Finanzsektors die Vorbedingung dafür ist, die Investitionsfunktion demokratisch zu steuern und für „soziale und ökologische Nachhaltigkeit“ einzusetzen (ebd.: 151).

Insgesamt gesehen ist in Dörres Texten eine gewisse Ambivalenz enthalten. Auf der einen Seite macht er deutlich, dass der globalisierte Kapitalismus mit seiner Landnahmedynamik und der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise die zentrale Ursache der ökologischen Probleme der Weltgesellschaft bildet. Auf der anderen Seite greift er mit Konzepten zu staatlichen Dienstleistungen, zur Wirtschaftsdemokratie und zur Sozialisierung des Finanzsektors klassische „reformistische“ Ansätze auf. Dies ist jedoch nicht als Widerspruch zu lesen, denn einerseits sind ihm zufolge korrigierende Regulationsformen im Kapitalismus bei entsprechenden Kräftekonstellationen möglich und andererseits können und sollen diese zu Dynamiken der Überwindung der Hegemonie des Kapitals führen. Eine neue Wirtschaftsweise ist Dörre zufolge nicht als sozialistische Planwirtschaft alten Typs denkbar und auch nicht am grünen Tisch planbar, sie kann sich nur in einem langen historischen Prozess herausbilden. Entscheidend ist, dass die Dominanz der Kapitalverwertung und der damit verbundene Wachstumszwang gebrochen werden.

Oben wurde bereits angedeutet, wie die Arbeitsgesellschaft im postkapitalistischen Gegenentwurf aussehen könnte. Ganz ähnlich wie Reuter (vgl. Kapitel II) geht es Dörre um den konsequenten Ausbau der Humandienstleistungen (Ernährung, Erziehung, Gesundheit, Sorgearbeit etc.), die arbeitsintensiv, relativ rationalisierungsresistent und umweltschonend sind und als öffentliche Angelegenheit zu organisieren wären (ebd.: 151). Weitere Ideen für die Arbeitsgesellschaft der Zukunft sind geschlechtergerechte Arbeitszeitverkürzung und bezahlte Bürgerarbeit. Dies ist Dörre zufolge mit Mitbestimmung und einer gesellschaftliche Kontrolle von Schlüsselsektoren (Energie und Finanzen) zu verbinden, über die der sozialökologische Umbau der Gesellschaft vorangetrieben werden soll.

Deutlich wird zweierlei. Erstens geht es Dörre mit den Vorschlägen eines steuerfinanzierten öffentlichen Sektors für Humandienstleistungen und der Wirtschaftsdemokratie um den Ausbau heute schon existierender Strukturen. Dies soll sowohl ökologische Risiken mindern als auch die Prekarisierungsfolgen der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise angehen. Dabei handelt es sich um Übergangskonzepte, die langfristig zu einer Beseitigung der Dominanz der Kapitalverwertung mit dem ihr inhärenten Wachstumszwang führen sollen. Zweitens wird klar, dass sich Dörre sowohl die Übergänge als auch die darauf folgenden postkapitalistischen Strukturen als moderne Arbeitsgesellschaft mit Arbeitsteilung, funktionaler Differenzierung und bezahlter Erwerbsarbeit vorstellt; dies schließt eine geschlechtergerechte Arbeitsverteilung ein, in der bezahlte Erwerbsarbeit und private Sorgearbeit gleich verteilt werden.

Nachbemerkung

Wie oben ausgeführt besteht die besondere Leistung Dörres darin, starke Diagnosen der Gegenwartsgesellschaft mit Ideen zu Übergangsformen zu verbinden, die Wege in eine postkapitalistische Gesellschaft aufzeigen. Die Gegenentwürfe zur Postwachstumsgesellschaft sind dagegen bisher wenig ausgearbeitet. Klar ist bei Dörre, dass das sozialökologische Großprojekt der Zukunft als moderne

Gesellschaft mit Arbeitsteilung und funktionaler Differenzierung gedacht werden muss, von Negativ-Wachstum bzw. Schrumpfungsprozessen und subsistenzwirtschaftlichen Arbeitsstrukturen ist keine Rede.

Wie schon in der Vorbemerkung ausgeführt ist damit nur eine Sichtweise neben vielen anderen dargestellt (vgl. Adler und Schachtschneider 2010). In der Postwachstumsdebatte findet eine lebendige Auseinandersetzung mit der Systemfrage statt, an der sich viele Autor_innen beteiligen und die wir hier nur ansatzweise darstellen konnten. Damit endet eine Eiszeit, die mit dem politischen Scheitern der sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen in Westdeutschland in den 1980er Jahren begann und durch die weitgehende Auflösung des sozialistischen Blocks nach 1990 verstärkt wurde.

4. Diskursfeld IV: Schrumpfung und Nullwachstum in einer sozialistisch-gemischten Wirtschaft

"Auf eine alternative Entwicklungsbahn wird man also nicht einschwenken können, wenn Zinszahlungen begrenzt und Kredite nach sozialökologischen Kriterien ausgeteilt werden, sondern nur wenn die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft verändert [wird]. [...] Wenn das Prinzip 'no growth' ernst genommen wird, übersetzt es sich in 'no profit' und 'no interests'." (Altvater 2010: 242)

Dieses Zitat steht paradigmatisch für geteilte Überzeugungen von Ökosozialist_innen mit Orientierung zum Negativwachstum. Doch selbstverständlich sind die transformativen Strategien und Visionen, die zu einer Gesellschaft ohne kapitalistische Profite und Zinsen führen sollen, untereinander höchst umstritten. Wir haben in dieses Subfeld einen Teil derjenigen Autor_innen eingeordnet, die eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise als Bedingung zur Möglichkeit einer ökologisch-nachhaltigen gesellschaftlichen Zustandes sehen. Die Standpunkte in der Debatte, die sich hier und in Feld III verorten, spiegeln teilweise jahrzehntelange Diskussionen innerhalb der streitlustigen und spaltungsaffinen gesellschaftlichen Linken und der Arbeiter_innenbewegung wieder.

So sind es Fragen von Markt und Planung, Demokratie und Führung, Reform und Revolution, welche in die antikapitalistischen Therapieansätze für die ökologische Krise einfließen. Ökofeministische Autor_innen erweitern die marxistische Kapitalismuskritik und nehmen eine andere Schwerpunktsetzung vor. Sie weisen darauf hin, dass die patriarchale kapitalistische Gesellschaftsformation und ihr Entwicklungsmodell die Trennung einer produktiven und einer reproduktiven Sphäre hervorbringt und die gesellschaftlichen Leistungen der letzteren wie selbstverständlich angeeignet und entwertet werden. Unseres Erachtens tragen die ökofeministischen Stimmen damit ein kritisches aber komplementäres Argument zum Ökosozialismus vor und sind auf demselben Diskursfeld zu verorten.

4.1 Regional-solarer Sozialismus

Vergleichsweise bekannt und anerkannt sind die kritischen Einwürfe von Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf, die ihre marxistischen Interventionen zum Zustand der politischen Ökonomie, der Globalisierung und den gesellschaftlichen Naturverhältnissen in regelmäßigen Buchpublikationen niedergelegt haben. Wir beziehen uns insbesondere auf „Der große Krach“ von Altvater aus dem Jahr 2010.

Ökologische und ökonomische Krisenentwicklung und Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Altvaters ökologisch inspirierte Kritik der kapitalistischen Produktionsweise wurde bereits weiter oben angeschnitten. Seine Perspektive fokussiert auf die energetischen Eigenschaften von Produktions- und Regulationsweisen und vertieft Marx' Kritik um die Behauptung, der Kapitalismus ginge mit der Revolutionierung der Energienutzung, mit einem neuen Energiesystem einher: Durch entsprechende Transformationstechnik bilden die fossilen Energieträger die Basis für Profitproduktion und Industrialisierung. Seitdem lässt sich der Produktions- und Zirkulationsprozess von Waren insbesondere als eine Geschichte des sukzessiven Austausches von menschlicher Arbeitsleistung durch die Leistung von fossil betriebenen Maschinen deuten, denn nach Marx beruht der kapitalistische Produktionsprozess auf dem substituierbaren Einsatz von variablem (menschlicher Arbeitskraft) und konstantem Kapital (Maschinen, Anlagen, Energie usw.). Der technische Fortschritt, von der Dampfmaschine bis zum Mikrochip, der zur Verbesserung der Produktionsmittel beitrug, stand nach Altvater immer mit einem Bein auf einem sich ausweitenden Verbrauch fossiler Energiequellen (ebd.: 139). Neben den besonders günstigen Eigenschaften von Öl, Kohle und Gas (Speicherbarkeit, Transportierbarkeit, Konzentrierbarkeit), ist es der hohe EROEI²⁰ dieser Energieträger, der sie zum allgegenwärtigen Mittel der Kapitalakkumulation unter den Bedingungen des nationalen, später globalen Wettbewerbs machte.

Entsprechend ist der Substitutionsprozess von menschlicher Arbeit durch Kapital bzw. fossile Energie nach Altvaters Analyse der zentrale Treiber kapitalistischen Wachstums (ebd.: 134-41). Denn die jeweiligen Zuwachsraten des Bruttoinlandprodukts beruhen – neben den Steigerungsraten des Arbeitsvolumens – vor allem auf der Zunahme der Arbeitsproduktivität, die vereinfacht gesagt das gesamtwirtschaftliche Verhältnis von eingesetzter menschlicher Arbeitsmenge zum gesamten Ausstoß an Gütern und Dienstleistungen ausdrückt. Genau dieses Verhältnis Arbeitsmenge zu Outputmenge wird überwiegend dadurch gesteigert, dass mehr konstantes Kapital, also auch mehr fossile Energie eingesetzt werden, um die exponentielle makroökonomische Wachstumsentwicklung hervorzubringen. Ultimativ ergibt sich aus dem Substitutionsprozess außerdem, dass das eingesetzte variable Kapital, also das Arbeitsvolumen, global gesehen immer weiter abnimmt, d.h. das kapitalistische Wachstum täglich „überflüssige Bevölkerung“ hervorbringt. In der Zeitdiagnose beschäftigt Altvater insbesondere die Globalisierung der Finanzmärkte und der Wachstumsdruck, der aus gestiegenen Renditeerwartungen auf jenen Märkten hervorgeht.

Für die natürlichen Grundlagen des Planeten bedeutet die Entwicklung in den Pfaden des kapitalistisch-fossilen Energiesystems nichts geringeres, als dass im Gleichklang mit dem exponentiellen Wachstum der Weltwirtschaft die Ausbeutung von Naturressourcen, der Ausstoß von Treibhausgasen und die Degradation der energetischen Potentiale der Natur ebenso exponentiell zunehmen. Altvaters Auffassung nach ist nicht mehr zu übersehen, dass sich der Widerspruch im Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Umwelt heute zu einer dreifachen ökologischen Krise zugespitzt hat: „Die Folgen des kapitalistischen Wachstums stellen sich also tatsächlich als moderne Plagen heraus: Peak Oil, Klimakollaps und Ernährungskrise sind die Emanationen des fossilen Akkumulationsregimes.“ (ebd.: 158) Erstens zeigt er, dass wir weltweit die Höchstfördermenge für Rohöl – den sogenannten Peak Oil – erreicht haben. Zwar würden aus politischen und

²⁰ „Energy Return on Energy Invested“ ist ein Maß, das die Effizienz von Energiegewinnung misst.

ökonomischen Interessen heraus die noch verbleibenden Ölreserven unterschiedlich geschätzt und durch militärische Konflikte und Investitionsentscheidungen im Preis schwanken, doch früher oder später wird die Angebotsmenge für Öl schwinden und der Preis für das schwarze Gold bei weiterhin zunehmender Nachfrage unweigerlich ansteigen (ebd.: 162, 165). Zweitens zeigen sich langsam aber stetig die Anzeichen für den Klimawandel, da sich ansteigende Ablagerung von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre ansammeln, die nicht durch Senken wie Wälder oder Ozeane gebunden werden können. Unter gleichbleibenden gesellschaftlichen Bedingungen ist das Erreichen der Klimaziele von 2050 – ein absoluter Abbau der Treibhausgasemissionen um 50% gegenüber 1990 – deshalb hinfällig. Vielmehr erscheinen ein Klimakollaps und der globale Temperaturanstieg um mehr als 2°C unabwendbar, da der dominante sozioökonomische Mechanismus der Kapitalakkumulation weltweit fortbesteht und empirische Trends in eine entsprechende Richtung zeigen (ebd.: 172f.). Drittens ergibt sich aus den verknappten Ölreserven, dass Ersatz dafür in biotischer Energie von Kraftstoffpflanzen wie Raps gesucht wird. Deren ausgeweiteter Anbau erfordert große landwirtschaftliche Flächen und ertragreiche Böden, die damit in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion geraten. Das gegenwärtige (post-)fossile Energiesystem verstärkt damit letztlich die Spekulation auf Landflächen und erhöht die Nahrungsmittelpreise, was schließlich die Reproduktionskosten der globalen Armen ansteigen lässt und die bestehende Ernährungskrise weiter vertiefen könnte.

Zudem hat sich für Altvater erst in den Jahren 2007ff wieder bewiesen, dass das kapitalistische Weltsystem durch seine immanenten Widersprüche zu Instabilitäten und periodischen Krisen neigt, die sich in der Phase der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise in einer massiven Kapitalvernichtung und einem erdrückenden Schuldendienst der öffentlichen Haushalte niedergeschlagen haben.

Altvater analysiert weniger das Verhältnis zwischen dem modernen gesellschaftlichen Naturverhältnis und der Arbeitsgesellschaft als vielmehr zwischen dem 'Aufstieg der Finanzmärkte' und der Entwicklung der Lohnarbeit (vgl. Altvater 2007). Und letzteres folgt eben der formationsspezifischen Wachstumsweise der kapitalistischen Ökonomien: Auf fossiler Basis ersetzen historisch gesehen produktive Investitionen in Maschinen und Technik die Arbeitsenergie von Menschen, wo es die Konkurrenz und Effizienz gebietet und der Stand der Produktivkräfte es ermöglicht. Je 'produktiver' die menschliche Arbeit durch Kapitaleinsatz wird, desto weniger menschliches Arbeitsvermögen wird relativ gebraucht, um eine steigende Menge an Waren auszustößen.

Das zeigt sich einerseits im globalen Norden in der von Krise zu Krise ansteigenden Sockelarbeitslosigkeit und anwachsenden atypischen Arbeitsverhältnissen; andererseits schlägt dieser Effekt in diesen geographischen Räumen nicht voll durch, da durch Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten im Norden Extraprofite erzielt und mehr produktive Kapazitäten gehalten werden können, die dann in anderen Regionen der Welt fehlen (Altvater 2010: 142). Sehr viel deutlicher erkennt man die beschäftigungsbezogenen Folgen dieses Entwicklungsweges in den Ländern der (Semi-)Peripherie. Dort ist der überwiegende Teil des Arbeitsmarktes im informellen Sektor der Volkswirtschaft gelegen und die meisten Arbeitsverhältnisse sind nicht existenzsichernd (ebd.: 143). Global betrachtet hat das allseits begehrte BIP-Wachstum eben keine existenzsichernden, formalen Normalarbeitsverhältnisse im Schlepptau, sondern macht menschliche Arbeit sukzessive überflüssig und gibt im gleichen Maße Menschen der Informalität preis. Verstärkt wird dieser Trend noch durch die Internationalisierung und das Anschwellen der Finanzmärkte. Zusammengenommen wachsen damit die Profiterwartungen von Geldkapital, die als Kredite oder Wertpapiere Ansprüche auf einen Anteil an

zukünftigen Profiten aus den Gütermärkten sind und befeuern so die makroökonomische Spirale von Wachstum und Arbeitsproduktivität. Die informelle, also den blanken Marktrisiken ausgelieferte Beschäftigung wie Fertigung in sweat shops, als Tagelöhner_in auf dem Bau oder Straßenhändler_in wird ausgeweitet. In der Tendenz wird der kapitalistische Entwicklungsweg und die jetzige Form der finanzdominierten Akkumulation in den Beschäftigungssystemen des globalen Nordens eine Re-Kommodifizierung der vorhandenen formalen Arbeit (Prekarisierung, atypische Beschäftigungsverhältnisse) und Unterbeschäftigung bewirken. Auf der Südhalbkugel wird eine steigende Zahl von Habenichtsen in den ohnehin schon dominanten und völlig unregulierten informellen Sektor gestoßen, phasenweise dort Lohnarbeit finden oder phasenweise völlig entkommodifiziert, also erwerbslos, irgendwie versuchen ihr Überleben zu sichern.

Außerdem können auch aus Altvaters Annahmen zum Peak Oil beschäftigungspolitische Konsequenzen erwachsen. Sollten die Preise für Rohöl und andere fossile Brennstoffe wirklich dauerhaft auf ein hohes Niveau steigen, würde der Spielraum für und die Rentabilität von produktiven Investitionen in der energieintensiven Industrie, ohnehin schon durch Finanzialisierungsprozesse eingeschränkt, weiter sinken. Verteuerte industriell gefertigte Güter und mangelnde Profitaussichten könnten die Beschäftigtenzahlen in diesen Branchen verringern oder stagnieren lassen.

Konturen der neuen Wirtschaftsweise und Arbeitsgesellschaft

Altwater sucht seine weltweit verstreuten Vorbilder und Keimformen des „solaren Sozialismus“ (ebd.: 238-47) in den Produktionsverhältnissen von kollektiven, genossenschaftlichen und partizipativen Eigentumsformen jenseits von Staats- und Privateigentum. Diese Betriebe und Kollektive bilden in manchen Ecken der Welt schon heute eine solidarische Ökonomie, in der sich die Produzent_innen basisdemokratisch selbst verwalten und ein Einkommen jenseits von Ausbeutung aneignen. Altwater sieht diese solidarischen Genossenschaften zumindest auf mittlere Frist in einer Marktwirtschaft, in der weiterhin Warentausch betrieben wird und eine abgeschwächte Konkurrenz besteht, die durch eine Form der Rahmenplanung zwischen den Betrieben eingehegt wird. Weiterhin bilden sich in Kämpfen gegen die Enteignung und Inwertsetzung von sogenannten commons, also gemeinschaftlich genutzte Güter mit unterschiedlichem Zugangsgrad, soziale Bewegungen, die Ansätze einer neuen postkapitalistischen Produktionsweise denkbar machen und sogar praktizieren. Beispiele für solche Enteignungen sind die Privatisierung von Wasserversorgung oder Krankenhäusern, ebenso wie die Ausgabe von CO₂-Zertifikaten zur Luftverschmutzung oder sogenannte Biopiraterie.

Auch der Staat nimmt als Ort politischer Aushandlung in Altvaters sozialistischem Entwurf eine Funktion ein, z.B. in der Sozialisierung großer Finanzinstitute, welche den Renditedruck der Finanzmärkte auf die Produktion abschwächen soll. Dazu müssen soziale Bewegungen aber den nötigen Druck aufbauen, um die staatlichen Apparate zu strategischen ökologischen Investitionen zu treiben, die beispielsweise eine völlige Konversion der Energieversorgung von einer fossilen auf eine erneuerbare Basis erfordern. Ein nachhaltiges Energiesystem im „solaren Sozialismus“ ist damit gleichzeitig eine Voraussetzung für die Verlangsamung und vielleicht sogar Umkehr des wirtschaftlichen Wachstums, denn Windkraftwerke, Photovoltaik und Erdwärme bergen nicht die gleiche energetische Potenz und Eigenschaften wie Öl, Kohle, Gas und Uran. In der Wirtschaftsstruktur der sozialistischen Marktwirtschaft wird unter egalitären Eigentumsverhältnissen weiterhin arbeitsteilig produziert und in kleinen und mittleren Betrieben Wertschöpfung betrieben. Das dezentrale solare

Energiesystem wird notwendigerweise eine Regionalisierung von wirtschaftlichen Aktivitäten und Stoffwechsel erfordern und vermutlich regionale wirtschaftliche Cluster hervorbringen.

Genauere Vorstellungen zur Ausgestaltung und zum Ausmaß formaler Erwerbsarbeit in einem prospektiven „solaren Sozialismus“ finden sich bei Altvater nicht. Einerseits zitiert er in „Der große Krach“ zustimmend Christian Spehr, der einen bunten Strauß an stark dekommodifizierenden arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen (Mindestlohn, Zeitsouveränität, Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung) aufzählt (ebd.: 245). Gegeben dass Altvater hier Spehr für sich sprechen lässt, besteht der eine Strang der öko-sozialistischen Transformationsstrategie aus klassisch sozialdemokratischen Rezepten für den Übergang, die ein großes Maß an Staatsvertrauen voraussetzen. Die Produktivitätsfortschritte, die in den Grenzen einer solaren Energiebasis bestehen bleiben, könnten für eine Reduktion und Verteilung der notwendigen Arbeitszeit genutzt werden, anstatt weiterhin „überflüssige Bevölkerung“ hervorzubringen. Andererseits verbirgt sich hinter der neuen Eigentumsstruktur der Betriebe ein anderer Entwicklungspfad: Deutlich antikapitalistische Züge trägt die Überführung von unternehmerischen Privateigentums in genossenschaftliche oder andere partizipative gemeinwirtschaftliche Formen. Wenn die ehemaligen Arbeiter_innen dieser Betriebe im Rahmen einer teilgeplanten Marktwirtschaft nun Genossenschaftler_innen werden, also gleichberechtigt über Fragen von Entwicklung, Investition, Herstellung und Organisation des Arbeitsprozesses mitentscheiden, treten sie aus der Mühle der Lohnarbeit heraus und lösen sich zumindest teilweise aus der Kommodifizierung ihres Arbeitsvermögens. Wir begreifen den zweiten Strang der Transformationsstrategie als eine emanzipierende Ent-Kommodifizierung von Arbeit und letztendlich der Menschen selbst. Letztlich bleiben in Altvaters Andeutungen die beiden Strategien für die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft, Die Kommodifizierung und emanzipierende Entkommodifizierung aber relativ unvermittelt nebeneinander stehen.

Nachbemerkung

Der „solare Sozialismus“ ist ein vergleichsweise vorsichtiger radikalreformerischer Vorschlag, zu dessen gesellschaftlichen Grundlagen weiterhin eingeschränkte Preis- und Marktmechanismen und ein planender und investierender Wohlfahrtsstaat gehören. Die Bandbreite ökosozialistischer Visionen innerhalb der Linken hält daneben aber ebenso stärker anti-autoritäre sowie etatistische Strömungen bereit.

Etwas düsterer und staatsfixierter ist das Konzept von Saral Sarkar, der schon früh für sich selbst das Label Ökosozialismus reklamierte. Laut Sarkar wird die ökologisch-sozialistische Transformation durch die moralische Entscheidung der Bevölkerung aus ökologischen Beweggründen heraus eingeleitet. Demnach wird für die Gesellschaften des globalen Nordens eine schmerzhaft und zentral geplante ökonomische Kontraktion und wahrscheinlich sogar eine staatlich sanktionierte Geburtenkontrolle erforderlich sein, um den Anforderungen der Umwelt zu entsprechen. In diesem Prozess muss jede und jeder lernen seine und ihre materiell-konsumtiven Bedürfnisse stark zu begrenzen. Denn das bekannte Niveau gesellschaftlicher Arbeitsteilung, welche die heute übliche Menge an Gütern und Dienstleistungen bereitstellt, wird insbesondere das neue wind- und sonnenbetriebene Energiesystem nicht tragen können. Die gewohnte wirtschaftliche Spezialisierung wird zugunsten von handwerklicher arbeitsintensiver Produktion in regionalen Einheiten abgelöst (Sarkar 1999).

Eine weitere relevante Stimme des Ökosozialismus halten wir ebenfalls für erwähnenswert: Ganz ähnlich wie Altvater bedient sich der Wiener Ökologe Andreas Exner der Diskurse und Praktiken um commons, der solidarischen Ökonomie und Degrowth, um sie mit einer radikalen Kritik an den sich verselbstständigenden und herrschaftlichen Basisinstitutionen des Kapitalismus – bürgerlicher Staat, Marktvergesellschaftung und Lohnarbeit – zu verbinden. Nach Exner sind all diese Institutionen miteinander verstrickt und ungeeignet um eine schrumpfende solidarische Ökonomie zu verwirklichen, da ihnen die Tendenz zum wirtschaftlichen Wachstum inhärent ist; zudem verhindern sie einen sozialen Stoffwechsel jenseits des Äquivalententausches und werden den Wandel des Energiesystems zu erneuerbaren Quellen eher hemmen als fördern (Exner 2013: 197f.): „Der Weg in eine Postwachstumsgesellschaft ist also eine Transformation, die den Markt zurückdrängt, den Arbeitsmarkt aufhebt und den Staat überwindet.“ (Exner und Lauk 2011: 28) Aufbauend auf den Erfahrungen verschiedener sozialer Bewegungen, z.B. den Betriebsbesetzungen in Argentinien und den daraus hervorgehenden Arbeiter_innenkooperativen, werden Richtungen einer sozialen Transformation sichtbar. In den Versuchsfeldern der solidarischen Ökonomien und der Gemeinschaftsgüter werden Äquivalententausch und Klassenherrschaft als Formen des sozialen Metabolismus mehr oder weniger stark durch Reziprozität und soziale Gleichheit ersetzt (Exner 2013: 204–10). Diese neuen sozialen Formen gilt es zu verbreitern, anzuwenden und durch Kooperation bzw. gegenseitige Hilfe zu verknüpfen. Hieraus könnte der Keim einer dezentralen „degrowth solidarity“ bestehen.

4.2 Ökofeministische Vorsorgendes Wirtschaft

Das „Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften“ und dessen Mitglied Adelheid Biesecker speisen mit ihrem gleichnamigen Konzept dezidiert ökofeministische Kritiken und Visionen in die deutsche Postwachstumsdebatte ein und arbeiten an Konzepten für ökologische Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit.

Ökologische und ökonomische Krisenentwicklung und Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Biesecker vertieft die Analyse der Trennungsstruktur zwischen dominanter Marktökonomie und subordinierter Versorgungsökonomie und zieht daraus Schlüsse für die Enträtselung aktueller Krisenentwicklungen. Dem versorgenden wirtschaftlichen Kreislauf sind neben den unbezahlten vergeschlechtlichten reproduktiven Tätigkeiten, dessen Subjekten und Institutionen, auch die außermenschliche Natur, welche an der Wiederherstellung der Grundlagen für die maßlose Profitproduktion in der Marktökonomie beteiligt ist, zugeordnet. Dieses umfassende und inklusive Verständnis von Ökonomie bricht mit der wissenschaftlich und politisch weit akzeptierten Einengung auf monetarisierte Marktprozesse und die erwerbsbezogene Arbeitswelt.

Die Hierarchie zwischen den Sphären bedeutet abstrakt, dass die systemische Rationalität aller Marktakteure, Kapital zu vermehren und dabei Kosten zu sparen, die reproduktiven Leistungen von „sozialer Lebenswelt und natürlicher Mitwelt“ (Biesecker 2009: 35) erstens verkannt und übersehen, aber zweitens nichtsdestotrotz unentgeltlich in Dienst genommen werden. In dieser asymmetrischen Arbeitsteilung liegt zum einen eine Säule der modernen Geschlechterhierarchie begründet; zum anderen sind die soziale Krise der südeuropäischen Länder, die weltweite Finanzkrise und Klimakrise Ausdruck derselben zerstörerischen Rationalität. Die

verschiedenen Ausprägungen der ökologischen Problemlage (Ernährungs-, Biodiversitäts-, Klimakrise usw.) werden von der Autorin ohne weitergehende Abhandlung aufgezählt. Es ist ihr vor allem wichtig zu betonen, dass die ökologische ebenso wie die finanzielle und ökonomische Problemlage gleichursprünglich sind. Obwohl beispielsweise hilfreiche Strategien zur Milderung der Krisentendenzen der Umwelt theoretisch bekannt sind (bspw. Suffizienz-, Konsistenz-, Effizienzstrategien), werden diese Strategien praktisch nicht in ausreichendem Maße implementiert: „[Es] widerspricht der kapitalistischen Rationalität, der immanenten Maßlosigkeit. Denn diese ist gepaart mit Sorglosigkeit. Vorsorgen würde ja bedeuten, heute so zu wirtschaften, dass auch zukünftige Generationen die für ihre Lebens- und Wirtschaftsweise nötigen Ressourcen vorfinden“ (ebd.: 34).

Der Zusammenhang von kapitalistischer Rationalität und Sorglosigkeit gegenüber den wirtschaftlichen Grundlagen zeigt sich bspw. daran, dass es für ein Unternehmen am Verbraucherende der Energiekette zunächst irrelevant ist, wie viel Kohlenstoffbelastung bei seiner Wirtschaftstätigkeit hervorgebracht wird und wie viel Zeit es für die umliegenden Wälder erfordert, dies aufzufangen. Die Erfolgskriterien für unternehmerisches Handeln sind andere.²¹ So werden die „Kosten“ dieser Operationen, z.B. Klimaerwärmung, auf die gesamte Menschheit externalisiert. In der krisenhaft zugespitzten Entwicklung in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt präsentiert sich dementsprechend die Rechnung der patriarchalen Trennungsstruktur der gegenwärtigen Produktionsweise: „Dieses ökonomische System basiert geradezu auf der Zerstörung sozialer und ökologischer Lebensprozesse!“ (ebd.: 35)

Konturen der neuen Wirtschaftsweise und ihrer Arbeitsgesellschaft

Biesecker schließt aus ihrer Analyse der diversen Produktivitäten, dass die alleinige Perspektive und maßlose Rationalität dieser „von allen lebendigen Grundlagen abgetrennten Ökonomie“ umgekehrt werden muss. Die (Re-)Produktivität des Lebendigen und das „Ganze der Ökonomie“ (ebd.: 38) muss der gesellschaftlich leitende Maßstab werden, was bedeuten würde, die Marktökonomie nach menschlichen Bedürfnissen und nach den Rhythmen und dem Bestand der Ökosysteme auszurichten. Die „zukunftsfähige Ökonomie“, bettet das, was normalerweise als Ökonomie betitelt wird, gleichwertig ins Soziale und Ökologische ein (ebd.: 38). Das würde erfordern, die maßlose, natur- und bedürfnisblinde kapitalistische Rationalität durch einen neuen Vernunftmaßstab zu ersetzen: „Vernünftig ist vielmehr dasjenige wirtschaftliche Handeln, durch das gleichzeitig den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen sowie denen zukünftiger Generationen und den Regenerationsprozessen der Natur Rechnung getragen wird.“ (ebd.: 39)

Der neue Maßstab wird in den Handlungsprinzipien einer vorsorgenden Wirtschaft noch weiter konkretisiert: Vorsorge soll sicherstellen, dass die „Bedürfnisse aller Beteiligten [auch der zukünftigen, d.A.] zum Ausgangspunkt“ (ebd.: 38f.) wirtschaftlichen Handelns gemacht werden und Kooperation zwischen den Beteiligten den Prozess steuern soll, dessen Wohlfahrtsziele in einem diskursiven gesellschaftlichen Verfahren bestimmt wurden. Ultimativ ist das Ziel der vorsorgenden Wirtschaft die vorherige Trennungsstruktur und Hierarchisierung zu überwinden – oder umgekehrt ausgedrückt „die Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft“ (ebd.: 40f.) herzustellen und somit eine

²¹ Sie werden höchstens über politische Regulation von Schadstoffausstoß und Ressourcenverbrauch eingeschränkt.

„Regulationsordnung“ zu schaffen, in der die „gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnisse [...] dauerhafte, zukunftsfähige“ sind. Diese Form der umfassenden Nachhaltigkeit würde z.B. auf materiell-technischer Ebene dazu führen, dass ein energetischer Wandel zu erneuerbaren Energien stattfindet und Produkte sowie Technik so designt werden, dass deren Abfall nur zu geringem Maße oder gar nicht die Umwelt belastet.

Es ist naheliegend, dass so ein Wirtschaftsentwurf nicht allein über Markt- und Preismechanismen steuerbar ist. Zwar soll letztendlich die Distribution und Allokation von Waren weiterhin durch Preise vermittelt werden, entsprechend wird die vorsorgende Ökonomie auch weiterhin eine Geldwirtschaft sein, aber diese Preise sollen nicht nur von Knappheit sondern gleichwertig von demokratischer Abstimmung und gesellschaftlicher-diskursiver Aushandlung beeinflusst werden; Insbesondere die ökologischen Kosten sollen sich darin spiegeln. Wie der Vermittlungsprozess zwischen demokratischer Planung und Preisen dabei genau aussehen soll bleibt ungeklärt. Ähnlich wie Exner und Altvater entdeckt Biesecker die ersten Transformationsschritte auf dem Weg zur Vorsorgenden Wirtschaft schon heute in sozialen Initiativen wie interkulturellen Gärten und Baugenossenschaften oder knüpft an bekannten politische Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung, Finanzmarktreforemen und zum Ausbau der erneuerbaren Energien an (ebd.: 42-46). Dort und im politischen Potential sozialer Bewegungen läge der Weg vom „quantitativen Wachstum“ hin zu „qualitativer Entwicklung“ umzuschwenken.

Die Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit ist Biesecker ein zentrales Anliegen. Die Vorsorgende Wirtschaft „[...] stellt das Leben in den Mittelpunkt und blickt von hierher auf die Arbeit.“ (ebd.: 44) Abstrakt gesehen knüpft das Konzept an feministische Debatten zur Arbeit an und begründet einen inklusiven Arbeitsbegriff, bei dem Anerkennung und Umverteilung zwischen Erwerbsarbeit, Sorgearbeit in Familien und der Zivilgesellschaft sowie Eigenarbeit im Haushalt im Zentrum stehen. So spinnt sich der Gedanke, die Versorgungsökonomie gleichwertig mit der Marktökonomie zu integrieren, auf dem Feld der Arbeit weiter. Insbesondere die Anerkennung resultiert aus der Erkenntnis, dass auch die (Re-)Produktivität der sorgenden und selbstversorgenden Tätigkeiten essentiell zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen, sodass dafür Zeit, Raum und materielle Absicherung gegeben sein müssen, die momentan fehlen. Aus diesem ganzheitlichen Blickwinkel wird es sinnlos von Arbeitslosigkeit zu sprechen. Denn die angesprochenen Tätigkeitsfelder bieten vor dem Hintergrund mannigfaltiger menschlicher Bedürfnisse ausreichend nicht-entlohnte und entlohnte Beschäftigung.

Dort wo Biesecker erste Transformationsschritte in diese Richtung konkretisiert, greift sie auf bekannte Argumente und Konzepte der Arbeitspolitik zurück. Einerseits ist Handlungsbedarf im privaten und öffentlichen Sektor gegeben. Es müssen politisch Anreize geschaffen werden, um mehr Frauen einen Zugang zu guten Erwerbspositionen zu eröffnen, in denen sie jetzt im Verhältnis zu männlichen Beschäftigten weniger vertreten sind. Ein Ausbau der öffentlichen Care-Infrastruktur, z.B. in der Kinderbetreuung, ist hier unabdingbar. Außerdem müssen für Erwerbstätige auch die Bedingungen geschaffen werden, sich ausreichend Tätigkeiten jenseits des Erwerbszwecks zu widmen. Dazu gehören eine ausreichende Lohnhöhe, flexible Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung und ein bedingungsloses Grundeinkommen. Ferner muss eine Umverteilung der Aufgaben in der Versorgungsökonomie stattfinden, was konkret heißt Männer sollen sich gleichumfänglich an Erziehung, Pflege und Haushalt beteiligen (ebd.: 42f.).

Diese Gestaltung der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit darf aber nicht als eine Dualisierung der Wirtschaftsstruktur wie in anderen hier vorgestellten Beiträgen verstanden werden. Zwar erwähnt Biesecker kurz, dass Eigenarbeit Raum gegeben werden muss, um sich von Konsumgütern unabhängiger machen zu können, aber der Gedanke nimmt in ihrem ökonomischen Entwurf keinen prominenten Platz ein. Bieseckers Visionen zur gesellschaftlichen Organisation der Arbeit in einer Vorsorgenden Wirtschaft beziehen sich im Schwerpunkt auf die Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit und der (Re-)Produktivität der Versorgungsökonomie. Die arbeitspolitischen Vorschläge konzentrieren sich vor allem auf die De-Kommodifizierung von Arbeit, die letztendlich in selbstbestimmten Maß freie Zeit der Lohnarbeit ermöglichen soll.

Nachbemerkung

Wir möchten zum Schluss mit der Subsistenzperspektive auf eine weitere Tradition ökofeministischen Denkens hinweisen, für die seit einigen Jahrzehnten Wissenschaftler_innen wie Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen stehen. Deren Patriarchats- und ökologische Kritik haben den gemeinsamen Ausgangspunkt, dass Frauen ebenso wie die Natur in durch die Mechanismen der warenproduzierenden Ökonomien kolonisiert und ausgebeutet wurden – egal ob innerhalb der kapitalistische Marktwirtschaft oder dem real-existierenden Sozialismus. Die Subsistenzperspektive rückt dagegen die lebensschaffende und lebenserhaltene Tätigkeiten, die von Erziehung bis zur Nahrungsmittelproduktion reichen, ins Zentrum eines Entwicklungsmodells für ein gutes Leben. Alternative wirtschaftliche Institutionen sollen Unabhängigkeit von Staat und Kapital und einen möglichst hohen Grad an Selbstversorgung in basisdemokratischen Gemeinschaften und regionalen Wertschöpfungsketten schaffen. Gleichzeitig können in ihnen gerechte Formen der Arbeitsteilung jenseits geschlechtlicher Ungleichverteilung, neue befreiende Technikanwendung und ein anderes Verhältnis von Mensch und Natur erprobt werden, das die Natur um ihrer selbst willen respektiert. Auch lassen sich derartige Subsistenzansätze oftmals von kleinbäuerlichen Produktionsweise im globalen Süden inspirieren und streben im Vergleich zur Vorsorgenden Wirtschaft konzeptionell eine noch weitgehendere Ent-Kommodifizierung der Arbeit durch Subsistenzproduktion an (Mies 2014; Bennholdt-Thomsen 1998).²²

Es zeigt sich also, dass sich auch innerhalb dieser Strömung divergierende Zukunftsentwürfe für die gesellschaftliche Organisation von Wirtschaft und Arbeit gegenüberstehen. Während in der Vorsorgenden Wirtschaft die Basisinstitutionen moderner Vergesellschaftung wie arbeitsteilige Erzeugung von Gütern und Diensten für den Markt und die zugehörige Lohnarbeit stark in neue Institutionen eingebettet und ergänzt werden sollen, zielen Mies und Bennholdt-Thomsen in letzter Konsequenz darauf ab, diese Basisinstitutionen vollständig zurück zu weisen und sie in kleinere regionale Gemeinschaften zu überführen.

²² Es lässt sich vermuten, dass die „Postwachstumsökonomie“ von Paech einige Anleihen bei der „Subsistenzperspektive“ genommen hat.

5. Ergebnisse und offene Fragen

Der vorangestellte Überblick über die Aussagen wichtiger Autor_innen zur Diagnose ökologischer und wirtschaftlicher Problemlagen und zu Alternativen verdeutlicht die Lebendigkeit der Diskussion um Postwachstumsgesellschaften. Es gibt gegenwärtig in den Sozialwissenschaften kaum ein Thema, das mit vergleichbarer Intensität und Offenheit für gesellschaftliche Gegenentwürfe diskutiert wird. Gut zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus hat sich, auch im Kontext der großen kapitalistischen Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise, eine neue und weltweite Diskussion um Alternativen innerhalb und außerhalb des Kapitalismus entwickelt. Die Literaturübersicht belegt weiterhin unsere einleitende These, dass ökologische Krisen weitreichende Folgen für die Arbeitsgesellschaft haben können. Bei den meisten Autor_innen aus der Postwachstumsdebatte finden sich explizite und implizite Annahmen zur Entwicklung der Arbeitsgesellschaft unter Status quo-Bedingungen und im Gegenentwurf.

Ziel dieses Arbeitspapiers ist eine kommentierte Literaturübersicht und nicht eine systematische Diskussion und Kritik der vorgestellten Beiträge.²³ Wir verfolgen deshalb in diesem Schlusskapitel zwei Ziele: Erstens wollen wir die Beiträge der vier Diskursfeldern zusammenfassen und vergleichen. Schaubild 2 gewährt eine Übersicht zu den zentralen Aussagen der Autor_innen. Zweitens sollen abschließend einige und offene Fragen thematisiert werden.

²³ Letzteres ist auch deshalb hier nicht zu leisten, weil in der Arbeitsgruppe selber unterschiedliche wissenschaftliche und politische Positionen vertreten werden.

Schaubild 2: Charakteristika der Zeitdiagnosen und Gegenentwürfe je Strömung

Diskursfeld	Zeitdiagnose Ökologie	Zeitdiagnose Wirtschaft	Zeitdiagnose Arbeit	Gegenentwurf Wirtschaft	Gegenentwurf Arbeit
I Öko-liberale Modernisierung	Senkenproblem; Kurz-, mittelfristig	kapitalistisch-modern; Grüne Industrialisierung	Re-Kommodifizierung; partielle Unterbeschäftigung	kapitalistisch-modern; Grüne Industriegesellschaft	Re-Kommodifizierung; Grüne Industriearbeit
I Öko-soziale Dienstleistungsgesell.	nicht spezifiziert	kapitalistisch-modern; Tertiarisierung	Re-Kommodifizierung; Unterbeschäftigung Reallohnstagnation	kapitalistisch-modern; Öffentliche Human- dienstleistungen	De-Kommodifizierung; moderate Arbeitszeitverkürzung Humandienstleistungen
II Wert-konservative Retradit.	Ressourcen- & Senkenproblem; ökologische Folgekosten	unintendierte Dualisierung	Re-Kommodifizierung; Reallohnabbau	kapitalistisch-dual; expandierender traditioneller Sektor	Re-Kommodifizierung & Ent- Kommodifizierung; Abwertung der Erwerbsarbeit & zunehmende Eigenarbeit
II Wachstumskrit. Reformismus	Ressourcen- & Senkenproblem; Kurz-, mittelfristig	kapitalistisch-modern; ökologisch induzierte Krisen	Unterbeschäftigung	kapitalistisch-modern; Schrumpfende Volkswirtschaft	De-Kommodifizierung; starke Arbeitszeitverkürzung; Dienstleistungen
II (Paech)	Ressourcen- & Senkenproblem; Kurzfristig	kapitalistisch-modern; Krisen bis zum Zusammenbruchs	nicht spezifiziert	kapitalistisch-dual; Schrumpfender kapitalistischer Sektor Lokalisierung	Re-Kommodifizierung & Ent- Kommodifizierung (traditioneller Sektor); starke Arbeitszeitverkürzung
III Ökomarxismus	Ressourcen- & Senkenproblem; Kurz- mittelfristig	kapitalistisch-modern; Verschärfung ökon. Krisen	nicht spezifiziert	sozialistisch-dual; Entwicklungspfad globaler Süden	sozialistische Ent-kommodifizierung
III Rot-grüne Wirtschaftsdemokratie	Ressourcen- & Senkenproblem; Mittel-, langfristig	kapitalistisch-modern; Verschärfung ökon. Krisen	Re-Kommodifizierung ("Prekarisierung"); Unterbeschäftigung	sozialistisch-modern; Wirtschaftsdemokratie	De-Kommodifizierung & sozialistische Ent- Kommodifizierung; moderate Arbeitszeitverkürzung; Humandienstleistungen
IV Reg.-solarer Sozialismus	Ressourcen- & Senkenproblem; Nahrungsmittelknappheit; mittelfristig	kapitalistisch-modern; Verschärfung ökon. Krisen	Re-Kommodifizierung & regressive Entkommo- difizierung („Informalisierung“); Unterbeschäftigung	sozialistisch-regional; Moderne und solidarische Regionalökonomie	De-Kommodifizierung & sozialistische Ent- Kommodifizierung; starke Arbeitszeitverkürzung
IV Ökofem. Vorsorgende Wirtschaft	Ressourcen- & Senkenproblem; Nahrungsmittelknappheit	kapitalistisch-modern; Verschärfung ökon. Krisen; hierarchische Trennungsstruktur der Ökonomie	Unterbeschäftigung; Aneignung reproduktiver Kapazitäten	Sozialistisch-regional; geschlechtergerechte „Ganze Ökonomie“	geschlechtergerechte De-Kommodifizierung & sozialistische Ent-Kommodifizierung; starke Arbeitszeitverkürzung; Umverteilung reproduktiver unbezahlte Arbeit

5.1 Problemdiagnosen und Entwicklungsannahmen

Ökologie – Problemdiagnosen

Die Aussagen der Autor_innen unterscheiden sich zunächst in Bezug auf die Ursachenanalyse: Welches sind die treibenden Kräfte der Umweltprobleme? Hier hatten wir bereits in der Einleitung drei Gruppen von Begründungen unterschieden: erstens Kulturmuster und -orientierungen der Moderne (prononciert bei Miegel und Paech); zweitens umweltschädliche Technikpfade für Produkte und Produktionsmittel (prononciert bei Füchs) und drittens die kapitalistische Produktionsweise (z.B. Foster, Dörre, Altvater). Es ist evident, dass die Ursachenanalyse in engem Zusammenhang mit den Gegenentwürfen steht. Wer im Kapitalkreislauf von G-W-G' den Kern des kapitalistischen Wachstumszwanges begründet sieht und daraus die ökologischen Probleme unseres Planeten ableitet, wird zur Lösung des Problems nach Alternativen außerhalb des Kapitalismus suchen.

Doch wie genau fallen die Analysen der ökologischen Problemlagen aus? Werden in erster Linie die Umweltwirkungen des Wachstums thematisiert (Output) oder geht es auch um die Verknappung der Ressourcen und deren Folgen für das Wirtschaftssystem (Input). Weitere Unterschiede in den Diagnosen ergeben sich aus den Annahmen zur Temporalität der ökologischen Krisenentwicklung. Auf der Input-Seite stellt sich z.B. die Frage nach dem Peak Oil. Dieselbe Diskussion findet sich für die Output-Seite zum Senkenproblem und der Absorbtionsfähigkeit des Ökosystems, insbesondere den Klimawandel betreffend.

Gemeinsam ist den von uns kommentierten Autor_innen, dass sie die benannten Problemlagen thematisieren – sie unterscheiden sich aber in Bezug auf den Schwerpunkt und die Stärke der Problemdiagnose.

Eine Gruppe von Autor_innen sieht kurz- und mittelfristig dramatische Probleme auf die Gesellschaften des globalen Südens und Nordens zukommen und zwar sowohl auf der Input- als auch auf der Output-Seite. Ohne massive Gegensteuerung kommt es demnach zu verheerenden Störungen und Verwerfungen im Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Ökosystem, die nicht nur weiterhin die Existenzgrundlagen nichtmenschlicher Lebewesen verschlechtern, sondern auch die auf Wachstum angewiesene, dynamische Stabilisierungsweise der Gegenwartsgesellschaft selbst stark einschränken werden. Um spontanen und zerstörerischen ökonomischen Schrumpfungsprozessen zu begegnen, soll deshalb ein politisch gestaltetes Negativ-Wachstum erreicht werden (Miegel, Paech, Altvater, Biesecker).

Die zweite Gruppe von Autor_innen bezweifelt die dramatischen Krisendiagnosen für die Gegenwart und/oder hält den zeitlichen Verlauf der Kumulation der Problemlagen für heute nicht in derselben Weise drängend und prognostizierbar. Diese Gruppe plädiert eher für qualitatives Wachstum innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise (Füchs, Reuter) oder für Übergänge in eine sozialistische Produktionsweise ohne Wachstumszwang (Foster, Dörre).

Wirtschaftsentwicklung – Diagnosen und Prognosen

In der Diskussion der Wirtschaftsentwicklung treten grosso modo zwei Argumentationsebenen auf: Einerseits stellen die Autor_innen endogene, politisch-ökonomisch verursachte und andererseits exogene, ökologisch verursachte Trends in der Welt- und Volkswirtschaft heraus.

Häufig ist die Erfahrung der Finanz- und Wirtschaftskrise, die ab 2008 in Wellen verschiedene Weltregionen erfasste und in die Kapitalvernichtung, Verschuldung und Rezession zog, als Thema präsent. Für Altvater, Dörre und Biesecker ist die Krise maßgeblich für ihre polit-ökonomischen Analysen. Sie sehen in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die Widersprüche des finanzmarktdominierten Akkumulationsregimes kulminieren. Doch auch jenseits dieser destruktiven Höhepunkte hat das heutige Akkumulationsregime, welches sich allem Anschein nach selbst überlebt hat, maßgeblich eine tiefe Verschärfung der Einkommensungleichheit, weltwirtschaftliche und regionale Instabilitäten und geringe Wachstumsraten zu verantworten. Gleichzeitig wurde das Kräfteverhältnis zwischen den sozialen Klassen zu Gunsten des Kapitals verschoben.

Außerdem teilen die Vertreter_innen aus Feld III und IV die Prämisse, dass die Triebkraft für ein wachsendes Sozialprodukt in den strukturellen Zwängen der kapitalistischen (und patriarchalen) Produktionsweise angelegt ist und einen steigenden Energieverbrauch nach sich zieht. Jackson und Victor formulieren eine ähnliche Sichtweise der kontemporären Wirtschaftsweise, ohne dabei aber den Marxschen Kapitalismusbegriff zu teilen: In der jetzigen institutionellen Form des Kapitalismus stehen nur zwei Optionen zur Verfügung – „expansion or collapse“ (Jackson 2009b: 64) – und nur die sozioökonomisch ruinöse Alternative wäre ökologisch wünschenswert. Zusammengefasst verbindet die Analyse der Ökosozialisten, Ökofeministinnen und Degrowth-Ökonomen der gemeinsame Prämisse, dass die gegenwärtige Wirtschaftsweise durch inhärente Zwänge zum Wachstum gezwungen ist, das eine Übernutzung und Degradation der Ökosysteme nach sich zieht.

Norbert Reuter konstatiert tiefgreifende Trends wie die Tertiarisierung der westlichen Ökonomien und die Tendenz zu sinkenden Wachstumsraten. Seine Frage ist, wie unter der Maßgabe dieser unhintergehbaren Trends und ökologischen Restriktionen, die Probleme unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, hoher struktureller Arbeitslosigkeit und Rekorde brechender Einkommens- und Vermögensungleichheit gelöst werden können.

Neben diesen endogenen wirtschaftlichen Faktoren werden im Postwachstumdiskurs Hypothesen zur Wirkung ökologischer Krisen auf das ökonomische System benannt. So diagnostizieren und prognostizieren viele Autor_innen Belastungen für Wirtschaft und Gesellschaft in Folge der ökologischen Krisen, sollte der Status quo gewahrt bleiben. Einige sehen sogar früher oder später einen ökonomischen und sozialen Kollaps auf die Gesellschaften zukommen (Paech, Foster).²⁴ Andere gehen auf erwartbare wirtschaftliche Entwicklungen aufgrund der Verknappung von Ressourcen und der steigenden Belastung ökologischer Senken ein (Altvater, Jackson/Victor, Miegel, Füchs, Dörre). Es wird z.B. angenommen, dass das abnehmende Angebot für essentielle Rohstoffe (Metalle, Erden, Energieträger) zu einer Preisinflation von Konsum- und Investitionsgütern führen wird. Letztendlich äußert sich die wirtschaftliche Rückkopplung des knapper werdenden Naturreichtums im Anstieg der Lebenshaltungskosten und im zunehmenden Druck auf die Profitmargen, insbesondere in energieintensiven Branchen. Jackson identifiziert sogar eine Teildeterminierung der 2008er Krise durch ökologische Umstände.

²⁴ Foster, Clark und York sind so eine Ausnahme. Zumindest kurz- und mittelfristig werden ihrer Ansicht nach verschiedene Unternehmer_innen von den entstehenden Knappheiten profitieren.

Die Frage nach der Bedeutung der der ökologischen Krise für das ökonomische Systems und dessen Entwicklungspfad ist ebenfalls umstritten. Die Gruppe mit sachlich und zeitlich offenen Krisendiagnosen für die Umwelt erwartet starke Instabilitäten der Weltwirtschaft, sinkende Wachstumsraten und regionale Verwerfungen, prognostiziert aber eine Fortsetzung des bisherigen Entwicklungspfades der Weltwirtschaft. Besonders ausgeprägt findet sich diese Argumentation bei Dörre und Foster im Diskursfeld III.

Die zweite Gruppe an Autor_innen mit starken Krisendiagnosen für Ressourcen- und Senkenprobleme aus den Diskursfeldern II und IV erwartet durch die Rückkoppelungseffekte dagegen einen Strukturbruch in der Entwicklung des Kapitalismus im globalen Norden. Hier geht es nicht mehr um Instabilitäten und Stagnation, sondern um ein durch die Umweltprobleme erzwungenes oder gewünschtes Negativwachstum (z.B. bei Miegel und Victor). Oftmals wird auch für den globalen Norden eine Spaltung der Ökonomie in einen modernen Sektor mit weltweiten Wertschöpfungsketten und Absatzmärkten einerseits und eine Regionalökonomie mit lokalen bis nachbarschaftlichen Absatzmärkten und arbeitsintensiver handwerklich-bäuerlicher Produktion und Selbstversorgung andererseits angenommen. Wir haben es im Sinne von Lutz (1989) mit einer dualen Struktur von modern kapitalistischer Produktion auf der einen und traditioneller Wirtschaftsweise auf der anderen Seite zu tun. Ihm zufolge haben sich diese Strukturen im globalen Norden erst nach dem zweiten Weltkrieg in der als fordistisch gekennzeichneten Prosperitätskonstellation aufgelöst. Die These wäre dann, dass eine Wiederannäherung an frühere Entwicklungsstadien des Kapitalismus, d.h. eine erzwungene oder geplante Dualisierung einsetzt.

Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Aus den Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung ergeben sich bei den meisten Autor_innen Hinweise zur weiteren Entwicklung der Arbeitsgesellschaften. Dabei geht es einmal um das Problem der Unterbeschäftigung und zum anderen um die Qualität der Arbeit in Bezug den Schutz vor Marktkräften („Dekommodifizierung“, vgl. Polanyi 2004; Esping-Andersen 1990). Aus den Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung ergeben sich bei den meisten Autor_innen Hinweise zur weiteren Entwicklung der Arbeitsgesellschaften. Im Feld I erwartet Reuter eine sich zuspitzende Unterbeschäftigung aufgrund fehlender effektiver Nachfrage, aber keine dramatischen Umbrüche, weil ein Trend zu arbeitsintensiven Humandienstleistungen zu verzeichnen ist. Fücks dagegen sieht ambivalente Entwicklungen in einem gespaltenen Arbeitsmarkt auf uns zukommen. Während sich gerade im unteren Segment für geringqualifizierte Beschäftigung ein Überangebot an Arbeitskräften einstellen wird, werden im hochqualifizierte Segment tendenziell Stellen in den expandierenden grünen Branchen geschaffen, sodass in diesem Segment eher ein Fachkräftemangel zu erwarten ist.

Im Feld II trägt vor allem Miegel eine Diagnose der zeitaktuellen Entwicklungen moderner Erwerbsarbeit vor. Eine im Trend abnehmende Arbeitsmenge begründet für ihn die gegenwärtige Unterbeschäftigungsdynamik und befeuert die fortschreitende Kommodifizierung und Prekarisierung der Arbeit. Paradoxaerweise geschieht dies, obwohl immer mehr gesellschaftliche Arbeitsleistungen, wie Sorge- und Pflegearbeit als Erwerbsarbeit erbracht werden.

Die Autoren im Feld III dagegen gehen in einem marxistischen Bezugsrahmen von ökonomischen Krisen aus (Dürre), die durch die ökologischen Krisen zwar verschärft, i.d.R. aber nicht verursacht werden. Damit werden Unterbeschäftigungsprobleme in den Ländern des globalen Nordens ausgeweitet und der „Reservearmeemechanismus“ (Marx) reaktiviert. Folge ist eine Re-Kommodifizierung und Prekarisierung der Lohnarbeit. Wie schon heute in Europa zu beobachten ist, vergrößern sich die Zonen der Prekarität und Entkopplung.

Die meisten Autor_innen der Diskursfelder II und IV gehen noch einige Schritte weiter. Auf der Basis von starken Annahmen zur aktuellen Dramatik ökologischer und ökonomischer Krisen („Peak Everything“) gehen sie davon aus, dass im globalen Norden Schrumpfungsprozesse einsetzen und dass Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit auf Dauer wieder massiv zunehmen werden. Altwater erwartet vor diesem Hintergrund eine Informalisierung der Arbeit wie sie heute schon in vielen Ländern des globalen Südens verbreitet ist, also die Abwesenheit von staatlicher Regulierung und eine entsprechende Unsicherheit und Prekarität. Informelle Arbeit beschreibt damit erstens ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse in modern-kapitalistischen und in traditionellen Unternehmen, zweitens prekäre Selbstständigkeit in traditionellen Kleinbetrieben mit lokalen Märkten. Lohnarbeit wird im modernen Sektor also weitgehend re-kommodifiziert und in der Subsistenzökonomie des traditionellen Sektors entkommodifiziert. Andere Autoren im Diskursfeld II erwarten ähnliche Tendenzen einer Re-Traditionalisierung von Arbeit (z.B. Miegel oder Paech).

Wie dies aussehen könnte ist heute schon teilweise in Süd- und Osteuropa zusehen, wo Prekarisierung für Teile der Gesellschaft einen Regress auf traditionelle Wirtschaftsweisen bedeutet. Wenn Familieneinkommen im modernen Sektor nicht die Existenz sichern, wird prekäre Selbstständigkeit (z.B. Schuhputzer, ambulanter Handel), personale Abhängigkeit (Dienstmädchen, Knecht) und Subsistenzwirtschaft (in Garten und Familie) erzwungen.

5.2 Gegenentwürfe – Konturen einer alternativen Wirtschafts- und Arbeitsweise

Konturen einer (Post-)Wachstumsökonomie

Alle der von uns analysierten Autor_innen zeichnen Konturen einer (Post-)Wachstumsökonomie. Hierfür greifen wir – wie schon oben – im Anschluss an Lutz (1989) die Begriffe Modernisierung, Retraditionalisierung und Dualisierung auf. Die Begriffe beziehen sich auf die Wirtschaftsstruktur, Dualisierung bezeichnet die Spaltung in einen modernen arbeitsteiligen und hochtechnisierten Sektor und einen traditionellen Sektor mit handwerklich integrierten arbeitsintensiven Produktionsprozessen und lokalen Märkten und Subsistenzwirtschaft.

a) Eine Gruppe (Feld I, III) konzipiert in ihren Gegenentwürfen eine Fortsetzung des industriegesellschaftlichen Modernisierungspfad. Die Autor_innen hinterfragen nicht die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur, also die fortgeschrittene gesellschaftliche Arbeitsteilung in allen Sektoren, die von einer Spezialisierung der einzelnen Produktionseinheiten in ausdifferenzierten, teils transnationalen Wertschöpfungsketten und hoher Arbeitsproduktivität (Technologie und Arbeitsorganisation) gekennzeichnet sind. Gerade das verarbeitende Gewerbe ist hoch technisiert, kapitalintensiv und durchläuft regelmäßig Rationalisierungsschübe. Dabei bietet eine moderne Volkswirtschaft der großen Mehrheit der

Erwerbsbevölkerung entlohnte Beschäftigung und sichert deren materielle Reproduktion. Diese Struktur wird als eine sinnvolle Grundlage angesehen, um den anstehenden gesellschaftlichen und ökologischen Aufgaben zu begegnen.

b) Eine zweite Gruppe konstatiert, dass ein entschiedener Rückbau der überregionalen Wirtschaftsverflechtung, des Niveaus gesellschaftlicher Arbeitsteilung und/oder der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität notwendige Bedingungen für die Bewältigung ökologischer und ökonomischer Krisen sind. Ziel ist es, den Naturverbrauch und die Senkennutzung einzuschränken, indem bis zu einem gewissen Grad auf Transporte und ressourcen- und kapitalintensive Produktionsverfahren verzichtet wird. An deren Stelle sollen regionale Wirtschaftskreisläufe bzw. Selbstversorgung in kleinen und kleinsten Produktionseinheiten auf geringem technischen Niveau treten. Denkbar ist diese einfache Waren- und Subsistenzproduktion vor allem in Bezug auf personennahe Dienstleistungen, Reparaturdienstleistungen und die Herstellung geringverarbeiteter Konsumgüter. Seinen Ausdruck findet dieser Reformvorschlag in einer partiellen Re-Traditionalisierung der Volkswirtschaft, also einem traditionellen neben einem industriell-modernen Sektor. Das reduzierte Lohneinkommen kann durch nicht-monetäre Naturaleinkommen (z.B. Eigenanbau von Kartoffeln), regionale Wirtschaftseinheiten (z.B. landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) oder Kleinstunternehmertätigkeit (z.B. Computerreparatur im Ort) aufgebessert. Das sind die Eckpunkte einer dualisierten Postwachstumsökonomie.

Was kann zu den Differenzen der Modernisierungsbefürworter gesagt werden? Die Mehrheit dieser befürwortet in ihren Reform- und Transformationsabsichten zu einer (sozial-)ökologischen Wirtschafts- und Lebensweise zumindest auf mittlere Frist qualitatives oder selektives Wachstum. Sie teilen damit implizit die Vorstellung, die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch sei unter Anwendung der richtigen Strategie möglich. Eine häufig vorgetragene sozioökonomische These bezieht sich bspw. auf die positive Umweltbilanz des tertiären Sektors, da hierbei deutlicher weniger ressourcenintensive Produktionsmittel zum Einsatz kommen und Entkopplung möglich wird (Dörre, Reuter, teilweise Jackson/Victor). Deshalb ist ein dienstleistungsbasiertes Wachstumsmodell für die reifen kapitalistischen Volkswirtschaften ein adäquater Weg, um einerseits Ressourceninput und Schadstoffoutput zu senken und andererseits die grassierende Unterbeschäftigung einzudämmen.

Über Reuters Ansatz einer staatlich geförderten Vollendung des sektoralen Wandels hinausgehend muss für Dörre diese Strategie durch eine Demokratisierung der wirtschaftlichen Eigentums- und Produktionsverhältnisse und Überwindung des systemischen Zwanges zur Kapitalakkumulation sekundiert werden. Eine zweite strategische These zur Entkopplung trägt Fücks in schumpeterianischer und marktliberaler Tradition vor. Die ökologische Modernisierung, also Entkopplung, kann nur durch die Innovationseffekte kapitalistischer, gering regulierter Märkte gelingen. Innovative Unternehmer_innen werden die passende ressourceneffiziente und bionische Technologiebasis hervorbringen, um dem Klimawandel und anderen globalen Herausforderungen zu begegnen. Zusammenfassend sehen diese Autor_innen die Grundlage für eine (relative) Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch also entweder in einem dienstleistungs-geführten Wachstumsmodell oder einem eher industriell-geführten Wachstumsmodell auf einer neuen umweltneutralen Technologiebasis.

Eine Sonderstellung in der Modernisierungsströmung nehmen Jackson und Victor ein. Ersterer hat eine profunde Kritik an der Entkopplungsstrategie geliefert. Obwohl beide wichtige Impulse für die internationale Diskussion zum Degrowth liefern, streben sie keine Dualisierung der Wirtschaftsstruktur an, sondern wollen sie die hochtechnologische und -arbeitsteilige Basis des Gegenwartskapitalismus bewahren. Die notwendige und geplante ökonomische Kontraktion wird eher durch eine starke Einschränkung der Arbeitszeit und ökologische Steuerung von Investitionen ermöglicht, als durch die Produktivitätseinschränkungen.

Die Differenzen innerhalb der Dualisierungsströmung zeigen sich vor allem darin, wie ausdrücklich und emphatisch für eine partielle Retraditionalisierung der Wirtschaft eingetreten wird. Der Ideengeber für unsere Suche nach ähnlichen Argumentationen, die auf eine wirtschaftliche Dualisierung hinweisen und damit Überschneidungen zu Lutz' historischer These für den kapitalistische Entwicklungspfad in der BRD seit 1945 aufweisen, ist Paech. Sein Therapieversuch einer Postwachstumsökonomie beinhaltet eine vergleichsweise gerecht gestaltete ausdrückliche Entdifferenzierung eines wirtschaftlichen Teilbereiches in Richtung einer regional bäuerlich-handwerklichen Produktionsweise. Miegel stellt die Überwindung des „diesseitigen Expansionismus“ durch Schrumpfung und Entdifferenzierung stärker als externes Erfordernis dar und setzt deutlicher als Paech auf das heilsame Netz der familiären Subsistenz und Subsidiarität, die durch die sozialmoralische Retraditionalisierung auf neu-alte gesellschaftliche Orientierungsschemata vorgegeben werden.

Die Transformationsstrategien der Ökosozialist_innen und Ökofeminist_innen aus Feld IV enthalten keine Ansätze, die direkt auf eine partielle Retraditionalisierung verweisen. Ihnen geht es neben der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise eher um die räumliche Entdifferenzierung wirtschaftlicher Prozesse.²⁵ Besonders Altvater hebt die materielle Restriktion (begrenzter Transport und Speicherbarkeit von Energie) hervor, die die Eigenschaften eines solaren Energiesystems als Motor für den Marktsozialismus seines Zuschnitts bedeuten. Allein dadurch ist eine regionale Wirtschaftsverflechtung in seinem Gegenentwurf festgelegt. Wenn auch weniger ausdrücklich, bezieht sich Biesecker auf wirtschaftliche Regionalisierung. In den Umrissen der Vorsorgenden Wirtschaft finden sich unter anderem eine erneuerbare dezentrale Energiebasis und Platz für Regionalwährungen.

Konturen einer alternativen Arbeitsgesellschaft

Um zu vermessen, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten sich in den Visionen zur Gestalt und Organisation der gesellschaftlichen Arbeit auftun, nutzen wir wieder die Kommodifizierungskategorie. Weitere arbeitsbezogene Vergleichskonzepte sind das Niveau der Arbeitsproduktivität, Arbeitsvolumen, Arbeitszeitgestaltung und Tätigkeitsformen. Beispielsweise wird fast unisono die Forderung nach Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf 20-30h/Woche vertreten und so in die diskursive Bresche „Zeitsouveränität“ geschlagen. Eine ausgebaute analytische Begründung für den Zusammenhang zwischen Sozialprodukt, Arbeitsvolumen und Arbeitsproduktivität dagegen findet sich am deutlichsten bei Jackson/Victor und Altvater.²⁶ Ihre Aussagen sind insbesondere für die Entwicklung der Quantität der Arbeit aussagekräftig.

²⁵ Eine Ausnahme bildet hier die ökofeministische Subsistenzperspektive. Ihre Vertreter_innen streben eine vollständige Entdifferenzierung der Wirtschaft an.

²⁶ In Lange (2014) werden diese Zusammenhänge illustrativ für verschiedene ökonomietheoretische Schulen herausgearbeitet.

Unter der Annahme, Arbeit und Kapital/Energie seien substituierbare Produktionsfaktoren, steht das makroökonomische Produktivitätsniveau in umgekehrten Zusammenhang zur Menge notwendiger gesellschaftlicher Arbeit. Angewendet auf die Debatten um die Postwachstumsökonomie hieße diese These, dass die Wiedereinrichtung eines niedrigproduktiven bäuerlich-handwerklichen Wirtschaftssegments – je nach dessen volkswirtschaftlicher Bedeutung – eine steigende Arbeitsmenge bedingen würde. Wenn das Sozialprodukt in den reifen Volkswirtschaften auf einem vergleichbaren Stand gehalten werden soll, könnte das also zu mehr Jobs, aber auch zu durchschnittlich längeren Arbeitstagen führen. Volumen, Produktivität, Zeitgestaltung und Nachfrage nach Arbeit stehen also in einem dynamischen und interdependenten Verhältnis und haben mannigfaltige Implikationen die Zukunft der Arbeit in (Post-)Wachstumsökonomien.

An den Thesen der Modernisierungsströmung kann die Bandbreite an Positionen zur Qualität und Quantität der Arbeit in einem ökologisch verträglichem Wachstumsmodell exemplifiziert werden. Die Autor_innen in Feld I und Feld III stellen sich eine umwelt- und sozialverträgliche Arbeitsgesellschaft als Bestandteil einer arbeitsteiligen und hochproduktiven Ökonomie vor, erstere im Rahmen kapitalistischer, letztere im Rahmen sozialistischer Produktionsverhältnisse. Während Ralf Fücks partiell als Reaktion auf den gespaltenen Arbeitsmarkt re-kommodifizierende Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung (längere Lebensarbeitszeit, Rentenkürzungen) vertritt, zielen Reuters Vorschläge auf eine weitgehend dekommodifizierte Lohnarbeit, wobei der Dienstleistungssektor die Quelle für neue Stellen in „guter“ Arbeit sein wird. Die Arbeitswelt wird zum Gegenstand aktiver öffentlicher Gestaltung durch finanzielle Förderung und einschneidende Arbeitszeitverkürzung, also Umverteilung der verfügbaren Arbeitsmenge, sodass sich als Resultat in der dienstleistungsbasierten Arbeitsgesellschaft eine höhere effektive Nachfrage und Vollbeschäftigung einstellt. Die „Sozialisten“ im Feld III gehen auch von einem arbeitsteiligen ökonomischen System gekoppelt mit bezahlter Erwerbsarbeit aus. Je weiter aber genossenschaftliches und gesellschaftliches Eigentum an Betrieben und öffentlicher Infrastruktur im Zusammenspiel mit der Demokratisierung der Wirtschaft ausgeweitet wird, desto stärker wird die Warenförmigkeit der Erwerbsarbeit eingeschränkt. Sie verliert im Transformationsprozess ihren Charakter als „fiktive Ware“ in einem durch Angebot und Nachfrage gesteuerten Markt und wird sozialistisch entkommodifiziert.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass Erwerbsarbeit für diese Ansätze weiterhin als eine zentrale Basisinstitution gilt, die hohe Relevanz in der alltäglichen Lebensführung für die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder entfaltet. Zur Disposition steht dabei vor allem, wie groß zukünftig die Verfügungs- und Gestaltungsmacht der Arbeitenden dabei sein wird.

Die Autor_innen der Negativ-Wachstumsfelder II und IV dagegen gründen ihre arbeitsbezogenen Annahmen auf duale oder regionale Struktur des ökonomischen Systems. In den starken Dualisierungsthesen (Miegel, Paech) werden hochproduktive arbeitsteilige Sektoren durch niedrigproduktive regionalökonomische Strukturen und Selbstversorgung in einem signifikanten Maß ergänzt – letzteres hatten wir schon als traditionellen Sektor bezeichnet. Der Sektor wird in den Gegenentwürfen aber nicht als Armuts- oder Slum-Ökonomie konzipiert. Entscheidend ist diesen Autoren zufolge, dass die ökonomische Spaltung nicht mit einer Spaltung zu einer neuen sozialen Ungleichheit einhergeht. Die Erwerbstätigen realisieren einen Teil ihres Einkommens im modernen Sektor als bezahlte Lohnarbeit und erwirtschaften den anderen Teil selber in unterschiedlichen Einkommensformen.

Die Organisation der Arbeit im traditionellen Sektor ist in multiplen sozialen Formen und unterschiedlichen Verteilungsmodi angedacht. Dieser Sektor kann landwirtschaftliche, handwerkliche oder andere dienstleistende Tätigkeiten enthalten, die bestimmte Fertigkeiten und praktische Bildung voraussetzen, sodass im „Arbeitsprozess“ viel manuelle und geistige Arbeit im Verhältnis zum Technikeinsatz verausgabt wird. Diese Arbeit kann gleichermaßen in genossenschaftlichen, privaten und familiären Eigentumsformen verrichtet werden und auf die Produktion und Bereitstellung von Gebrauchswerten aber auch von Waren abzielen. Für Miegel bspw. liegt die Betonung im traditionellen Sektor eindeutig auf familiären Versorgungs- und Eigentumsformen, in denen Eigenarbeit für die Bedarfe der Familie und die Nachfrage auf regionalen Märkten geleistet wird. Paech betont dagegen bspw. Formen der kreativen Kleinstselbständigkeit und den unmittelbaren nichtmonetären Leistungstausch. Bei beiden Autoren lassen sich folglich im traditionellen Sektor Tendenzen zu entkommodifizierter Arbeit jenseits von Arbeitsmärkten aufspüren, die aber nicht unbedingt Wohlfahrtsgewinne versprechen und Knappheiten aufheben.

Im regionalökonomischen Strang ist Biesecker näher am Status quo der Erwerbsarbeit orientiert als Altvater. Für „Vorsorgenden Wirtschaft“ und den „solaren Sozialismus“ wird eine fundamental dekommodifizierende Arbeitspolitik formuliert, die z.B. die Lohnhöhe, Arbeitszeit, bedingungslose Grundsicherung und Mitbestimmung umfasst. Bei Altvater ist darüber hinaus der sozialistische Fluchtpunkt zu erkennen, der Eigentum und darauf ruhende Aneignung fremder Arbeit in gemeinschaftliche Institutionen überführen will. Auch dies führt schlussendlich zu einer Ent-Kommodifizierung von Arbeit, weil ja die Produzenten_innen selber dadurch Eigentümer_innen der Produktionsmittel werden. Das Produktivitätsniveau dieser Regionalökonomien wird maßgeblich von der Konversion zu einem erneuerbaren Energiesystem gedeckelt, was aber nicht bedeutet, dass diese Ökonomien auf einen traditionellen Stand der Produktivkräfte zurückgeworfen werden.

Jackson und Victor bilden wieder eine Ausnahme. Ihre beiden Ansatzpunkte zur Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit ähneln denen der Modernisierer: Um Vollbeschäftigung in der degrowth economy zu verwirklichen, soll nicht etwa die erreichte Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit rückentwickelt werden. Sie favorisieren dazu eine Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die durch die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht wird. Gleichzeitig muss die Beschäftigungsstruktur nach dem Maßstab der Nachhaltigkeit reformiert werden. Das bedeutet insbesondere Arbeitsplätze schwerpunktmäßig in emissionsarmen und geringproduktiven Sektoren entstehen zu lassen.

Die Gedanken und Vorschläge von Miegel, Paech aber auch Altvater bezüglich kommender Postwachstumsökonomien beweisen außerdem aufs Neue, dass feministische Ökonomiekritik nichts an ihrer Aktualität verloren hat. So findet sich auch bei Ihnen die von Biesecker thematisierte Trennungsstruktur wieder: Reproduktive Arbeitsformen und -aufgaben im Haushalt oder öffentlichen Einrichtungen bleiben unbenannt und werden gleichzeitig als selbstverständlich vorausgesetzt – konzeptionelle Gedanken zum Reproduktions-„Sektor“ und der Verteilung dieser Tätigkeiten fehlen in der dualen Ökonomie und teilweise auch in der Modernisierungsströmung fast vollständig. Biesecker insistiert dagegen auf die angemessene zeitliche Würdigung von Sorgearbeit an Menschen und die gerechte Verteilung zwischen den Geschlechtergruppen – die sich in einer geschlechtergerechten Verteilung von Erwerbsarbeit spiegelt.

5.3 Ausblick und offene Forschungsfragen

Die von den Autor_innen der Postwachstumsdebatte vorgelegten Entwicklungsannahmen und Gegenentwürfe können als Szenarien gelesen werden, die den Möglichkeitsraum der Strukturierung von Wirtschaft und Arbeit unter der Annahme großer ökologischer Krisen kennzeichnen. Eine schon oben aufgeworfene Frage ist, ob die Dualisierungs- und Retraditionalisierungsperspektiven eine „Rückwärtsmodernisierung“ beinhalten. Andere Fragen ergeben sich aus Entwicklungsannahmen, Leerstellen und Inkonsistenzen der vorgestellten Konzeptionen.

a) Rückwärtsmodernisierung und Produktivitätsentwicklung? Unsere Synopse der Positionen zeigt dass ein vergleichender Blick auf die Postwachstumsdebatte hilfreich sein kann. Für das Wirtschaftssystem sind Begriffe in der Tradition der Industriesoziologie besonders interessant, hier haben wir Lutz' These der dualen Ökonomie aufgegriffen. Für Erwerbsarbeit verwenden wir den Kommodifizierungsbegriff aus der Sozialstaatsdiskussion. Für die Gesellschaft insgesamt rekurren wir auf das Konzept funktionaler Differenzierung in der Tradition der Modernisierungstheorien.

Die Autor_innen der Diskursfelder I und III (Kapitalismus bzw. Sozialismus mit qualitativem Wachstum) gehen sowohl in der Diagnose als auch in den Gegenentwürfen von modernen Wirtschaftssystemen von einem hohen Stand von Wissenschaft und Technik und hocharbeitsteiligen Wertschöpfungsketten aus. Vergleicht man dagegen die Entwicklungsannahmen der Negativwachstums-Felder (II und IV) für die Arbeitsgesellschaft unter Bedingungen des Status quo mit ihren Gegenentwürfen, so wird deutlich, dass in beiden Fällen duale Wirtschaftsweisen zugrunde gelegt werden. So werden bei den Entwicklungsannahmen durchaus Strukturen beschrieben, die sich mit traditionellen Wirtschaftsweisen und Arbeitsverhältnissen decken und die heute mit dem Konzept der informellen Ökonomie und Arbeit für Länder des globalen Südens beschrieben werden.

Auch bei den politischen Gegenentwürfen finden sich traditionelle Konzepte, wenn von arbeitsintensiven handwerklichen und bäuerlichen Produktionsweisen mit niedrigen Technisierungs- und Arbeitsteilungsniveaus gesprochen wird. Hier wird Arbeit dann entkommodifiziert, weil sie nicht als Ware gehandelt, sondern in Gemeinschaften eingebunden ist. Die etwas vagen Beschreibungen der regionalökonomischen Kreisläufe und Steuerungsformen laufen bei den Gegenentwürfen der Schrumpfungstheoretiker_innen (sowohl bei den „Kapitalist_innen“ als auch bei den „Sozialist_innen“) auf eine doppelte Entdifferenzierung der Wirtschaft hinaus: Einmal gibt es eine räumliche Konzentration von Wirtschaftsfunktionen (in Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistung). Zum anderen erfolgt die Steuerung unter starkem Einfluss regionaler Gemeinschaften; politische und wirtschaftliche Funktionen bilden eine Einheit. In gewisser Weise kann man dann im Anschluss an Durkheim von segmentärer statt funktionaler Differenzierung sprechen.

Es wäre jedoch zu einfach, für die Gegenentwürfe von Konzepten einer regressiven Rückwärtsmodernisierung zu sprechen, wie wir dies für die pessimistischen Prognosen (ohne Gegensteuerung) gemacht haben. Die von vielen Autor_innen in den Gegenentwürfen angedachten ökonomischen und sozialen Strukturen unterscheiden sich in wesentlichen Aspekten von traditionellen Wirtschaftsweisen. Die regionalen Gemeinschaften können partiell auf einen hohen Stand von Wissenschaft und Technik zurückgreifen; über den global aufgestellten modernen Sektor erfolgt eine

Einbindung in die Weltwirtschaft. Die post-kapitalistisch strukturierten regionalen Einheiten bilden „neue Dörfer“ in einer globalisierten Welt. Die angedachten egalitären sozialen Formen unterscheiden sich fundamental vom traditionellen, feudalen und patriarchalen Familienbetrieb mit Tagelöhner_innen.

Jene Autor_innen, die nicht von einer zukünftigen Produktivkraftsteigerung ausgehen, äußern sich entsprechend skeptisch bezüglich allgemeiner Arbeitszeitverkürzung. Reduziert wird hier allenfalls die Lohnarbeitszeit, um mit der hinzugewonnenen Zeit in arbeitsintensiven und ressourcenschonenden Segmenten zu arbeiten, z.B. handwerkliche Reparaturarbeiten oder traditionelle Landwirtschaft. Vergegenwärtigt man sich die zentrale Rolle von fossilen Energieträgern bei Arbeitsproduktivitätssteigerungen im letzten Jahrhundert und bezieht zudem die arbeitsintensiven, kaum rationalisierbaren Sorgetätigkeiten mit ein, erhält diese Perspektive eine hohe Plausibilität für das postfossile (Postwachstums-)Zeitalter (vgl. Kallis et al. 2012).

Allerdings sind diese Utopien wenig ausgearbeitet. Arbeitsintensive Produktions- und Sorgearbeit ist mit hohen physischen und zeitlichen Arbeitsbelastungen verbunden. Beim Nebenerwerbsbauern des 19. Und 20. Jahrhunderts kamen sehr lange Arbeitszeiten in der Fabrik und auf dem Bauernhof mit einer rigiden geschlechtlichen Arbeitsteilung und Kinderarbeit zusammen. So bleibt die Frage bestehen, wie denn genau die regionalökonomischen Gemeinschaften anders als traditionell ausgestaltet werden sollen. Um den Möglichkeitsraum auszuloten kann sich der Bezug auf Theorien der Modernisierung, Regulationstheorien und der informellen Ökonomie als hilfreich erweisen.

b) Ressourcen- und Verteilungskonflikte? Sowohl bei den Entwicklungsannahmen als auch bei den Gegenentwürfen werden Ressourcen- und Verteilungskonflikte von den meisten Autor_innen tendenziell vernachlässigt. Die Folgen der Erderwärmung treffen in erster Linie die armen Länder des globalen Südens. Auch die Verteuerung von Rohstoffen wird die Armen überproportional hart treffen. So könnten sich Spaltungslinien zwischen Nationen ebenso vertiefen wie innerhalb der Gesellschaften.

Statt gesellschaftliche Spaltungslinien und (Klassen-)Konflikte zu berücksichtigen, wird im Angesicht der als existentiell angenommenen ökologischen Krise an ein imaginäres kollektives „Wir“ appelliert, das dringend dieses oder jenes tun oder unterlassen sollte. Die herrschaftliche Herstellung und Vertiefung sozialer Ungleichheiten, auch und gerade als Folge ökologischer Problemlagen, gerät so aus dem Blickfeld.

Die Autor_innen der Negativ-Wachstumsfelder müssen sich die Frage gefallen lassen, wie sich die sozialen Verteilungsziele in den Gegenentwürfen unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Schrumpfung und sinkender Produktivität realisieren lassen. Diese Nachhaltigkeitsziele reduzieren zumindest das verteilbare gesellschaftliche Gesamtprodukt, während die Menge an notwendiger gesellschaftlicher Arbeit eher zunimmt. Wenn die Konsequenz vor allem eine soziale Gleichheit an Mühen und weniger an Muße bildet, wird das bspw. Auswirkungen auf die gesellschaftliche Attraktivität eines ökosozialistischen Projektes haben.

c) Politische Durchsetzbarkeit? Den meisten Gegenentwürfen mangelt es an überzeugenden politischen Konzepten zu ihrer Durchsetzung. Der Green New Deal ist sicherlich am ehesten konsensfähig, weil er weder zwingend gesellschaftliche Umverteilung voraussetzt noch radikale Einschnitte im Lebensstandard

oder eine Abkehr vom Wachstumsparadigma fordert.²⁷ In diesem Szenario ist u.E. aber auch die Wirkung auf Ressourcen und Senkenprobleme am geringsten. Andere Autor_innen der Wachstumsfelder sehen Umverteilungsmaßnahmen vor, explizieren aber teils nicht, dass eine radikal dekommodifizierende Arbeits- und Sozialpolitik nur unter signifikant anderen ökonomischen und politischen Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit durchzusetzen ist. Deutlich wird die oft ausgelassene Machtfrage besonders bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung. So radikal Jackson/Victor die Lohnarbeitszeit in ihrem Degrowth-Modell reduzieren wollen, so unklar ist, wie dies erreicht werden soll. Es darf vermutet werden, dass das reine Modellieren von theoretisch denkbaren Wirtschaftsordnungen die für den Kapitalismus typischen Interessengegensätze der wirtschaftlichen Austausch- und Ausbeutungsformen aus dem Blickfeld verschwinden lässt. Arbeitszeitverkürzung erscheint dann als ein politisch und wirtschaftlich sinnfälliges Konzept, das von „der“ Politik implementiert werden sollte und kann. Nicht thematisiert werden hingegen die Kämpfe, die nötig wären um eine Arbeitszeitverkürzung tatsächlich gegen die Verwertungsinteressen der Kapitaleseite durchzusetzen. Dazu passt, dass seit den 1990er Jahren mit dem Rückgang gewerkschaftlicher Gegenmacht kaum noch Arbeitszeitverkürzungen erreicht wurden – ein Umstand, den auch Jackson/Victor zur Kenntnis nehmen, allerdings ohne ihre Modelle maßgeblich an Gewerkschaftspolitik rückzubinden.

d) Der Dienstleistungssektor als Hoffnungsträger des 21. Jahrhunderts? Ebenso birgt der Dienstleistungsoptimismus insbesondere bei Reuter einige Widersprüche. Eine einseitige Strategie zur fortschreitenden Tertiarisierung unterschlägt, worin die Grundlage für diesen Prozess bisher bestand – vergleichsweise billige Industriegüter. Ob binnenwirtschaftlich erzeugt oder importiert – hinter kostengünstigen Industrieprodukten steht ein hochproduktiver und energieintensiver sekundärer Sektor. Sollten auf mittlere Frist z.B. durch Ressourcenknappheit, die Preise industriell gefertigter Waren steigen, wird umgekehrt die Wertschöpfung in den Dienstleistungen abnehmen. So ein Trend hätte ganz im Gegenteil zu einer „tertiären Zivilisation“ (Fourastié) negative Konsequenzen für die Lohnhöhe von vielen Dienstleistungsbeschäftigten und könnte möglicherweise den Arbeitsmarkt entlang der Sektorengrenze spalten (Gross und Witt 2015). Zudem kann die positive Umweltbilanz von Dienstleistungen mit Blick auf Reboundeffekte und „importierte“ Emissionen von Industriegütern, die beispielsweise in China produziert und hier konsumiert werden, in Zweifel gezogen werden.

e) Ende der Arbeitsgesellschaft? Zum Schluss kommen wir auf die in der Einleitung zitierte Debatte zum Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft und zur Zukunft der Arbeit zurück. Die dort immer wieder neu formulierte Entwicklungsannahme, dass Globalisierung, Produktivkraftentwicklung, sinkende Wachstumsraten und Krisen im globalen Norden zu einem sinkenden Volumen bezahlter Arbeit führen, sind plausibel aber überzogen wenn man sich die empirischen Daten der letzten 25 Jahre für Europa anschaut, wo (trotz der Wirtschaftskrisen) seit 1990 eine Stagnation und kein Rückgang der Arbeitsstunden zu beobachten ist. Parallel hat aber die Zahl der Erwerbspersonen stark zugenommen. Dies macht sich dann in Unterbeschäftigung bemerkbar, was sowohl als Massenarbeitslosigkeit als auch als prekäre Beschäftigung sichtbar werden kann. Für Deutschland kann man heute von einer „prekäre(n) Vollerwerbsgesellschaft“ (Dörre et al. 2013) sprechen; in Südeuropa sind Unterbeschäftigung und

²⁷ Jedoch basiert schon der Green New Deal auf sozialen und politischen Voraussetzungen, die seine Umsetzung derzeit als sehr unwahrscheinlich erscheinen lassen (vgl. Dörre 2014).

Arbeitslosigkeit stärker ausgeprägt. Aus der Postwachstumsdebatte lassen sich für die Zukunft widersprüchliche Prognosen ableiten. Einerseits drücken die Kosten der Ressourcenknappheit und ökologischer Krisen auf Profite und Massenkaufkraft und verschärfen ökonomische Krisen mit der Konsequenz eines abnehmenden Arbeitsvolumens. Auf der anderen Seite generieren ökologische Krisen auch einen großen Bedarf an Arbeitsvolumen zu deren Bearbeitung. Möglicherweise besteht das Problem weniger im Volumen bezahlter Arbeit als in Armut und Prekarität. Hier sind vertiefende Analysen zum Forschungsstand und zur Theorie und Empirie von Beschäftigungssystemen nötig.

Seit langem gab es in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften keine vergleichbar lebendige Debatte zu Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaften. Zusammenfassend halten wir fest, dass Kontinuitätsannahmen für die Arbeitsgesellschaften des globalen Nordens immer unwahrscheinlicher werden. Wir lesen die Entwicklungsannahmen und Gegenentwürfe der Autor_innen der vier Diskursfelder als wissenschaftlich und politisch ernstzunehmende Zukunftsszenarien, die den Möglichkeitsraum abstecken. Diskutiert wird über die Bedingungen, die einzelne Entwicklungslinien wahrscheinlicher als andere machen. Sicher ist, dass Forschungen zur Gegenwart und Zukunft der Arbeit heute nicht mehr ohne Berücksichtigung ökologischer Trends als Umwelt von Wirtschafts- und Beschäftigungssystemen betrieben werden können.

Literatur

- Adler, Frank, und Ulrich Schachtschneider. 2010. Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?: Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München: Oekom-Verl.
- Altwater, Elmar. 2010. Der grosse Krach, oder, Die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altwater, Elmar. 2007. The Capitalist Energy System and the Crisis of the Global Financial Markets: the Impact on Labour. LABOUR. Capital and Society 40: 21–34.
- Bauhardt, Christine. 2014. Solutions to the crisis? The Green New Deal, Degrowth, and the Solidarity Economy: Alternatives to the capitalist growth economy from an ecofeminist economics perspective. Ecological Economics 102: 60–68.
- Beck, Ulrich, und Peter Felixberger. 1999. Schöne neue Arbeitswelt: Vision: Weltbürgergesellschaft. 2. Aufl. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika. 1998. Die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Subsistenz. In Zukunft der Arbeit - welcher Arbeit?, Wuppertal-Texte, Hrsg. Willy Bierter und Uta von Winterfeld, Berlin [u.a.]: Birkhäuser, 215–246.
- Berger, Johannes, und Claus Offe. 1984. Die Zukunft des Arbeitsmarktes. Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips. In „Arbeitsgesellschaft“: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl., 87–117.
- Biesecker, Adelheid. 2009. Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative. In Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise: Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hrsg. Gabriele Michalitsch, Sabine Reiner, und Adelheid Biesecker, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterforschung, 32–48.
- Bosch, Gerhard. 1998. Zukunft der Erwerbsarbeit: Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl.
- Butollo, Florian. 2014. The end of cheap labour? industrial transformation and „social upgrading“ in China. Frankfurt am Main: Campus Verl.
- Castel, Robert. 2000. Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.
- Diefenbacher, Hans. 2013. Wege aus der Wachstumsgesellschaft - Die Bedeutung einer Veränderung der Rolle von Wachstum und Arbeit in einer Postwachstumsgesellschaft. In Wege aus der Wachstumsgesellschaft, Hrsg. Harald Welzer und Klaus Wiegandt, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl., 158–180.
- Dörre, Klaus et al., Hrsg. 2013. Bewährungsproben für die Unterschicht?: soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt ; New York: Campus Verlag.
- Dörre, Klaus 2009. Prekarität im Finanzmarktkapitalismus. In R. Castel & Ders., Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/M.: Campus, 35-64.

- Dörre, Klaus. 2011. Grüner Kapitalismus - Ein Ausweg aus der Krise? *Transit. Europäische Revue*, 117–135.
- Dörre, Klaus. 2014. Intelligent Wachsen? Hoffnungen wider der Treitmühle der Akkumulation. *WSI Mitteilungen* 67: 562–63.
- Dörre, Klaus. 2013a. Kapitalismus im Wachstumsdilemma. Die Verdrängung der ökologischen Krisendimension und ihre Folgen. *WSI Mitteilungen*, 149–151.
- Dörre, Klaus. 2013b. Teil VI: Strukturierende Effekte selektiver Arbeitsmarktpolitik. In *Bewährungsproben für die Unterschicht?: soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*, *International labour studies = Internationale Arbeitsstudien*, Hrsg. Klaus Dörre et al., Frankfurt, New York: Campus Verlag, 343–398.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1990. *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Exner, Andreas, Hrsg. 2013. *De-Growth solidarity: the great socio-ecological transformation of the twenty-first century*. In *Land and resource scarcity: capitalism, struggle and well-being in a world without fossil fuels*, *Routledge studies in environmental policy*. London [u.a.]: Routledge.
- Exner, Andreas, und Christian Lauk. 2011. Das Wachstum des Kapitals – seine Grundlagen und Grenzen. In *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben ; ein Projekt von Attac*, Hrsg. Werner Rätz et al., Hamburg: VSA, 18-30.
- Foster, John Bellamy, Brett Clark, und Richard York. 2010a. *The ecological rift: capitalism's war on the earth*. New York, NY: Monthly Review Press.
- Fücks, Ralf. 2013. *Intelligent wachsen: die grüne Revolution*. München: Hanser.
- Fücks, Ralf. 2014. *Intelligent wachsen. Die grüne Revolution*. *WSI Mitteilungen* 67: 560-561.
- Giarini, Orio, und Patrick M. Liedtke. 1998. *Wie wir arbeiten werden: der neue Bericht an den Club of Rome*. 4. Aufl. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Gross, Christian, und Ulrich Witt. 2015. *The Energy Paradox of Sectoral Change and the Future Prospects of the Service Economy*. Jena: Max Planck Institute of Economics.
- Holst, Hajo. 2009. Disziplinierung durch Leiharbeit? Neue Nutzungsstrategien von Leiharbeit und ihre arbeitspolitischen Folgen. *WSI Mitteilungen* 62: 143-49.
- Huber, Joseph. 2001. *Allgemeine Umweltsoziologie*. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Jackson, Tim. 2009. *Prosperity without growth: economics for a finite planet*. Repr. London [u.a.]: Earthscan.
- Jackson, Tim, Ben Drake, Peter A. Victor, Kurt Kratena, und Mark Sommer. 2014. *Foundations for an Ecological Macroeconomics: literature review and model development*. European Union.
- Jackson, Tim, und Peter Victor. 2011. Productivity and work in the 'green economy': Some theoretical reflections and empirical tests. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 1: 101-108.
- Jänicke, Martin. 2008. *Megatrend Umweltinnovation: zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat*. Hrsg. Andreas Troge. München: Oekom-Verl.

- Kallis, Giorgos, Christian Kerschner, und Joan Martinez-Alier. 2012. The economics of degrowth. *Ecological Economics* 84: 172-180.
- Land, Rainer. 2011. Ökologische Wirtschaftsentwicklung und soziale Teilhabe. *Berliner Debatte Initial* 22: 58-65.
- Lange, Steffen. 2014. Rahmenbedingungen einer Postwachstumsökonomie. *Ökologisches Wirtschaften* 29: 46-50.
- Lutz, Burkart. 1989. Der kurze Traum immerwährender Prosperität: eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/M.: Campus.
- Mahnkopf, Birgit. 2014. „Peak Capitalism“? Wachstumsgrenzen als Grenzen des Kapitalismus. *WSI Mitteilungen* 67: 505-512.
- Mahnkopf, Birgit. 2012. Wachstumskritik als Kapitalismuskritik. In *Kapitalismustheorie und Arbeit neue Ansätze soziologischer Kritik*, Hrsg. Klaus Dörre, Dieter Sauer und Volker Wittke, Frankfurt am Main [u.a.]: Campus, 389-409.
- Marx, Karl. 1962. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band.* 15. Aufl., Hrsg. Hildegard Engels Scheibler. Berlin-Ost: Dietz.
- Meadows, Dennis L., Donella H. Meadows, Erich Zahn, Peter Milling, und Hans-Dieter Heck. 1972. *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit.* Stuttgart: Dt. Verl.-Anst.
- Miegel, Meinhard. 2012. *Exit: Wohlstand ohne Wachstum.* 3. Aufl. Berlin: List.
- Miegel, Meinhard. 2014. *Hybris: die überforderte Gesellschaft.* 2. Aufl. Berlin: Propyläen.
- Mies, Maria. 2014. The Need for a New Vision: The Subsistence Perspective. In *Ecofeminism*, Hrsg. Maria Mies und Vandana Shiva, London ; New York: Zed Books, 297-324.
- Muraca, Barbara. 2014. *Gut leben: eine Gesellschaft jenseits des Wachstums.* Berlin: Wagenbach.
- Paech, Niko. 2012. *Befreiung vom Überfluss: auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie.* München: Oekom-Verl.
- Paech, Niko. 2013. *Jenseits der Wachstumsspirale.* Vortrag auf der Konferenz "Wachstumswänge im Kapitalismus", Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Paech, Niko. 2011. Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie. In Harald Welzer und Klaus Wiegandt (Hrsg.), *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung: wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?* Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 131–151.
- Polanyi, Karl. 2004. *The Great Transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.* 1. Aufl., [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reuter, Norbert. 2010. Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung. In Irmi Seidl und Angelika Zahrt (Hrsg.) *Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft, Ökologie und Wirtschaftsforschung.* Marburg: Metropolis-Verlag, 85-102.

- Reuter, Norbert. 2000. Ökonomik der „Langen Frist“: zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften. Marburg: Metropolis-Verl.
- Rockström, Johan et al. 2009. Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. *Ecology and Society* 14,
- Sarkar, Saral. 1999. *Eco-socialism or eco-capitalism? A critical analysis of humanity's fundamental choices*. London [u.a.]: Zed Books.
- Schor, Juliet B. 2014. Work sharing. In *Degrowth: a vocabulary for a new era*, Hrsg. Giacomo D'Alisa, Federico Demaria, und Giorgos Kallis, Abingdon, Oxon ; New York, NY: Routledge, 195-198.
- Turner, Graham. 2008. *A Comparison of the Limits to Growth with Thirty Years of Reality*. Canberra: CSIRO Sustainable Ecosystems.
- Victor, Peter A. 2012. Growth, degrowth and climate change: A scenario analysis. *Ecological Economics* 84: 206–212.
- Victor, Peter A. 2008. *Managing without growth: slower by design, not disaster*. Cheltenham [u.a.]: Elgar.
- Witt, Ulrich. 2013. *Sound Politics When Economic Growth Rates Are Declining*. Paris.
- Zinn, Karl Georg. 2014. *Vom Industriekapitalismus zum Neofeudalismus? Überlegungen zu einer Zukunft auslaufenden Wirtschaftswachstums*. Jena: Manuskript